

Forum Umwelt & Entwicklung



JOHANNESBURG- DER GIPFEL AUF DER KIPPE

AUS DEM INHALT

- Countdown für Johannesburg –
Jürgen Maier
- Um die Welt zum Festival? –
Anne Böhnke
- Ein Dorf wie kein anderes –
Gerald Knauf
- Wir haben es gepackt! –
Jürgen Wolters
- Klima-AUSBADE-Kampagne –
Britta Horstmann
- Zukunft gemeinsam gestalten –
Daniela Peulen
- Neuer Schwung durch Johannesburg!? –
Gertraud Gauer-Süß
- Wetten, dass... –
Margarethe Rühl
- "Zukunftsfähige Kommunen durch Lokale
Agenda 21" –
Dörte Bernhardt
- Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen? –
Hans-Joachim Döring



JOHANNESBURG- DER GIPFEL AUF DER KIPPE

Impressum:

Herausgeber:
Projektstelle Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-35 90 96
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmüller
Serviceteil: Bettina Oehmen

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im September 2002.

INHALT

Editorial - <i>Jürgen Maier</i>	2
Schwerpunktthema: Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten	
□ Countdown für Johannesburg – <i>Jürgen Maier</i>	3
□ Um die Welt zum Festival? – <i>Anne Böhnke</i>	4
□ Ein Dorf wie kein anderes – <i>Gerald Knauf</i>	5
□ Wir haben es gepackt! – <i>Jürgen Wolters</i>	6
□ Klima-AUSBADE-Kampagne – <i>Britta Horstmann</i>	7
□ Zukunft gemeinsam gestalten – <i>Daniela Peulen</i>	9
□ Neuer Schwung durch Johannesburg!? – <i>Gertraud Gauer-Süß</i>	10
□ Wetten, dass... – <i>Margarethe Rühl</i>	11
□ "Zukunftsfähige Kommunen durch Lokale Agenda 21" – <i>Dörte Bernhardt</i>	12
□ Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen? – <i>Hans-Joachim Döring</i>	13
Aktuell	
□ Welternährungsgipfel erkennt Recht auf Nahrung an – <i>Monika Brinkmüller</i>	15
Rio + 10	
□ WSSD PrepCom IV in Bali – <i>Michael Frein</i>	16
□ Auf der Suche nach einer geschlechtergerechten Nachhaltigkeitsagenda – <i>Christa Wichterich</i>	20
Aus den Arbeitsgruppen	
□ Deutscher Futtermittelskandal verstellt den Blick auf den Welthunger – <i>Annette Littmeier</i>	22
□ Neues aus der AG Habitat – <i>Knut Unger</i>	24
Weitere Berichte:	
□ Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Wirtschaft – <i>Michael Baumann</i>	26
□ Geschlechterverhältnisse, Umwelt und nachhaltige Entwicklung – <i>Ulrike Roehr</i>	28
□ Entwicklungsländer stellen erstmals Vorsitzenden des IPCC – <i>Manfred Treber</i>	30
□ Urwaldgipfel in Den Haag – <i>Martin Kaiser</i>	32
□ Fehlender Wille zum Schutz der biologischen Vielfalt – <i>Ursula Gröhn-Wittern</i>	34
□ Keine Zulassung von Terminator-Saatgut – <i>Susanne Gura</i>	35
□ Thema Ernährungssicherheit muss für die UN wichtiger werden – <i>Hans Schoeneberger</i>	36
□ Die WTO auf dem Weg zu einer Weltwirtschaftsorganisation – <i>Tobias Reichert</i>	37
□ UNO-Umweltprogramm veröffentlicht Umweltbericht „GEO 3“ Veranstaltungen / Publikationen	38 40



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Nach der vierten und letzten Vorbereitungssitzung für den »Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung« in Bali ist unklarer denn je, was bei diesem Gipfel überhaupt herauskommen soll – selbst, ob es überhaupt ein Gipfel wird. So mancher Delegierte stellte sich in Bali die Frage, wie er eigentlich seinen Staatschef nach Johannesburg locken sollte. Zehn Jahre nach Rio ist von der neuen »globalen Partnerschaft«, die die Agenda 21 begründen wollte, nicht mehr viel zu sehen. Nord gegen Süd, lautet oft genug die Devise, oder auch Umwelt gegen Entwicklung. So wie eine Reihe von Regierungen in den Industrieländern, allen voran die amerikanische Bush-Administration, von nachhaltiger Entwicklung ohnehin nichts halten, haben auch viele Entwicklungsländer diese Vision längst als Luxusnummer für Reiche abgehakt. Anders lässt sich ihr hartnäckiger – und kurzsichtiger – Widerstand gegen jede Form einer Weiterentwicklung der globalen Umweltarchitektur kaum erklären.

Development as usual ist also für die Mehrheit der Regierungen angesagt, und für die globale NRO-Bewegung bedeutet dies: Johannesburg sollte zum Anlass werden, die immer noch weit verbreitete Vorstellung zu den Akten zu legen, die Welt könne im Konsens verändert werden. Historisch gibt es dafür ohnehin kaum ein Beispiel. In der Realität gibt es gegen jeden denkbaren Schritt zu mehr Nachhaltigkeit immer Widerstände. Irgendeine Lobby für den Erhalt nicht-nachhaltiger Wirtschaftsweisen gibt es immer, und die Kanzler und Präsidenten dieser Welt scheinen diesen allerorten ein weit

grösseres Gewicht beizumessen, als ihnen objektiv zustehen würde.

Ein Beispiel dafür bot die EU, die in Bali noch als einäugige Königin unter den Blinden auftrat, just an dem Wochenende, als die Delegationen von Bali nach Hause flogen: In einem dreckigen Deal der Extraklasse stimmte die deutsche Regierung zu, dass die Niederlande, Frankreich und Spanien die europäischen Verträge verletzen dürfen und ihren Spediteuren europarechtlich unzulässige Subventionen in Form von Treibstoffsteuer-Nachlässen gewähren dürfen. Dafür stimmten diese Länder zu, dass die Deutschen die ab Juli nicht mehr europarechtskonformen milliardenschweren Kohlesubventionen bis 2010 verlängern dürfen. Der deutsche Wirtschaftsminister feierte dies als gelungene Verteidigung deutscher Interessen. Von den Verlierern, nämlich der Umwelt und den Steuerzahlern sowie der Glaubwürdigkeit des EU-Engagements für Nachhaltige Entwicklung, sprach er nicht.

Währenddessen versucht die Kampagne »Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten« der Umwelt- und Entwicklungsverbände, mit einer Vielzahl von Aktionen den öffentlichen Druck zu erhöhen, dass Johannesburg entgegen allen negativen Vorzeichen doch noch ein Erfolg wird. Dazu gehört nicht nur eine glaubwürdigere Energie- und Verkehrspolitik, sondern auch eine Handels- und Entwicklungspolitik, die den Entwicklungsländern eine echte Perspektive eröffnet und Nachhaltige Entwicklung wieder zu einer Vision macht, von der auch sie sich etwas versprechen können. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Jürgen Maier



Countdown für Johannesburg

Höhepunkt der Kampagne kein „business as usual“

Parallel zur vierten Vorbereitungs-sitzung für den Johannesburg-Gipfel fand in Berlin der Kongress »Countdown für Johannesburg« als Kooperationsprojekt des Forums Umwelt & Entwicklung mit der Heinrich-Böll-Stiftung statt.

Die Tagung war als ein Höhepunkt der Kampagne »Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten« angelegt, die mittlerweile von über 60 Organisationen getragen wird. Sie sollte die Forderungen der Kampagne, mithin der deutschen NRO, noch einmal bündeln und in der Auseinandersetzung mit den eingeladenen Vertretern der Bundesregierung sowie Vertretern internationaler noch einmal zuspitzen. Diesem Anspruch wurde die Konferenz voll gerecht. Obwohl solchen Veranstaltungen der Ruf vorausgeht, dass dort sowieso nur das gesagt wird, was schon tausendmal gesagt wurde, kam dieser Eindruck zu keinem Zeitpunkt auf.

Deutschland wird evaluiert

Dazu trug nicht zuletzt auch der Nitrofen-Skandal bei, der nicht nur dazu führte, dass Renate Künast gaaaanz kurzfristig ihre Teilnahme absagen musste, sondern auch verdeutlichte, welche harten Kontroversen praktische Nachhaltigkeitspolitik immer wieder auslöst und welche enormen Widerstände dafür zu überwinden sind. Darauf ging auch DNR-Vizepräsident Niekisch in seinem Eröffnungsbeitrag ein, der allen politischen Erfolgen zum Trotz ein eher düsteres Bild vom Zustand der globalen Umwelt zeichnete. Die große Trendwende stehe noch aus, und je länger sie auf sich warten lasse, desto größer seien die oftmals unwiederbringlichen Schäden, die unsere gegenwärtige Form von »Entwicklung« anrichten. Bernardo Reyes vom Institut für politische Ökologie in Santiago de Chile hielt der deutschen Gesellschaft den Spiegel vor. Mit der Heinrich-Böll-Stiftung hatte er gemeinsam mit vier weiteren vier NRO-Aktivistinnen aus Entwicklungsländern vier Wochen lang Deutschland bereist, um dieses Land unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten zu bewerten. Am herausragendsten fiel diesem Team der exzessive Kult um das Auto in Deutschland auf. Ihre pointierteste Forde-

rung war die nach einer »Geburtenkontrolle für Autos«, in bewusster Parallele zu der von der westlichen Entwicklungszusammenarbeit für Entwicklungsländern formulierten Politik.

Umstrittene Engpässe der Nachhaltigkeitspolitik

In den vier Foren wurde auf die zentralen und besonders umstrittenen Engpässe von Nachhaltigkeitspolitik eingegangen: Globalisierung, Klima, Verkehr, Landwirtschaft. Hier prallten Regierung und NGOs zum Teil heftig aufeinander, teilweise redeten sie auch aneinander vorbei oder stellten auch Übereinstimmungen fest, wie dies vor allem bei der Landwirtschaft der Fall war. Das Forum zur Globalisierung drehte sich nicht nur um die von allen NRO-Vertretern betonten Konflikte der WTO-Verträge mit internationalen Umweltabkommen, sondern spitzte sich auf die Frage zu, ob die ständig zunehmende Verlagerung politischer Entscheidungsprozesse auf internationale Ebenen nicht Parlamente und Gesellschaften der einzelnen Ländern schlechend entmachtet und den Exekutiven immer mehr unkontrollierbare Macht überträgt.

Landwirtschaft

Ungelöst blieb dagegen ein Konflikt im Landwirtschafts-Forum, wie denn die Agrarwende in Deutschland eigentlich sich zur internationalen Agrarpolitik verhält. Staatssekretär Berninger vom BMVEL schilderte illustrativ die enormen Widerstände gegen die Agrarwende, die es zu überwinden gelte, und trat sowohl für die Marktöffnung Europas für die Agrarprodukte der Entwicklungsländer als auch für die Ausweitung der Agrarwende in Deutschland ein. Dagegen betonte Rudi Buntzel vom Evangelischen Entwicklungsdienst die negativen Auswirkungen des europäischen Agrarprotektionismus auf Entwicklungsländer. Er forderte differenzierte Standards und Unterstützung der Entwicklungsländer, erhöhte europäische Agrarstandards erfüllen zu können, denn die Gefahr eines Ökokoonialismus und Ökoprotektionismus sei sehr real, wofür er zum Teil entschiedenen Widerspruch erntete.

Energie

Keine echte Kontroverse trat dagegen im Energieforum auf, wo die Bundesregierung nicht vertreten war. Auch wenn die Grünen-Abgeordnete Michaela Hustedt die Politik der Bundesregierung naturgemäß in rosigeren Farben schilderte als beispielsweise Christoph Bals von Germanwatch, konnte auch sie nicht umhin, den enormen Einfluss einer allen Nachhaltigkeitskriterien im Weg stehenden Kohle- und Stromlobby zu konstatieren, die einen echten Durchbruch bisher immer erfolgreich abwehren konnte. Weitgehend aneinander vorbei redeten NGOs dagegen im Verkehrsforum. Staatssekretär Hilsberg vom Verkehrsministerium gelang es nicht wirklich, die Teilnehmer davon zu überzeugen, dass in der Verkehrspolitik der Bundesregierung ein Umdenken stattgefunden hat. Meena Menon aus Indien, die ebenfalls zum Team der Deutschland-Evaluierer der Böll-Stiftung gehörte, verdeutlichte mit ihrem Beitrag noch einmal plastisch die weit über die eines bloßen Verkehrsmittels hinausgehende Rolle des Autos in Deutschland. Die verkehrspolitischen Alternativen, die von NGO-Seite vorgetragen wurden, sind über weite Strecken noch weit davon entfernt, Regierungspolitik zu werden, wobei sie allerdings weit weniger als die anderen drei Foren von der Bundesregierung beeinflusst werden, sondern sehr viel mehr von dezentraleren Akteuren.

Forderungspaket für Johannesburg

Zum Abschluss packte Jürgen Wolters vom Leitungskreis des Forums Umwelt & Entwicklung das Forderungspaket der NGO-Kampagne für Johannesburg. Die zehn Kampagnenforderungen wurden durch Gegenstände symbolisiert und erläutert, die in eine Kiste gepackt wurden, um am nächsten Tag auf der Bühne des Berliner Umweltfestivals Umweltminister Trittin und BMZ-Staatssekretär Stather übergeben zu werden. Grossen Beifall erntete er für seinen Wunsch, als 11. Paketzugabe noch den Kanzler einzupacken, der sich immer noch nicht geäußert hat, ob er nun eigentlich nach Johannesburg fährt oder nicht.

Jürgen Maier

Der Autor ist Leiter der Projektstelle des Forums Umwelt & Entwicklung.



Um die Welt zum Festival?

Nein! Nach Berlin zum UMWELTFESTIVAL!

Am Sonntag, dem 2. Juni war es mal wieder soweit - schon zum 8. Mal verwandelte die Grüne Liga Berlin gemeinsam mit den Besuchern die Straße Unter den Linden in einen Festplatz. Unter dem Motto: „Zukunft für alle! mitmachen - bewegen - verändern“ waren alle Menschen der Stadt eingeladen, direkt vor der Haustür, aber mit Fernblick zu unseren Nachbarn auf dem Erdball, in eine lebenswerte Zukunft zu blicken.

Damit war das UMWELTFESTIVAL in diesem Jahr ein Höhepunkt der Berliner Aktionstage, die vom 31. Mai bis 2. Juni gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Forum Umwelt und Entwicklung gestaltet wurden. Die Aktionstage als Teil der bundesweiten, vom Forum Umwelt und Entwicklung initiierten Kampagne „Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten“ machten auf den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg aufmerksam.

In diesem Jahr radelten 100 000 Teilnehmer der Fahrradsternfahrt auf dreizehn Routen ins Zentrum der Stadt zum UMWELTFESTIVAL. Gewohnt vielfältig und facettenreich, bot es jedem die Gelegenheit, Spannendes und Neues zu entdecken und war zudem ein idealer Anlass, bei den Bürgerinnen und Bürgern Interesse für die Idee einer zukunftsfähigen Entwicklung zu erwecken.

Nachhaltigkeit zum anfassen

So zeigte etwa das „Dorf der Nachhaltigkeit“ Ideen und Anregungen für eine lebendige Erde: Zahlreiche umwelt- und entwicklungspolitische Initiativen und Verbände aus ganz Deutschland präsentierten ihre Arbeit, machten auf Missstände aufmerksam. Die Bühne unterhielt mit einem abwechslungsreichen Programm aus Politik, Mitmach-Aktionen und Musik. Hier konnten die Besucher beispielsweise eine symbolische Paketübergabe verfolgen. Vertreter von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen packten ein „Paket für Johannesburg“. Dessen Inhalte waren bereits am Vortag auf der Konferenz „Countdown für Johannesburg“ des Forum Umwelt und Entwicklung und der Heinrich-Böll-Stiftung diskutiert und zu



Foto: Grüne Liga Berlin

Renate Künast vor dem BMVEL-Stand beim Berliner Umweltfestival am 2.6.02

zehn Forderungen für eine nachhaltige Entwicklung gebündelt worden. Auf diese Weise gefüllt, wurde es Bundesminister Jürgen Trittin und Erich Stather, Staatssekretär des BMZ übergeben und mit dem Aufruf verknüpft, diese Forderungen auf dem Weltgipfel in Johannesburg umzusetzen.

Ein Ereignis ganz anderer Art stellte der Klimaballon des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU) dar. Mit ihm wurden die CO₂-Emissionen Deutschlands erfahrbar. Unter sportlichem Einsatz wurde von den Besuchern mit einer Handpumpe ein Ballon von 3,02m Durchmesser aufgeblasen. Dessen Volumen von 14,43m³ entspricht dem täglichen Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂!

Besonderes Augenmerk galt dem Kinderprogramm. Als wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung gilt es, gerade Kinder für ihre Umwelt zu sensibilisieren. Sie erlebten, dass man die Straße als Lebens- und Aktionsraum auf vielfältige Weise zurück zu erobern vermag: Beim Filzen konnten sie ihr handwerkliches Geschick erproben, auf einem Holzkarussell den Drehwürmern nachspüren und beim Toben im Heu einen Hauch von Landluft schnuppern.

Ökomarkt und Nitrofen

Schließlich durfte auch ein traditioneller Bestandteil des UMWELTFESTIVALS nicht fehlen: Berlins größter Ökomarkt. Dieser erreichte in diesem Jahr eine neue Superlative: Mit insgesamt rund 200 Ständen war das UMWELTFESTIVAL so groß wie

noch nie! Hier präsentierten zahlreiche Öko-Händler und Biobauern ihre Alternativen - Frisches Obst und Gemüse aus der Region und Kunsthandwerk aus aller Welt sowie leckeren Öko-Imbiss gab es zu riechen, zu schmecken und zu entdecken.

Mit dieser Vielfalt war der Ökomarkt in der Zeit des Nitrofen-Skandals ein wichtiges Medium zwischen Bio-Landwirtschaft und Verbrauchern. Die Besucher erhielten die Möglichkeit, den Erzeugern der Lebensmittel zu begegnen. Man konnte vor Ort probieren und auch Wissenswertes über Herkunft und Anbaubestimmungen erfahren.

Antworten zum Biosiegel

Zudem stellte sich Verbraucherschutzministerin Renate Künast dem Publikum. In ihrer Rede nahm sie Stellung zu den Vorwürfen, berichtete über die neuesten Ermittlungsergebnisse und ging in die Informations-Offensive: Auf dem UMWELTFESTIVAL eröffnete sie die „Biosiegel on Tour“-Kampagne, die von hier aus ihren Weg durch 27 deutsche Städte angetreten hat. Mit einem großen Info-Mobil, mit einer Ausstellung, mit Spielen und Aktionen wird das Siegel der Öffentlichkeit vorgestellt, wird für den ökologischen Landbau geworben.

Seit 8 Jahren erfolgreich

Die Anfänge des UMWELTFESTIVALS reichen in das Jahr 1995 zurück. Um die Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Berlin zu begleiten, organisierte die Grüne Liga das KLIMAFORUM '95 mit über 200 Veranstaltungen und der weltgrößten Fahrradsternfahrt: Die Fotos der 100 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die für ein „Prima Klima“ demonstrierten, gingen damals um die Welt.

Seitdem zieht das UMWELTFESTIVAL der Grünen Liga zusammen mit der Fahrradsternfahrt BERLIN FAHRT RAD des ADFC jedes Jahr mehrere 10 000 Menschen an und gilt als ein Ereignis von herausragender politischer, kultureller und sportlicher Bedeutung. Das UMWELTFESTIVAL 2002 stellt mit seinen 100 000 Besuchern einen neuen Höhepunkt der erfolgreichen Entwicklung dar.

Anne Böhnke

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei der Grünen Liga Berlin e.V.



Ein Dorf wie kein anderes.

Das Dorf der Nachhaltigkeit

Überall bezeugen die Farben grün und blau der Kampagne, dass wir uns mitten im Dorf der Nachhaltigkeit befinden. Begrenzt durch ein großes einladendes Tor auf der einen und einer Bühne auf der anderen Seite, bietet das Dorf für über 60 Stände Platz.

Schon früh am Morgen machen sich die ersten Berlinerinnen, Berliner und Touristen bei schönstem Sonnenschein auf den Weg durch das Dorf, um neugierig die vielen verschiedenen Stände zu begutachten. Was Ihnen geboten wird, ist vielseitig und gibt das ganze Spektrum der Kampagne wieder. Die Frage wie denn der Name der Kampagne „Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten“ (und zwar lokal!) zu verstehen sei, wird hier beantwortet: Während ein Modell eines Brennstoffzellenautos zwischen den Beinen der Besucher rumflitzt, wird gerade an einem anderen Stand die praktische Umsetzung von fairem Handel erklärt.

Überall wird mit kreativen Ideen die Aufmerksamkeit der Besucher gefesselt. Mitmachen, bewegen und verändern



Foto: G. Knauf

heißt bei vielen die Devise mit denen die stetig anwachsende Menge an Interessierten begrüßt wird. Den Höhepunkt erreicht schließlich der Besucherstrom als die Radfahrer der Fahrradsternfahrt das Dorf erreichen. Durstig, hungrig und gut gelaunt findet bald jeder etwas um seine Bedürfnisse zu befriedigen – Bio natürlich! Damit nicht genug, wird auf der Bühne über den ganzen Tag verteilt ein umfangreiches Programm gezeigt. Viel Promi-

nenz erscheint auf der Bühne und gibt ihre Sicht zu Ökologie und globaler Gerechtigkeit zum Besten. Beim Auftritt von Ministerin Renate Künast dominiert, wie nicht anders zu erwarten, der Nitrofen-skandal. Sie appelliert an alle Ökoverbände als Gegenpol zum Bauernverband doch endlich einen eigenen Dachverband aufzubauen.

Neben der ganzen Prominenz wird auch die Hermes- und die Klimaausbadekampagne vorgestellt. Am Abend geht es mit einer Ska Band noch einmal richtig zur Sache. Nachdem die letzten Klänge verebbt sind, halt eine oft ausgesprochene Forderung noch nach: „Jetzt handeln, Herr Schröder! Fahren Sie zum Weltgipfel nach Johannesburg!“

Eine kleine Fotoausstellung gibt es auch unter www.rio-10.de

Gerald Knauf

Der Autor ist Mitarbeiter in der Projektstelle des Forum Umwelt & Entwicklung

Ökohäppchen

Wem beim Stichwort Umweltbewegung nur die Assoziation weltfremde Müsliesser in Sandalen und Hanfsäcken kommt, der konnte sich auf dem Berliner Umweltfestival eines besseren belehren lassen, tatsächlich war Hochtechnologie allerorten. Ein Beispiel etwa Germanwatch, das zum Auftakt seiner Klima-Ausbade-Kampagne eine solarbetriebene Wasserpumpe vorführte und außerdem die Möglichkeit bot, sich zwecks Solidaritätsbekundung mit den Opfern des Klimawandels digital ablichten zu lassen. Noch einen Schritt weiter ging der BUND, bei dem konnte man vom Ökomarkt aus elektronisch eine Botschaft nach Johannesburg schicken, die im Internet präsentiert wird. Auch sonst konnte man viele hochkreative Anwendungen bewundern wie etwa eine Kappe mit integriertem solarbetriebenen Ventilator.

Einen gänzlich untechnischen aber nichtsdestotrotz spektakulär-spektakulären Auftritt bot Renate Künast. Nachdem sie nämlich bei ihrem Rundgang mittags noch von etlichen Kameras, Mikrofonen und den dazugehörigen Menschen belagert worden und vollkommen in dieser Traube verschwunden war schlenderte sie abends noch einmal mutterseelenallein über den Ökomarkt. Und niemand schien sie so wirklich zu

beachten. Wahrscheinlich ein ziemlich rarer Moment für eine Ministerin.

Leider bot sich aber auch ein technisches Schauspiel von eher zweifelhafter ökologischer Qualität: schräg gegenüber der Hüpfburg rasten nämlich zahlreiche Kinder begeistert auf Autos um die Wette. Also auch hier freie Fahrt für freie Bürger, immerhin ist das Auto ja der Deutschen liebstes Kind und es ist bisher nicht abzusehen, dass sich das bei ihren eigenen Kindern groß ändern wird. Autofahren ist nun mal sehr viel cooler als öffentliche Verkehrsmittel. Erst letztens konnte ich im Bus wieder hören, wie eine jugendlichen Mitfahrerin ihrer Freundin erzählte, wie sehr sie sich darauf freue, in Kürze ihren Führerschein zu haben und dann diese „lästigen“ Busse los zu sein. Solche Kinderbelustigungen sind nicht unbedingt dazu geeignet, dem „coolen“ Image des Autos entgegenzuwirken. Insofern sollten die Veranstalter vielleicht nicht nur bei der Müllvermeidung eine blütenweiße Weste anstreben sondern auch etwas kritischer bezüglich der Stände sein. Selbst wenn das eventuell den Status als „Europas größter Ökomarkt“ kostet.

Wolfgang Sterk

Der Autor ist Praktikant beim Forum Umwelt & Entwicklung.



Wir haben es gepackt !

Ein Paket für Johannesburg

Die deutsche Politik muss nicht nur konkrete Verhandlungsziele für Johannesburg definieren. Sie muss auch ihre „Hausaufgaben“ machen, sich ehrgeizigere Ziele zur Umsetzung der Agenda 21 in Deutschland setzen. Die vom Forum Umwelt & Entwicklung initiierte Kampagne deutscher NRO „Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten“ hat deshalb die zehn wichtigsten Anliegen für eine konsequente Belegung des Rio-Folgeprozesses formuliert.

Auf der Zentralveranstaltung der Kampagne am 1. Juni in Berlin wurden die Forderungen der NRO ausgiebig diskutiert und abschließend in einem Paket geschnürt, das tags darauf Minister Trittin und Staatssekretär Stadler – stellvertretend für die Bundesregierung – auf der Bühne der Berliner Aktionstage am Brandenburger Tor vor Zehntausenden von Berlinern übergeben wurde.

Zeitpunkt und Anlaß waren augenscheinlich gut gewählt. Auf der Vorbereitungskonferenz in Bali für Johannesburg zeichnete sich ab, dass von dort kaum Impulse für einen erfolgreichen Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung ausgehen würden. Wenige Wochen zuvor hatte die Bundesregierung die vom „Grünen Kabinett“ mit Blick auf Johannesburg mit heißer Nadel gestrickte, in vielen Bereiche sehr unzulängliche Nationale Nachhaltigkeitsstrategie vorgestellt.

Bei durchaus vorzeigbaren Einzelresultaten der Bemühungen der jetzigen Regierung auf nationaler wie internationaler Ebene – angefangen von der Einführung der Ökosteuer über die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes und das Energieeinsparungsgesetz bis hin zu Zwischenergebnissen etwa im Bereich Biosafety oder im Klimaschutz (die EU hatte neben ihren Mitgliedsstaaten soeben das Kyoto-Protokoll ratifiziert) – ein politisch wie wirtschaftlich und gesellschaftlich prägender Nachhaltigkeitsdiskurs ist zehn Jahre nach Rio nicht in Sicht.

Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie

Die mit „Perspektiven für Deutschland“ betitelte Nationale Nachhaltigkeitsstrategie macht das mehr als deutlich. Allein die Tatsache, das mit den Themen Agrar-



Jochen Flasbarth übergibt Umweltminister Trittin und BMZ-Staatssekretär Stather eine Sense zum Abschneiden schädlicher Agrarsubventionen

wende, Mobilität sowie effizienter Energienutzung und Klimaschutz nur wenige Felder handlungsorientiert konkretisiert wurden, belegt, wie wenig von den Hausaufgaben im eigenen Land bislang ernsthaft angepackt wurde. Eine Kritik, die der Vorgängerregierung mindestens ebenso gilt wie dem Schröder-Kabinett. Denn die Regierung Kohl, in Rio wegen ihres Engagements für die neuen Instrumente von Rio noch heftig gelobt, versagte anschließend weitgehend in der nationalen Umsetzung der Herausforderung der neuen Konventionen wie der Agenda 21.

Der Titel der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ symbolisiert geradezu eine weitere Schwäche des bisherigen Prozesses. Nach dem Geist von Rio geht es eben nicht in erster Linie um eine Perspektive für Deutschland, es geht um eine „Perspektive für die eine Welt“ in deutscher Verantwortung, es geht um eine Zukunft für alle.

Forderungen der NRO

Genau darauf zielen denn auch die meisten Forderungen der NRO zu Johannesburg. Repräsentanten von zehn beteiligten Organisationen der Kampagne trugen die Erwartungen der deutschen NRO auf der Bühne vor und übergaben sie mit mahnenden Symbolen an die Vertreter der Bundesregierung: zum Beispiel eine höchst mäßig gefüllte große Spardose, die für die Forderung der NRO steht, bis zum Jahre 2010 das in Rio erneuerte Versprechen einzulösen, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzu-

wenden; zum Beispiel ein Windkraftmodell, das die NRO-Erwartungen symbolisiert, nicht nur pro Jahr den Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch im eigenen Land um 1 Prozent zu erhöhen, sondern auch die konkrete Erwartung an die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, dass binnen 10 Jahre sämtliche internationalen Subventionen zu Gunsten konventioneller Energiequellen eingestellt werden und mindestens gleich viel Mittel für Energieeffizienzprogramme und zur Förderung regenerativen Energieeinsatzes in Entwicklungsländern aufgewendet werden.

Analog wurden Forderungen etwa zum Biodiversitäts- und Waldschutz, zum Grundrecht auf Wasser, zum Bodenschutz und zur Desertifikationsbekämpfung übergeben.

Wenn auf Worte Verlaß ist, war die Aktion in jedem Fall von Erfolg gekrönt. Denn Minister Trittin wie Staatssekretär Stather erklärten sich spontan mit sämtlichen NRO-Forderungen solidarisch und sagten für ihre Ministerien zu, sich konkret für die Umsetzung aller deklarierten Ziele einzusetzen. Staatssekretär Stather sagte gar zu, dass die Spardose für Entwicklungsarbeit schon den Kabinettsstisch für die nächste Haushaltsberatungen zieren werde; packte sie demonstrativ unter den Arm und entschwand in Richtung Finanzministerium...

Jürgen Wolters

Der Autor ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt & Entwicklung und Referent für Indigenenfragen der Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (Ara eV).



Klima-AUSBADE-Kampagne

Schadensfall Klimawandel

Wetterextreme und Meeresspiegelanstieg – die Risiken des globalen Klimawandels für die Menschen werden immer deutlicher sichtbar. Insbesondere die arme Landbevölkerung in den sogenannten Entwicklungsländern ist extrem verletzlich gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels. Ihre Trinkwasser- und Ernährungssicherung sind stark gefährdet. Es zeigt sich, dass Wetterextreme wie große Überschwemmungen oder Stürme ganze Regionen um ein Jahrzehnt oder mehr in ihrer Entwicklung zurückwerfen können.

Wer aber sind die Verursacher? Die klimaschädigenden Treibhausgase werden fast ausschließlich in den Industrieländern und den Oasen des Reichtums in Entwicklungsländern freigesetzt. Mit ihrem Wirtschafts- und Lebensstil tragen sie am stärksten zum globalen Klimawandel bei. Während ein US-amerikanischer Bürger ca. 20 Tonnen Kohlendioxid (CO₂) im Jahr freisetzt und ein deutscher 10 Tonnen, verursacht ein indischer Bürger nur 1 Tonne CO₂ pro Jahr. Durch diese Zahlen wird klar, wo „Luxusemissionen“ entstehen und wo „Überlebensmissionen“ anfallen.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind verheerend für unsere Lebensgrundlagen. Besonders hart trifft dies die Menschen im Süden.

Die Haftung

Wer anderen Schäden zufügt, hat zwei rechtliche Pflichten. Erstens muss er mit der Schädigung aufhören. Die Reduktion von Treibhausgasen und die Umsetzung Erneuerbarer Energie-Projekte ist daher ein wichtiger Bestandteil einer solchen Strategie. Zweitens muss er für die bereits angerichteten Schäden aufkommen.

Bisher kommen wir unser ersten Pflicht nicht genügend, der zweiten gar nicht nach:

- Die Emissions-Reduktionsziele sind ungenügend.
- Die USA, als größter Produzent von Treibhausgasen akzeptiert GAR KEINE Reduktionspflichten.
- Nationales und internationales Recht schützen die Betroffenen (bisher) nicht.
- Die Verursacher übernehmen keine Verantwortung für Klimaschäden und verpflichten sich auch nicht zu einer Wiedergutmachung.

Die Existenz von Millionen von Menschen wird so zum Spielball eines globalen Experiments, dessen Täter bekannt sind, aber – bislang – nicht zur Verantwortung gezogen werden (können). Der globale Klimawandel als „perfektes Verbrechen“?



Foto: GERMANWATCH

Jürgen Maier (Forum Umwelt & Entwicklung) setzt sich in die AUSBADE-Wanne, um zu zeigen, dass der Süden die Folgen des Klimawandels nicht alleine ausbaden soll.

Das Verfahren

Die Verursacher sollen Verantwortung übernehmen! Mit der Klima-AUSBADE-Kampagne wollen wir von GERMANWATCH darauf hinwirken, dass die Menschen im Süden die schlimmsten Konsequenzen des Klimawandels nicht alleine ausbaden müssen.

Eine „Klimakarawane“ zieht daher nach ihrem Auftakt am 31.05.2002 von Berlin durch das ganze Land (vgl. Kasten).

siehe <http://www.germanwatch-ev.de/download/klak/flyer.pdf>

Unser Klima geht baden – wer haftet?

Diese Frage stand im Mittelpunkt der Auftaktveranstaltung der Klima-AUSBADE-Kampagne von GERMANWATCH am 31.5 in Berlin. Zahlreiche Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Entwicklungsländern nahmen an dieser Veranstaltung teil, die in Kooperation mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit organisiert wurde. Unterstützt wurde die Veranstaltung mit Beiträgen durch das Entwicklungsministeriums, das Umweltministerium, die Münchener Rück, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Heinrich Böll Stiftung sowie das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung. Angestoßen wurde hiermit ein mehrjähriger Suchprozess, um einerseits die Verursa-

cher der Schäden durch den Klimawandel in die Pflicht zu nehmen und andererseits aber auch einen Anreiz zu geben, Treibhausgase zu reduzieren. Die Gerechtigkeitslücke zwischen denen, die den Klimawandel hauptsächlich verursachen – den Industrieländern – und denen, die von den Risiken am stärksten betroffen sind – den Entwicklungsländern – soll hierdurch geschlossen werden. Der Suchprozess wird in Workshops und Fachtagungen fortgeführt. Eine breitere Öffentlichkeit wird durch die Klimakarawane angesprochen, die am selben Tag, angeführt von der parlamentarischen Staatssekretärin des Entwicklungsministeriums, Uschi Eid, eröffnet wurde. Die Karawane, mit Informationen, Musik und Theater,

hielt neben Bonn und Hamburg auch in Berlin an. Hier, wie auch auf den anderen Stopps lud sie bei den zentralen Aktionstagen des Forum Umwelt & Entwicklung zum bevorstehenden Weltgipfel in Johannesburg zu einem solidarischen Bad mit den Klimaopfern ein.

Weitere Stopps der Karawane:

3. 7.2002, Gelsenkirchen, Zeche Kaue

4. 7.2002 Münster

5./6.7. 2002 Herdecke

Britta Horstmann

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei GERMANWATCH. Infos und Programm sowie weitere Informationen zur Kampagne erhalten Sie bei GERMANWATCH oder unter www.klimaausbadekampagne.de.



Bisher erschienene Publikationen des Forums Umwelt & Entwicklung zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg



Uwe Hoering:

Umwelt, Entwicklung und Globalisierung – Eine Bilanz 10 Jahre nach Rio

Zehn Jahre nach dem „Erdgipfel“ befindet sich die Vision von Rio in einer Krise. Fortschritte, so sie denn zu erkennen sind, kommen zu langsam. Das Papier zieht eine übergreifende Bilanz und analysiert, warum die Vision von Rio trotz vielfältiger Aktivitäten, Initiativen und Erfolge auch nach zehn Jahren noch weit von ihrer Realisierung entfernt ist und wieder gegen die wirtschaftliche Globalisierung gestärkt werden muß.

NRO-Frauenforum; AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung:

Soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit aus Geschlechterperspektive - 14 Punkte zum Anpacken

Die Agenda 21 von Rio de Janeiro ist das erste UN-Dokument, das den Zusammenhang von Frauen, Umwelt und Entwicklung ansatzweise systematisch behandelt und Frauen als „entscheidende Akteurinnen“ für nachhaltige Entwicklung benennt. Insgesamt mangelt es jedoch auch 10 Jahre später an einem Bewußtsein über die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Umweltdegradierung, die besonderen Umweltrisiken für Frauen, die Leistungen von Frauen in nachhaltiger Entwicklung und die Bedeutung von Geschlechtergleichheit für den Umweltschutz. Als Doppelstrategie für die Zukunft wird ein gezieltes Empowerment

von Frauen sowie ein inhaltliches und institutionelles Gender Mainstreaming eingefordert.

Claudia Mayer, Michael Frein und Tobias Reichert:

Globale Handelspolitik – Motor oder Bremse nachhaltiger Entwicklung?

Eine Zwischenbilanz zehn Jahre nach Rio

Die Agenda 21 mißt dem Freihandel ein großes Potential sowohl für die Bekämpfung der Armut als auch für den Schutz der Umwelt bei und fordert die Regierungen auf, im internationalen Rahmen die Beziehung von Umwelt und Handel zu klären und ein offenes multilaterales Handelssystem zu schaffen. Das Papier zeigt jedoch auf, daß sich die Realität sehr viel differenzierter darstellt als in dieser uneingeschränkt positiven Sichtweise. Tatsächlich bedarf das internationale Handelssystem und insbesondere die WTO tiefgreifender Reformen, um mit Umwelt und Entwicklung in Einklang gebracht werden zu können.

Bernd Brouns, Manfred Treber:

Paradepferd mit bleiernem Füßen - Internationaler Klimaschutz und die Umsetzung in Deutschland

Die internationalen Klimaverhandlungen gelten gemeinhin als eines der Paradepferde des Rio-Prozesses – tatsächlich fällt ihre bisherige Bilanz jedoch sehr zwiespältig und insgesamt ernüchternd aus. Die Studie beleuchtet die internationale wie die nationale Klimaschutzpolitik und zeigt auf, welche Maßnahmen im Sinne eines effektiven Klimaschutzes zu ergreifen sind.

AG Landwirtschaft & Ernährung des Forums Umwelt & Entwicklung:

Fünf Jahre später – Eine Bilanz von NRO fünf Jahre nach dem Welt-ernährungsgipfel in Rom

1996 wurde in Rom das Ziel gesetzt, die Zahl der Hungernden von über 800 Millionen bis 2015 zu halbieren. Tatsächlich ist ihre Zahl 5 Jahre später nahezu unverändert und das Thema Welt-ernährung nimmt weiterhin nur einen hinteren Rang auf der internationalen Agenda ein. Die Studie analysiert die Entwicklungen der letzten Jahre und stellte konkreten Forderungen, um den Worten endlich Taten folgen zu lassen.

Petra Stephan:

Die Welt auf dem Prüfstand: Nachhaltigkeitsindikatoren im Rio-Follow-up

Allgemein akzeptierte Nachhaltigkeitsindikatoren sind zentral, um der Beliebigkeit und Instrumentalisierung des Leitbilds „Nachhaltigkeit“ entgegen zu wirken. Es werden zentrale Prozesse zu Nachhaltigkeitsindikatoren innerhalb des Rio-Follow-ups nachgezeichnet, eingeordnet und bewertet. Die Fortschritte bei der Entwicklung von nationalen wie auch lokalen/regionalen Nachhaltigkeitsindikatoren in Deutschland werden ebenso untersucht wie die Bedeutung der Indikatoren bei der Formulierung und Umsetzung der deutschen wie auch der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Die Publikationen können bestellt werden beim

Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel.: 0228-359704, Fax: 0228-92399356, E-Mail: info@forumue.de, www.forumue.de, www.rio-10.de



Zukunft gemeinsam gestalten

Die deutsche Delegation kann mit einem Koffer voller guter Projektbeispiele und Anregungen nach Johannesburg fahren

Gut 300 VertreterInnen entwicklungspolitischer Nichtregierungs-Organisationen aus insgesamt 32 Nationen zogen in Münster gemeinsam kritische Bilanz über 10 Jahre Agenda-Arbeit in Nord und Süd. Sie tauschten Erfahrungen aus und gaben ihren nationalen Delegationen eine Reihe guter Ideen, Vorschläge, Projekte und Forderungen mit auf den Weg nach Johannesburg.

Vier Monate vor dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg hatte die LAG3W, Eine-Welt-Netzwerk Nordrhein-Westfalen, in Kooperation mit der Carl-Duisberg-Gesellschaft u.a. entwicklungspolitischen Organisationen zur internationalen Konferenz "Zukunft gemeinsam gestalten. Rio + 10 im Nord-Süd-Dialog" vom 19.-21.4.02 eingeladen.

Ergebnisse der Konferenz

Vandana Shiva aus Indien, Trägerin des alternativen Nobelpreises, Reinhard Loske, MdB, von Bärbel Höhn, MUNLV NRW, sowie von VertreterInnen vom Forum Umwelt & Entwicklung, Germanwatch und attac stellten im Plenum ihre Bilanz und Perspektiven der Nachhaltigen Entwicklung vor.

Hier nur einige Anregungen der VertreterInnen aus aller Welt von NRO, Kirchengemeinden, Eine-Welt-Initiativen, Partnerschaftsgruppen und Menschenrechtsorganisationen für die künftige Eine-Welt-Politik auf Landes- und Bundesebene bis hin zur internationalen Plattform:

□ Die Non-Profit-Organisationen - bisher neben den staatlichen Einrichtungen eher stiefmütterlich behandelt - sind Träger des zivilgesellschaftlichen Engagements und sollen als gleichrangiger Partner in den Agenda-Prozessen gefördert werden. Wir schlagen der deutschen Bundesregierung vor, ein internationales Signal zu setzen und eine Stiftung für globale Verantwortung zu gründen, die schon mit 5% der DM-Reserven der Deutschen Bundesbank, die nach der Einführung des Euro aufgelöst werden, ausreichend finanziert wäre.

□ Damit die Belange der Frauen bei einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung weltweit besser berücksichtigt werden, sollen die Johannesburg-Delegationen zu 50% mit Frauen besetzt werden.

□ Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei der Absicherung von Exportrisiken auf EU-Ebene eine Vorreiterrolle einzunehmen: Hermes-Bürgschaften sollen nur für solche Vorhaben gewährt werden, die umwelt- und sozialverträglich sind.

□ Nachhaltigkeit hat höhere Priorität als der Freihandel! So soll die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Mindeststandards international favorisiert werden.

Eine engere Zusammenarbeit von NRO in Europa und Ländern des Südens ist ein effektives Instrument, die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards in den Ländern des Südens zu unterstützen. Ein gutes Beispiel liefert der Arbeitskreis Münsterland: Er deckte im Rahmen seiner Kooperation mit einem indigenen Dachverband im Amazonasgebiet Ecuadors den ökologischen Skandal durch den Bau einer Öl-Pipeline in Ecuador auf. Unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Entwicklung dient die Pipeline ausschließlich den Gewinninteressen großer Energiekonzerne, während sie den ansässigen Menschen die Lebensgrundlage raubt. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Landesbank West-LB zum Ausstieg aus der zugesagten Projektfinanzierung zu bewegen.

□ Betont wurde die grundlegende Rolle, die Kulturarbeit in allen Handlungsfeldern gesellschaftlicher Prozesse spielt. Kultur ist der Reflexion und Ausdruck des Selbstverständnisses von Völkern. Kulturelle Bildung und Globales Lernen sollen als wichtige Instrumente bei der Arbeit Leitbilder der Nachhaltigkeit, insbesondere mit Kindern und Jugendlichen, Bestandteil der Schul- und Ausbildungscurricula werden.

□ Internationale Freiwilligendienste und Jugendaustausch-Programme legen die Grundsteine für soziales und gesellschaftliches Engagement, gegenseitigen Respekt und interkulturelle Kompetenz. Das hauptsächlich ehrenamtliche Engagement der MitarbeiterInnen und

TeilnehmerInnen verdient mehr gesellschaftliche Anerkennung und Förderung. Wir setzen uns ein für die Schaffung einer rechtlichen Grundlage zur Gleichstellung von Auslandseinsätzen mit inländischen Freiwilligendiensten.

□ Nachhaltigkeit wird durch Krieg nachhaltig zerstört. Gegen die zunehmende Militarisierung der internationalen "Friedenspolitik" führen wir Konzepte der zivilen Konfliktbewältigung und der Bewusstseinsbildung ins Feld. Initiativen wie "Krieg ist kein Kinderspiel" müssen gefördert und weiter entwickelt werden. Außerdem sollten die in der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit Tätigen ihre Kenntnisse über ihre Gastländer lautstark und öffentlich zur Geltung bringen, bevor es zum Ausbruch offener Konflikte kommt.

Fazit

Zahlreiche Basisinitiativen in aller Welt haben die Agenda-Forderung nach zivilgesellschaftlichem Engagement ernst genommen und sich vor Ort an die Umsetzung der Rio-Beschlüsse gemacht. So können im Detail viele Fortschritte verbucht werden, obschon die allgemeine Trendwende im Sinne der nachhaltigen Entwicklung noch lange nicht geschafft ist.

Die Ergebnisse der Konferenz werden ca. Mitte September 2002, nach dem Weltgipfel in Johannesburg, in einer anschaulichen Broschüre veröffentlicht.

Daniela Peulen

Die Autorin ist Fachpromotorin für Nord-Süd-Agenda-Partnerschaften vom Eine-Welt-Landesnetzwerk NRW (LAG3W).





Neuer Schwung durch Johannesburg?!

Bremer Aktivitäten rund um den Gipfel

Anfang dieses Jahres gründeten auf Initiative des Nord Süd Forums VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen (NRO), Kirchen, Weiterbildungseinrichtungen, Parteien und Behörden den Initiativkreis Johannesburg 2002. Zehn Jahre nach Rio will man den die Debatte um Nachhaltige Entwicklung in der Hansestadt neu beleben.

Das Phänomen ist nicht neu: lokale Agendaprozesse werden begonnen mit viel Engagement, unterstützt von ABM-Stellen. Nach Ablauf der AB-Maßnahmen versanden die Prozesse, weil die nötigen Unterstützungsstrukturen fehlen. Auch in Bremen versank der offizielle Agenda-Prozess ab Sommer 1999 in einen Dornröschenschlaf, weil sich Senat und Bürgerschaft nicht einigen konnten.

Am 15. Mai, zwei Tage nachdem der Bundeskanzler in Berlin die nationale Nachhaltigkeitsstrategie vorgestellt hatte, organisierte der Initiativkreis Johannesburg 2002 unter dem Titel „Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie auf dem Prüfstand“ eine Veranstaltung in der Bremischen Bürgerschaft. Sie bildete den Auftakt für eine Reihe von Aktivitäten rund um die UN-Konferenz in Johannesburg in den kommenden Monaten.

Im ersten Teil der Veranstaltungen wurden Aktive und Interessierte über die nationale Nachhaltigkeitsstrategie informiert. Im zweiten Teil der Veranstaltung sollte eine Verknüpfung der internationalen und nationalen Ebene mit der lokalen erreicht werden. Dazu wurden Bremer ExpertInnen aus Behörden, Gewerkschaften, Kirchen, Umwelt- und Verbraucherverbänden um Statements gebeten. Ausgangspunkt waren die „10 Punkte für nachhaltige Entwicklung“ aus der Kampagne „Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten“. Es galt, Erwartungen und Anforderungen bezogen auf Bremen zu benennen. Dabei zeigte sich, dass es für die Umsetzung der zehn Forderungen zahlreiche konkrete Ansatzpunkte auf der lokalen Ebene gibt.

Armut bekämpfen und Gerechtigkeit verwirklichen:

- Entwicklungszusammenarbeit muss nicht nur auf Bundes- sondern auch auf Länder- und Gemeindeebene ein Thema sein.

- Länder und Gemeinden müssen sich im Rahmen ihre Möglichkeiten für eine deutliche Erhöhung des Etats für EZ einsetzen (Ziel: 0,7 %)

Das Klima durch eine Energie- und Verkehrswende schützen

- Sanierung öffentlicher Gebäude auf energietechnisch zukunftsweisendem Standard
- Ressourcenthemen als Querschnittsthemen in den Lehrplänen verankern
- „Energiepass für Altbauten“ fördern
- konsequenter Ausbau des Radwegenetzes
- Verlängerung der Grünzeiten für den nicht motorisierten Verkehr
- Erweiterung des Landesenergieprogramms zur CO₂-Reduzierung um Maßnahmen im Verkehrsbereich
- Nachhaltige Modellprojekte (z. B. Carsharing-Offensive) fortsetzen

Boden schützen und Desertifikation bekämpfen

- Flächenschonende Gewerbebaupolitik
- Stadverdichtung im Wohnungsbau, z. B. durch Baulückenprogramme
- Dauerhafte Sicherung von Naherholungsgebieten

Wirtschaftliche Globalisierung sozial und ökologisch gestalten

- ArbeitnehmerInnenorientierte Arbeitszeitmodelle und gerechte Verteilung der Arbeit fördern
- integrierten Arbeits- Umwelt- und Gesundheitsschutz in Betrieben fördern
- Berufliche Weiterbildung und Eingliederung von Arbeitslosen unterstützen

Ernährung durch eine globale Agrarwende sichern

- Protektionismus der eigenen Landwirtschaft abbauen
- Entwicklung der ländlichen Räume insgesamt fördern
- Existenzberechtigung der Landwirtschaft sichern

Biologische Vielfalt und Wälder erhalten und nachhaltig nutzen

- Sich dafür einsetzen, dass 10 % der Waldflächen (als sogen. Referenzflächen) nicht bearbeitet werden
- FSC-Siegel und Naturlandsiegel fördern

Recht auf Wasser einlösen und Wasserressourcen nachhaltig nutzen

- Umsetzung der Beschlüsse der Nordsee-Schutzkonferenz zur Reduzierung der Einleitung gefährlicher Stoffe
- Demokratisch legitimierte Kontrolle der Trinkwasserversorgung sicherstellen

Konsum und Lebensstil nachhaltig gestalten

- Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit und Bereitschaft zur Veränderung als wichtige Voraussetzungen müssen gefördert werden
- öffentlichen Einrichtungen müssen Vorbilder sein

Nachhaltigkeit braucht Geschlechtergerechtigkeit

- Anstelle eines Statements gab es einen kurzen pointierten Bericht über die kurz zuvor abgelaufenen Feierlichkeiten zum Jubiläum der Stadtbibliothek, der verdeutlichte wie viel in Sachen Geschlechtergerechtigkeit noch zu tun ist.

Lokale Agenda 21 und Beteiligung auf allen Ebenen stärken

- Die Partizipation von Ehrenamtlichen und demokratischen Bürgerinitiativen muss organisiert und ernst genommen werden.
- Dezentralisierung demokratischer Steuerung, z. B. durch Stärkung der Beiräte in den Stadtteilen

Die Statements, die die Anwesenden abgeben konnten, werden auf einer Veranstaltung im Oktober, wenn der Gipfel bilanziert wird, erneut aufgegriffen. Dann wird es darum gehen festzustellen, welche Erwartungen an Johannesburg erfüllt wurden und was künftig in Bremen getan werden kann bzw. muss für eine lebenswerte Zukunft nachfolgender Generationen hier und andernorts.

Bis zum Oktober sind außerdem noch vier Fachveranstaltungen zu den Themen Wasser, Klima, Sport-/Kleidung und Kinder geplant.

Gertraud Gauer-Süß



Wetten, dass ...

10 Wetten für Rio +10 – zur Nachahmung empfohlen

Ausgerechnet den "schwerfälligen" Ostwestfalen ist es gelungen, als Erste eine Idee der im Forum Umwelt & Entwicklung organisierten Kampagne „Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten“ erfolgreich umzusetzen: Mit 10 Wetten aus den verschiedenen Handlungsbereichen der Agenda 21 wurden neue Wege in der Öffentlichkeitsarbeit und der Mobilisierung des Nachhaltigkeitsdiskurses beschritten.

Seit 1999 hatte sich in Ostwestfalen (OWL) eine Gruppe von Nichtregierungsorganisationen aus der Region (NORA) aufgemacht, für die Umsetzung der Ziele der Agenda 21 zu arbeiten. Ein besonderer Schwerpunkt wurde von verschiedenen Bildungseinrichtungen mit drei Aktionstagen vom 23.-25.5. auf dem Jugendhof in Vlotho gesetzt – drei Tage Nachhaltigkeit pur.

Vom Land NRW gefördert – wurde ein umfangreiches Programm geboten. Zwei Tage Konferenz zu Fragen der Nord-Süd-

Partnerschaften und regionaler Agenda, ein Weltnachtkonzert und die Verleihung des Paolo – Freire Preises boten ein starkes Stück an Information, Erfahrungsaustausch und Begegnung.

Ein völlig neuer Weg der Öffentlichkeitsarbeit wurde mit der Initiierung von 10 Wetten in OWL eingeschlagen. Sie verdeutlichen, dass im Regierungsbezirk in den kommenden 12 Monaten in Sachen Nachhaltigkeit Einiges geschieht.

Angelehnt an das Konzept der Familiensendung Wetten, dass (ZDF) haben sich große und kleine Organisationen aus den Kreisen Gütersloh, Lippe, Bielefeld, Herford zu einer Wette für mehr Nachhaltigkeit bereit gefunden. Für den Fall des Scheiterns werden sie mit Ihrem Wetteinsatz gerade stehen.

Die jeweiligen Wettparten haben sich ebenfalls mit einem Wetteinsatz verpflichtet.

Da soll etwa die Lippische Fürstenfamilie in Mehl aufgewogen und zu Brötchen verbacken werden oder eine ganze Schule wird an einem Tag in Rheda-Wiedenbrück die Straße kehren, ein (fairer) Fuß-

ballspiel mit Agenda - Aktiven und einem Fairen Fußball werden als Einsatz gehandelt oder eine Müllsammelaktion mit dem Regierungspräsident stehen auf dem Programm, wenn die jeweiligen Wetten nicht erfüllt werden.

Nach einem halben Jahr wird eine Zwischenbilanz gezogen und in einem Jahr ist die große „Abrechnung“ geplant. Man darf gespannt sein!

Die Bereitschaft, sich auf ein derartiges Vorhaben einzulassen, war nach anfänglicher Skepsis erstaunlich hoch. Von allen Seiten wurden die Wetten als besondere Chance gewertet, eigene Anstrengungen in Richtung Nachhaltigkeit spielerisch und spannend darzustellen.

Die Themen der Wetten sind ausbaubar und im Grunde übertragbar auf jede Region. Eines läßt sich jetzt schon resümieren: Wenn Mann / Frau erst einmal angefangen hat, kann das Wetten richtig ansteckend werden...

Margarethe Rühl

Die Autorin ist Mitarbeiterin im Umwelt-Zentrum Bielefeld.

Wetten, dass.....

- wir es schaffen, bis Oktober die Produktlinie „Lippegenuss“- zu entwickeln und umzusetzen (Wettpartner: Landwirtschaftskammer Lippe, Wettpate: Bäckerinung)
- wir es schaffen, im nächsten Jahr soviel Mineralien aus dem Dorf zu verkaufen oder zu versteigern, dass davon in Kuyumcu Köyü 500 Bäume gepflanzt werden können (Wettpartner: Projektgemeinschaft BUND-, Greenpeace-, UWZ - Bielefeld, Wettpate: Dorfgemeinschaft vor Ort)
- wir es schaffen, im Sommer 2003 in Kenia ein Workcamp (ev. mit dem Thema Energie) gemeinsam mit der Partnerschule durchzuführen (Wettpartner: Gesamtschule August-Böckstiegel in Werther- Borgolzhausen, Wettpate: Jugendhof Vlotho)
- wir es in den nächsten 12 Monaten schaffen, die Blumen-geschäfte der „Fairschenken Kampagne“ dazu zu bringen
 - a) langfristig ein Angebot an umwelt- und sozialverträglichen Schnittblumen in Bielefeld zu schaffen und
 - b) dieses Angebot eindeutig in den Läden zu kennzeichnen, (Wettpartner: Fairschenk Blumen –Kampagne in Bielefeld, Wettpate: regionaler Verband der Floristen und des Gartenbaus)
- wir es schaffen, in den nächsten 12 Monaten zu erreichen, dass alle Städte und Gemeinden im Kreis Herford und Kreis

Minden-Lübbecke bei der Solarbundesliga mitmachen (Wettpartner: Redaktion Solarthemen, Wettpate: Jugendhof Vlotho)

- wir es schaffen im nächsten Jahr die Alteneinrichtungen des Johannesstiftes - im Evang. Johanneswerk Bielefeld nach Ökoprot zu zertifizieren (Wettpartner: Ev. Johanneswerk, MoBiel – Wettpate: Stadtwerke Bielefeld)
- wir es schaffen, 50 fairgehandelte Fussbälle in den nächsten 12 Monaten zu verkaufen (Wettpartner: Umweltzentrum Bielefeld, Wettpate: Welthaus Bielefeld).
- die Schülerinnen und Schüler aller Grundschulklassen in OWL, die bis zu den Herbstferien einen Wandertag machen, den Abfall entweder vor Ort oder anschließend zu Hause umweltgerecht entsorgen.
- wir es schaffen in den nächsten 12 Monaten Spitzenreiter im Strom, Heizung und Wassersparen zu werden (Wettpartner: Osterrath – Realschule in Rheda-Wiedenbrück, Wettpate: Stadt Rheda-Wiedenbrück)
- es uns gelingt in den kommenden 10-12 Monaten die Große Halle der Universität Bielefeld als raucharme Zone zu etablieren (Wettpartner: Universität Bielefeld, Wettpate: Unternehmensberater Matthias Haemisch)

Wer sich für die Organisation der Wetten, dass ... Idee in Ostwestfalen interessiert, kann sich an Margarethe Rühl, Umwelt-Zentrum Bielefeld, wenden (Tel. 0521/173145 oder 0521/ 329590032; mail: hua@umweltzentrum-bielefeld.de)



„Zukunftsfähige Kommunen durch Lokale Agenda 21“

Bedeutung der lokalen Ebene im Rio-Prozess erneut herausgestellt

„Es kann keinen Zweifel geben, dass die stärksten Kräfte im Rio-Prozess seit Jahren von der lokalen Ebene ausgehen“ betont Prof. Dr. Kreibich vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) anlässlich der Tagung „Zukunftsfähige Kommunen durch Lokale Agenda 21“ am 12./13. April 2002 im Umweltforum Berlin.

Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Bundesländern nutzten die Gelegenheit, sich aus erster Hand über die Aktivitäten der für die Lokale Agenda 21 wichtigen bundesweiten Strukturen zu informieren. Z.B. berichtete Michael Marvede über die im Dezember 2001 eröffnete Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in Bonn und Albrecht Hoffmann ging auf die Möglichkeiten einer bundesweiten Servicestelle für Lokale Agenda 21 ein, die kürzlich ihre Arbeit ebenfalls in Bonn aufgenommen hat.

In den sich anschließenden vier parallelen Workshops zu den prioritären Handlungsfeldern Nachhaltiges Wirtschaften, Mobilität / Verkehr, Eine Welt und Bürgerbeteiligung standen Projektaktivitäten aus unterschiedlichen Städten im Mittelpunkt.

Die Diskussionsergebnisse flossen in die am Ende der Tagung verabschiedete „Kommunale Rio + 10 - Erklärung von Berlin“, deren Entwurf im Vorfeld von *ecolo* Bremen und der Stiftung Zukunftsfähiges München für das Lokale Agenda 21 Netzwerk Deutschland (LAND) koordiniert wurde. Sie enthält eine kritische Bestandsaufnahme zur Situation der Lokalen Agenda 21 in Deutschland sowie Empfehlungen für zukunftsfähige Kommunen (s. Kasten). Die Tagung wurde von LAND bzw. der Arbeitsgruppe Lokale Agenda 21 des Forums in Kooperation mit der Grünen Liga und GERMANWATCH organisiert.

Dörte Bernhardt

Die Autorin ist Mitglied im Leitungskreis des Forum Umwelt & Entwicklung und Vorstandsmitglied bei GERMANWATCH.

Weitere Informationen: Dörte Bernhardt, GERMANWATCH e.V., 030/2888356-0, bernhardt@germanwatch.org
<http://www.agenda21-netzwerk.de>

Empfehlungen für zukunftsfähige Kommunen¹

Aus den Erkenntnissen zum Stand der Lokalen Agenda 21 in deutschen Städten leiten wir folgende Handlungsempfehlungen ab:

1. Die nachhaltige Entwicklung der Kommune muss in das Zentrum kommunaler Politik und Öffentlichkeit gerückt werden. Politische Relevanz ist nur zu erreichen, wenn neben dem Ratsbeschluss, eine Lokale Agenda 21 zu erstellen, eine konstruktive Zusammenarbeit von Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen erfolgt und diese gemeinsam ein kommunales Aktionsprogramm mit Projektideen erarbeiten und mit der Politik umsetzen.
2. Nachhaltigkeit und Lokale Agenda 21 dürfen keine Nische sein, sondern sollten netzwerkartig in relevanten Institutionen und anderen lokalen Politikprozessen verankert werden. Eine thematische Integration (Verknüpfung von Wirtschaft, Umwelt, Soziales, globale Verantwortung) innerhalb der Kommune sowie die Beachtung von „Gender-Mainstreaming“ sind eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg.
3. Partizipation und bürgerschaftliches Engagement können durch die systematische Einbindung von relevanten Nichtregierungsorganisationen, Vereinen und Verbänden, Institutionen der Wirtschaft, der Verwaltung und der Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse erreicht werden. Die Ergebnisse der Bürger/-innenbeteiligung müssen glaubwürdig und mit einem hohen Grad der Verbindlichkeit in den politischen Entscheidungsprozess (Parlamente, Verwaltung etc.) einfließen.
4. Nachhaltige Entwicklung muss als langfristiger Prozess erkannt und entsprechend in die kommunalen Institutionen, aber auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen personell und strukturell/organisatorisch eingebaut werden. Hauptamtliche Beschäftigte, professionelle Moderation und die aktive Unterstützung durch kommunale Spitzenvertreter/-innen sind neben ei-

ner gesicherten Finanzierung erforderlich.

5. Bildung ist zunehmend als Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung mit ganzheitlichem Ansatz zu begreifen. Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, der gesamten Bevölkerung in verständlicher Weise die Notwendigkeiten und Themen einer nachhaltigen Entwicklung zu vermitteln, dazu zählen Kampagnen, Veranstaltungen und Projekte für zukunftsfähige Lebensstile und zur Veränderung von Konsummustern.
6. Die attraktive, schlüssige und verständliche Aufklärung über die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung und der Lokalen Agenda 21 ist durch professionelle Öffentlichkeitsarbeit und Internetauftritte stets aktuell zu begleiten. Sinnvoll wären Berichte über erfolgreiche Vorzeigeprojekte sowie die Bereitstellung von landes- oder bundesweiten PR-Materialien für Kommunen, an deren Erstellung lokale Akteure beteiligt werden.
7. Ein Nachhaltigkeits-Controlling ist zwingend erforderlich, um Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit beurteilen zu können. Als Instrument stehen hierfür Nachhaltigkeitsindikatoren zur Verfügung, deren Ergebnisse in regelmäßigen Abständen im Rahmen von Nachhaltigkeitsberichten für die Öffentlichkeit publiziert werden sollten.
8. Die Kommunen sollten prioritäre Handlungsfelder für eine nachhaltige Entwicklung festlegen.
9. Kommunen sollten sich an Nachhaltigkeitsbemühungen ihrer Region (Umland größerer Städte, Landkreis, Partnerstädte) beteiligen, eine Vernetzung in einzelnen Handlungsfeldern anstreben und Agenda 21-Kooperationen mit Städten der „Einen Welt“ pflegen.
10. Ein Bewusstsein für günstige Rahmenbedingungen und konkreten Unterstützungsbedarf für nachhaltige Programme der Kommunen durch die Landes- und Bundesregierung sollten für die wesentlichen Handlungsfelder entwickelt und verdeutlicht werden.

¹ Gekürzte Fassung der „Kommunalen Rio + 10 - Erklärung von Berlin“ vom April 2002. Die Langfassung der Erklärung kann unter <http://www.agenda21-netzwerk.de> eingesehen werden.



Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen?

Bericht von einer Tagung

Kennen Sie den? "Wenn Du unterwegs ein Vogelnest findest auf einem Baum oder auf der Erde mit Jungen oder mit Eiern und die Mutter sitze auf den Jungen oder auf den Eiern, so sollst Du nicht die Mutter mit den Jungen nehmen, sondern Du darfst die Jungen nehmen, aber die Mutter sollst Du fliegen lassen, auf dass Dir's wohlgehe und Du lange lebst."

Dieser Ratschlag bzw. diese Regel paßt erstaunlich gut zu den über hundert Definitionen und Erklärversuchen der letzten 10 Jahre, die für den Karrierebegriff Nachhaltigkeit gefunden wurden. Die Regel ist aber gute zweieinhalbtausend Jahre alt und steht im Alten Testament, im 5. Buch Mose. Sie ist praktisch, unromantisch und warmherzig zugleich. Diese Nachhaltigkeitsdefinition war gleichzeitig "Reisesege" für die knapp 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bilanztagung zur nachhaltigen Entwicklung in Kirche und Gesellschaft "Von Rio über Johannesburg nach..." vom 14. bis 16. Mai 2002 in der Lutherstadt Wittenberg. Auf Initiative der Fachstelle Umwelt und Entwicklung und in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt hatte ein breites Bündnis kirchlicher bundesweit tätiger Arbeitszusammenschlüsse zu den Themen Umwelt und Entwicklung (Evangelischer Entwicklungsdienst (eed)/ Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Landeskirchen (AGU)/ Kammer für Entwicklung und Umwelt der Evangelischen Kirche in Deutschland/ Konferenz der Beauftragten des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED) der Ev. Landeskirchen/ Der Beauftragte des Rates der EKD für Umweltfragen/ Brot für die Welt/ Arbeitsgemeinschaft der kirchlichen Energie- und Umweltberater/Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Deutschen Diözesen) zu dieser Fachtagung eingeladen, welche gleichzeitig das "7. Wittenberger Gespräch zur Nachhaltigkeit" war. Die Teilnehmer kamen bis auf Bremen aus allen Bundesländern und bildeten einen interessanten Mix aus Theologen und Technikern, Umweltarbeitern und Entwicklungsstrategen, Praktikern und Verwaltern, Haupt- und Ehrenamtlichen. Leider hatten sich nur wenige Frauen eingefunden.

Diese Tagung wollte im Vorfeld des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg kritisch Bilanz ziehen. Die Kirchen, ihre Mitarbeiter und Fachagenturen wurden bewußt als primäre Zielgruppe ausgewählt. Auch wenn die Kirchen gewichtige Mitglieder der NRO-Gemeinde sind, gehen sie in ihr nicht auf und sind sie keine x-beliebigen Vereine. Sie bergen - gerade im Kontext der Debatte um nachhaltige Entwicklung - große Potenziale und Verpflichtungen in sich.

Potentiale und Pflichten

Die beiden großen deutschen Kirchen stehen u. a. auf Grund ihrer historisch bedingten Dimensionen und ihres Selbstverständnisses in einer besonderen Pflicht. Gleichzeitig gibt es in den Kirchen und Gemeinden eine Vielzahl hochmotivierter Frauen und Männer soiw herausragende Pilotprojekte, die oft nur vereinzelt wahrgenommen werden und als Alibi dienen.

Zur Beförderung und auch bei der Umsetzung nachhaltiger Entwicklungskonzepte müssen die Kirchen eine größere Rolle spielen. Immerhin verfügen sie über ein flächendeckendes Netzwerk von über 30.000 Gemeinden mit Mitarbeitern, Räumen, leidlich demokratischen Strukturen und sehr vielen Gebäuden. Gemeinsam mit Diakonie und Caritas arbeiten mehr als eine Million Menschen in diesen "Tendenzbetrieben". Die Kirchen und ihre Gemeinden zählen zu den größten Land-, Forst- und Vermögensbesitzerinnen der Republik. Sie erreichen wöchentlich Millionen von Menschen, betreiben 15.000 Kindergärten, hunderte Sozial- und Bildungseinrichtungen. Für all dies werden Materialien, Stoffe und Ideen aufgebraucht - nichtnachhaltig oder nachhaltig.

Die Tagung wollte kurz vor Johannesburg fragen: Wohin gehen die Tendenzen? Und: Wie können sie beeinflußt werden? Damit - trotz der gewichtigen Zielgruppe - die beiden Arbeitstage nicht zu "klerikal" ausfielen, wurde mit einem Tag "der Welt" begonnen.

Von der Welt

Programmatisch sprach als erster Hauptredner Dr. Reinhard Hermle vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor und Vorsitzender von VENRO, aber vor allem als Mitinitiator und Begleiter der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" aus dem Jahre 1996. Er beschrieb die Wirkungsge-

sichte dieses vielleicht politischsten Sach- und Programmbuches der 90er Jahre und berichtete von erfahrenen Barrieren. So forderte u. a. die Landwirtelobby von Misereor, gewichtige Aussagen über die Notwendigkeit des ökologischen Landbaus zu widerrufen und drohte mit Spendenboykott, der Achillesferse einer Spendenorganisation. In Wittenberg sagte Hermle: Wir widerriefen nicht. Die Spendenausfälle konnten durch das Gewinnen neuer Spendergruppen - auch durch die Studie - ausgeglichen werden.

Prof. Carsten Stahmer vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden, der langjährig eine Abteilung zur ökologisch-ökonomischen Gesamtrechnung leitete und jetzt zu nachhaltigen Gesellschaftsmodellen forsch, legte in seinem Vortrag besonderes Augenmerk auf langfristige Szenarien bis 2050. Er verdeutlichte den Zielkonflikt zwischen der für die Industriestaaten ökologisch notwendigen Reduzierung ihrer Stoffverbräuche auf bis zu 90 Prozent oder den Faktor 10 und der Unfähigkeit der (derzeitigen) gesellschaftlichen, politischen und anthropologischen Systeme mit derart starken Eingriffen konstruktiv umgehen zu können. Auch fragte er, wie können derartige Verknappungen als lohnende Ziele erkannt und angestrebt werden. Besonderes Gewicht legte er in seiner Skizze auf neue Arbeits- bzw. Einkommens-, Versicherungs- und Wohlstandsmodelle, verwies auf noch erheblichen Forschungsbedarf und schlug eine umfassende Studie zur "Arbeit der Zukunft" vor, bei der sich auch die Kirchen und NRO's beteiligen sollten. So viele Fragen auch dieser Vortrag offenließ, er trug zur Debatte der Tagung wesentlich bei. Verstehen die "üblichen" Nachhaltigkeitsdialoge sich oft als additive Wunschliste guter Absichten im Konsenslook, verwies Stahmer auf den Ernst der Aufgabe und die Härte der zu erwartenden Konflikte. Wie die wahren Konflikte vertuscht und die Ziele aufgeweicht werden, beschrieb dann als Insider Hans Diefenbacher in einem Abendvortrag "Wer berät wen - und wer hört nicht zu? Eine kleine Systemkritik zum Nachhaltigkeitsdialog in Deutschland".

Von der Kirche

Der zweite Tag stand im Zeichen "der Kirche". Der Tag begann mit einer lebendigen Bibelarbeit von Bischof Axel Noack aus Magdeburg. Die folgenden Praxis-



beiträge zeigten, dass Kirchen exemplarisch durchaus gewichtige Vorhaben auf dem Pfad nachhaltiger Entwicklung begleiten, aber über erste Schritte noch nicht hinaus gekommen sind. So werden gemeinsam, in 20 evangelischen und katholischen Einrichtungen, Daten erhoben oder Erfahrungen beim Umweltmanagement gesammelt, mit dem Ziel umfassende Kriterien für eine "flächendeckende" Einführung des europäischen Umweltstandards EMAS in den Kirchen zu erarbeiten. Eine enorm notwendige Aufgabe angesichts der Vielzahl kirchlicher Unternehmungen. Berichtet wurde von verschiedenen Anstrengungen in den Kirchen energisch Energie zu sparen. So wurde ermittelt, dass allein mit gezielten Techniken und bewusstem Verhalten - ohne Einschränkung des Betriebes - jährlich in den Kirchen der Gesamtenergieverbrauch einer Großstadt wie Hannover eingespart werden könnte. Neben nicht verausgabten Geldern würde eine erkleckliche CO₂-Reduzierung gewonnen.

Am Beispiel eines Mahlzeitprojektes "regional und fair essen" wurde verdeutlicht, dass mit Lebensmitteln aus der Umgebung und fair gehandelten Produkten

aus dem Süden unserer Erdkugel nicht nur die Qualität des Essens und damit das Wohlbefinden der Menschen steigt, sondern auch unmittelbare Umwelteffekte erzielt werden. Zum Beispiel indem die "Beschaffungskilometer" der zu einem Essen benötigten Zutaten, im Vergleich zur konventionellen Küche, von ca. 800 km auf fast 80 km (Faktor 10) im Jahresmittel verringert werden konnten. Geschildert wurde die erfolgreiche und vielversprechende Einführung von Umweltmanagementsystemen in der Diakonie. Besonders wichtig für das dauerhafte Gelingen in diesem Bereich ist die "Pflege" der Motivation von Mitarbeitern und Einrichtungsleitung gleichermaßen.

Aus der Entwicklungszusammenarbeit wurde von den Bemühungen der Lobbyarbeit auf internationalen Konferenzen, so bei der WTO und der Biodiversität, berichtet. Kirchen können mit ihren Möglichkeiten hier durchaus Anwälte der Interessen der Menschen in Entwicklungsländern sein bzw. sie unterstützen, ihre Rechte auch international zu vertreten. Und: Von einem integrierten landwirtschaftlichen Projekt auf dem Balkan wurde erzählt, wo in einem Ansiedlungsprojekt für Kriegsflüchtlinge ökologische, ökonomische und soziale Anforderungen zusammengeführt werden.

Den großen und weithin als black-box angesehenen Bereich der kirchlichen Vermögensverwaltung nahm unter nachhaltigen Gesichtspunkten ein langjähriger Verwaltungschef einer westdeutschen Landeskirche unter die Lupe. Auch wenn die Höhe der jährlichen Zuflüsse der Kirchen aus ihren Pensions- und Rücklagenfonds in der Öffentlichkeit oft überschätzt wird, kommen doch Beträge im Milliardenbereich zusammen. Der Referent beschrieb seinen Weg von einem konventionellen Geldanleger zum nachhaltig orientierten - oder wie er es von sich sagte: vom Saulus zum Paulus. Kirchen könnten bei umfangreicherer nachhaltiger Anlagepolitik durchaus eine gewisse Marktmacht auf diesem Segment erlangen. Zurzeit sind die zu nachhaltigen Kriterien angelegten Kapitalanlagen der Kirchen noch äußerst gering - im Promillebereich! Das ist weit unter Durchschnitt.

Zum Abschluss gab es die obligatorische Podiumsdiskussion. Durchaus nicht langweilig aber letztlich ohne Kontroverse wurde zwischen Frau Quennet-Thielen aus dem BMU, Jürgen Meier vom Forum und Kirchenleuten gestritten, ob nun das Glas in dem man nachhaltige Entwicklung seit Rio 92 messen könnte, nun halbvoll oder halbleer sei. Selbst unterschiedliche

Akzente verrieten kaum Differenzen in der Einschätzung, beruht sie wohl eher in verschiedenen Anstellungsverhältnissen.

Wittenberger Memorandum

In verschiedenen Diskussionsgruppen wurde zu den Vorträgen und zu einem Entwurf eines Wittenberger Memorandums "Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen" gearbeitet. Dabei wurde von den Teilnehmern u. a. betont, dass die Kirchen vor einer Glaubwürdigkeitslücke stünden, gingen sie nicht konzentriert und konsequent die nächsten Schritte nachhaltiger Entwicklung. Es kommt in den nächsten Jahren darauf an, die Projektphase zu verlassen und Nachhaltigkeit als allgemeine gute Praxis in den Kirchen, den Gemeinden und ihren Einrichtungen zu verankern. Dazu ist die Verwaltung und sind die Kirchenparlamente zu gewinnen. Die Kirchen können ihren Auftrag im politischen Bereich am ehesten erfüllen, wenn sie in ihrem eigenen Haus, die aus dem Schöpfungsauftrag abgeleiteten Normen und Werte, umsetzen. Die Gestalt predigt. Der nackte Stein kann schreien, aber das Solardach leuchten. Wichtig war auch vielen, dass die Kirchen ihre eigene theologische Begründung ernst nehmen und reflektieren. So kann der veraltete Ausdruck der "Erlösung", in Zusammenhang mit unvernünftigen, schädlichen, zukunftsgefährdenden Produktions-, Gesellschafts- und Herrschaftssystemen durchaus aktuell und brisant sein.

Das durch die Teilnehmer tatkräftig überarbeitete Memorandum wurde verabschiedet und wird den Kirchenleitungen, den Mitarbeitern, Gemeinde- und Basisgruppen sowie der allgemeinen Öffentlichkeit zur freundlichen Weiterarbeit bekannt gemacht.

Auch für nichtkirchliche Interessenten und Vereine könnte das Wittenberger Memorandum von Interesse sein, tragfähige Bündnisse und gemeinsame Vorhaben leben vom gegenseitigen Wahrnehmen.

Hans-Joachim Döring,

Der Autor ist Mitarbeiter ??? der Fachstelle Umwelt und Entwicklung beim Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg.

Das Wittenberger Memorandum kann bezogen werden über: Forschungsheim, Fachstelle Umwelt und Entwicklung, beim Kirchlichen Forschungsheim, Wilhelm-Weber-Strasse 1a, D-06886 Lutherstadt Wittenberg, Telefon: +49-3491-467093, Email: Herz-Michl@kfh-wb.de oder

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Schmeilweg 5, D-69118 Heidelberg, Telefon: +49-6221-9122-0, Fax: +49-6221-167257
An diese Anschriften können auch gern Meinungen und Kommentare zum Memorandum gesandt werden Bezug aus dem Internet:
www.forschungsheim.de/Fachstelle/memo.htm

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd



iz3w ◀

<http://www.iz3w.org>

Gegen die Zumutungen des globalen Kapitalismus, gegen Rassismus oder das Gerede von 'ethnischen Konflikten' wendet sich die iz3w alle 6 Wochen auf 52 Seiten. Die Beiträge und Themenschwerpunkte beschäftigen sich mit Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik, mit Migration, sozialen Bewegungen, Ökologie, Soziokultur und kritischen Theorien. Einzelheft €4,- Abo €32,-

► Bezug: linker Buchhandel, Dritte-Welt-Läden oder informationszentrum 3. welt

iz3w ► PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org



Welternährungsgipfel erkennt Menschenrecht auf Nahrung als Grundlage im Kampf gegen den Hunger an.

Vom 10.-13. Juni 2002 fand in Rom der Welternährungsgipfel statt. Zwar wurde dort der Hunger erneut als eins der größten Probleme weltweit bezeichnet, konkrete Maßnahmen, wie die Zahl der Hungernden zu reduzieren sei, wurden jedoch nicht verabschiedet.

Das Schlussdokument enthält nichts Neues, bereits getroffene Vereinbarungen wurden teilweise nur in neue Worte gepackt und dabei teilweise deutlich verwässert. Man ist in Rom dem Hauptziel des letzten Gipfels von 1996, die Zahl der Hungernden bis 2015 auf rund 400 Millionen zu halbieren, keinen Schritt näher gekommen.

„Die Regierungen haben fünf Jahre verstreichen lassen, ohne gegen den Hunger wirklich aktiv zu werden. Die 1996 beschlossenen Maßnahmen sind bisher nur Lippenbekenntnisse geblieben. Die Regierungen nehmen den Hungertod von täglich 25.000 (!) Menschen, zumeist Kindern in Kauf, obwohl weltweit ausreichend Nahrungsmittel produziert werden. Es fehlt den politischen Entscheidungsträgern der Wille, an diesen skandalösen Zuständen etwas zu ändern. Dem diesjährigen Welternährungsgipfel müssen endlich weitreichende Taten folgen und das nötige Geld muss bereit gestellt werden!“ fordert Rainer Engels von Germanwatch.

Recht auf Nahrung

Als Erfolg des Gipfels kann aber gewertet werden, dass das Recht auf Nahrung - schließlich auch von den USA mitgetragen - deutlich gestärkt wurde. Nach langer Blockade durch die USA erkannte der Welternährungsgipfel das Menschenrecht auf Nahrung als Grundlage im Kampf gegen den Hunger an. Seit Jahren hatten die USA jeden Versuch blockiert, sozialen Menschenrechten denselben

Stellenwert zu garantieren wie politischen Rechten. „Die Freiheit von Hunger ist Voraussetzung für ein Leben in Würde und deshalb ein fundamentales Menschenrecht. Dass dies heute erstmals von den USA anerkannt wird, ist Ergebnis der Arbeit von vielen engagierten Menschen in Nord und Süd“, so Rainer Engels.

Die im Forum Umwelt & Entwicklung zusammengeschlossenen Organisationen fordern seit dem Welternährungsgipfel 1996 einen Verhaltenskodex zum Recht auf Nahrung. In vielen Fällen ist nicht nur fehlender politischer Wille, sondern vor allem falsche Politik die Ursache von Hunger. Dies haben nun auch die Regierungen anerkannt. Es wurde beschlossen, ein Arbeitsgruppe einzurichten, die in den kommenden zwei Jahren Richtlinien für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung erarbeiten wird.

Künast setzt sich ein

Ein Lob sprachen die Vertreter des Forum Umwelt & Entwicklung der deutschen Bundesregierung aus. Es sei auch den unermüdlichen Bemühungen der deutschen Delegation zu verdanken, dass viele Staaten sich verpflichtet haben, das Recht auf Nahrung zu stärken. Den Durchbruch hatte die vom BMVEL und BMZ organisierte Konferenz 'Politik gegen Hunger' im Mai in Berlin gebracht. Dort hatten sich über 250 Delegierte aus 74 Nationen, auf die Dringlichkeit, Richtlinien für das Recht auf Nahrung zu formulieren verständigt.

In Rom hatten die NGOs die Gelegenheit der Ministerin Renate Künast einen Kochtopf mit 10 Rezepten gegen den Hunger zu überreichen.

Die Ministerin stimmte in vielen Punkten mit den Forderungen der NGOs überein. Diese Übereinstimmung bezog sich vor allem auf die Themen „Development Box“ und die Umwandlung von Subventionen in die Unterstützung ländlichen Gebieten in armen Ländern.

Uneinigkeit zu diesen Themen herrschte allerdings zwischen den NGOs. Hier waren große Unterschiede festzustellen

zwischen denen, die alle Agrarthemen aus der WTO heraushalten wollen und deshalb auch der Development Box kritisch gegenüber stehen und denen, die sich für Reformen der WTO einsetzen.

Biotechnologie

Die NGOs hatten im Vorfeld des Gipfels einen Stop für die Einführung von Terminator-Technologien gefordert. Terminator-Technologien bewirken die Sterilität von Saatgut und dürften nicht zugelassen werden, weil sie Bauern und Bäuerinnen in eine Abhängigkeit von Saatgutfirmen trieben. Von den Vertretern der USA wurden gentechnisch veränderte Nahrungsmitteln als „die“ Lösung des Welternährungsproblems angepriesen, die NRO forderten, dass Lebensmittel nicht mehr als 0.1% gentechnisch veränderte Substanzen enthalten dürfen. Obwohl vor dem Konferenzgebäude in Rom mehr als 40.000 Menschen gegen Biotechnologie demonstrierten, wurde in der Abschlusserklärung nichts geändert – die Proteste verhalten weitgehend ungehört.

Den Worten müssen Taten folgen

Man darf diesen Teilerfolg jedoch nicht überbewerten. Den Worten müssen Taten folgen. Die Bedeutung des Welternährungsgipfels kann nur an seiner Umsetzung gemessen werden. Vor allem die Ausführungen zur Förderung der Biotechnologie und Ausgestaltung der Nahrungsmittelhilfe müssen kritisch gesehen werden.

Um die Zahl der Hungernden signifikant zu reduzieren, sind auch Fortschritte bei anderen Aufgabenfeldern notwendig: vor allem müssen die ländlichen Räume gestärkt, Agrarreformen in Entwicklungsländern durchgeführt und marktverzerrende Subventionen und Protektionsmaßnahmen der Industrieländer im Agrarbereich abgebaut werden.

Monika Brinkmüller



Rio +10

WSSD PrepCom IV in Bali

What to do about the US?

Das Mikrofon war noch an. Der Präsident der 4. Vorbereitungskonferenz für den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, die vom 27. Mai bis 7. Juni in Bali/Indonesien stattfand, hatte das Ausschalten schlicht vergessen. So bekam jeder den lauten Seufzer mit, der eigentlich nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt war: „What to do about the US?“

Damit war die Kardinalfrage gestellt. Die USA profilierten sich in Bali – wie auch im Falle des Kyoto-Protokolls oder des Internationalen Strafgerichtshofs – wieder einmal als Blockierer und Verweigerer. Über die international bereits vereinbarten Millenniumsziele hinaus waren sie nicht bereit, ein einziges klar definiertes Ziel im Bereich Umwelt und Entwicklung mitzutragen.

Damit wurde die EU, die vor allem im Umweltbereich mit einer ziemlich klaren Agenda nach Bali kam, für viele zum Hoffnungsträger. Im Energiebereich trat die EU zum Beispiel dafür ein, einen 15%igen Anteil erneuerbarer Energien an der globalen Energieversorgung bis zum Jahre 2010 festzuschreiben. Dieses wurde von den USA ebenso abgelehnt wie die Forderung nach der Erarbeitung eines zehnjährigen Arbeitsprogramms für die Veränderung der Konsum- und Produktionsmuster oder einem Ziel im Bereich Zugang zu sanitären Anlagen und Abwasserentsorgung. Geradezu folgerichtig lehnte die Bush-Administration auch das bei der letzten Vertragsstaaten-Konferenz der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) in Den Haag vereinbarte Ziel ab, innerhalb der nächsten zehn Jahre den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen. Zwar ist dieser CBD-Beschluss erst wenige Wochen alt; da die USA jedoch (wieder einmal!) nicht Vertragsstaat der CBD sind, erscheint die Ablehnung geradezu folgerichtig. Die Liste der US-Blockaden ließe sich fast beliebig verlängern, etwa mit Blick auf die Frage des Rechts auf Nahrung aus dem Pakt über wirtschaftliche, soziale und

kulturelle Menschenrechte von 1966 (wo die USA im übrigen nicht Vertragsstaat ist).

Agenda der EU

Die Blockade der USA (und an ihrer Seite insbesondere Australien und Kanada, aber auch Japan und Neuseeland) ließ die positive Agenda der EU in umso hellerem Licht erscheinen. Dabei ging fast unter, dass auch die Positionen der EU nicht ohne Makel waren: beispielsweise war es nicht etwa EU-Position, für eine Abschaffung umweltschädlicher Subventionen einzutreten; man beschränkte sich stattdessen darauf, zu deren Reform zu ermutigen. Überdies sollte sich im Laufe der Konferenz als ein entscheidendes Handicap erweisen, dass die EU in Bali keinerlei Verhandlungsspielraum in den Themen Handel und Finanzen im Gepäck hatte. Nicht zuletzt auch deshalb gelang es Norwegen, sich in Bali – mit der Ausnahme des Problems Walfang – als Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung zu präsentieren. Die Reden der norwegischen Minister fanden auch unter den anwesenden NGOs breite Beachtung und Anerkennung (vgl. die nachfolgenden Reden).

Forderungen der Entwicklungsländer

Die Forderungen der Entwicklungsländer konzentrierten sich – kaum überraschend – auf die Fragen von Handel und Finanzen. Neben der Frage, die GEF auch für die Finanzierung von Maßnahmen unter der Konvention zur Bekämpfung der Wüsten heranzuziehen, konzentrierten sich die G77/China darauf, (auf Druck der OPEC-Staaten) energiepolitische Ziele abzulehnen und über die WTO-Ministererklärung von Doha und den Monterrey-Konsens hinausgehende Zugeständnisse der Industriestaaten zu erreichen. Dies stieß auf den Widerstand von EU und USA gleichermaßen.

Verhandlungen über ein Aktionsprogramm

Die Verhandlungen über ein aktionsorientiertes Aktionsprogramm standen somit von Beginn an unter keinem guten

Stern. Die USA blockierten, die Entwicklungsländer weigerten sich, und die EU kam nicht von der Stelle. Das vom Konferenzvorsitzenden Emil Salim vorgelegte Verhandlungspapier wurde innerhalb der ersten Tage um die Hälfte aufgestockt: hatte man mit knapp 100 Artikeln angefangen, landete man schnell bei über 150. Die Zahl der Klammern, die strittige Punkte markierten, nahm inflationsartig zu. Dort, wo man sich einigte, oder wo sich Einigungen abzeichneten, drohte man gar hinter Rio zurückzufallen. So war von strategischen Überlegungen zu hören, das Vorsorgeprinzip im Aktionsprogramm lieber gar nicht erst zu erwähnen, bevor die in Rio erreichte Formulierung verwässert würde. Besonders umstritten war das Rio-Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern für eine nachhaltige Entwicklung. Was drohte, war ein Aktionsprogramm ohne Aktionen, ohne Ziele und ohne Substanz. „Take the Brackets to Johannesburg!“, forderten daraufhin die Nichtregierungsorganisationen. Lieber kein Ergebnis in Bali als ein schlechtes Ergebnis, das de facto den Ausverkauf nachhaltiger Entwicklung bedeuten würde, war die allgemeine Einschätzung.

Take-it-or-leave-it

Nach der ersten Woche machte sich denn auch allgemeine Ratlosigkeit breit. Alles wartete auf die Minister, die dann alles regeln sollten. An den grundlegenden Positionen der Staatengruppen vermochten jedoch auch diese nicht zu rütteln. Dass das Aktionsprogramm in Bali verabschiedet werden würde, wurde immer unwahrscheinlicher. Ein letzter zweifelnder Versuch bedeutete ein sogenanntes Take-it-or-leave-it-Papier, das Emil Salim vorlegte. Dieses Papier bezog sich auf den am heftigsten umstrittenen Teil des Kapitels IX des Aktionsprogramms, die Maßnahmen zur Umsetzung. Verhandelt werden konnte das Papier naturgemäß nicht, man konnte es eben entweder in Gänze annehmen oder nicht. Während die G77/China sich für die Annahme entschieden hatte, lehnte



die EU ab. Dem Vernehmen nach scheiterte die Annahme durch die EU schließlich am Widerstand eines einzigen Landes an einem einzigen Punkt, nämlich dem Widerstand Frankreichs mit Blick auf den Abbau umweltschädlicher oder handelsverzerrender Subventionen. Diese Karte hatte Frankreich aus Rücksicht auf die heimische Agrarlobby bereits bei den WTO-Verhandlungen in Doha gespielt. Die USA lehnten das Papier erwartungsgemäß ebenfalls ab (was bereits im Vorfeld so gut wie sicher war und G77/China die Annahme fraglos erleichtert hatte). Insgesamt meldeten die USA an 13 Stellen Bedenken an.

Scheitern der Verhandlungen für ein Aktionsprogramm

Damit waren die Verhandlungen für ein Aktionsprogramm, das Bali-Commitment hätte heißen sollen, im Vorfeld von Johannesburg endgültig gescheitert. Unter dem Umstand, dass es nicht gelungen war, das Aktionsprogramm zu verabschieden, litten auch die Verhandlungen für eine politische Erklärung der Staats- und Regierungschefs. Zum einen sind hierfür politische Gründe ausschlaggebend (was man nicht im Aktionsprogramm unterbekommt, kann man in allgemeiner Form noch in der politischen Erklärung unterbringen), zum anderen verhandlungstaktische: wenn man zu früh die Aufmerksamkeit auf die politische Erklärung gelenkt hätte, hätte man die Aufmerksamkeit vom Aktionsprogramm abgelenkt und damit die Chancen verringert, in Bali zu einem Abschluss zu kommen. Als Ergebnis für die politische Erklärung hat Bali lediglich einige wenige, kaum originelle Ideen hergebracht.

Typ 2 Partnerschaften

Den – zutreffenden – Eindruck einer Verweigerungshaltung bei den Verhandlungen zum Aktionsprogramm versuchte die USA durch heftiges Engagement im Bereich der Typ-2-Ergebnisse vergessen zu machen. Hierbei handelt es sich um konkrete Projekte, das heißt Partnerschaften zwischen Staaten, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Umsetzung von Nachhaltiger Entwicklung. Diese Partnerschaften sollen in Johannesburg als offizielle Konferenzergebnisse geädelt werden. Umstritten ist dabei, ob sie bestimmten Kriterien unterliegen sollen, insbesondere der Frage, ob und inwieweit diese Projekte eine Verbindung zu den im Aktionsprogramm beschlossenen Zie-

len aufweisen sollen. An dieser Frage wird deutlich, dass das Engagement der USA vor allem der Gesichtswahrung dient. Da die USA sich in den Typ-1-Verhandlungen der Vereinbarung von konkreten Zielen und Maßnahmen verweigert, setzte sie sich in Bali folgerichtig dafür ein, dass die Verbindung von Typ 1 zu Typ 2, wenn überhaupt vorhanden, dann doch möglichst locker sein soll. Auch sollen nach dem Willen der USA Typ-2-Projekte nicht „unnötig“ mit Kriterien belastet werden. Die EU dagegen sieht zumindest die Notwendigkeit einer starken Verbindung von Typ 2 zu den eigentlichen Verhandlungsergebnisse, da ansonsten der Beliebigkeit Tür und Tor geöffnet würde. Viele Entwicklungsländer lehnen Typ-2-Outcomes im Sinne offizieller Konferenz-Ergebnisse ab, da sie aus ihrer Sicht eher einen Akt der Barmherzigkeit des Nordens darstellen als die Durchsetzung von legitimen Interessen des Südens. NGOs, aber auch der UNEP-Chef Klaus Töpfer, warnten in Bali ebenfalls davor, Typ-2-Ergebnisse als gleichwertig zu Typ 1 und ohne starke Verbindung zu den in Typ 1 vereinbarten Verpflichtungen der Staaten zu etablieren, da sonst eine Privatisierung der Verantwortung für nachhaltige Entwicklung drohe.

Es bleibt spannend

In Bali hat es hierzu eine Reihe von Treffen und Verhandlungen gegeben. Da die Kriterien für Typ 2 Teil des Gesamtpakets sind und somit nur im Zusammenhang von Aktionsprogramm und politischer Erklärung verabschiedet werden können, wurde auch hier keine abschließende Einigung erzielt. Jedoch zeichnet sich ein Konsens dahingehend ab, dass alle Staaten der Formulierung zustimmen, dass Typ-2-Ergebnisse komplementär zu den zwischen Staaten erreichten Übereinkommen in Typ 1 gesehen werden müssen. Diese Formulierung ist – wie im übrigen auch andere Kriterien – hinreichend offen und insbesondere vor dem Hintergrund der Themenvielfalt des Aktionsprogramms somit auch für die USA zustimmungsfähig.

In Bali ist es mithin nicht gelungen, das selbstgesteckte Ziel zu erreichen, nämlich nach dem Vorbild von Monterrey die Verhandlungsergebnisse – Aktionsprogramm, politische Erklärung, Typ-2-Partnerschaften – bereits vor dem eigentlichen Gipfel fertiggestellt zu haben, so dass die Verabschiedung in Johannes-

burg selbst nur noch ein formaler Akt werden würde. Dies ist kein Beinbruch. In Bali war fraglos nicht der nötige Druck zu spüren, die Verhandlungen unbedingt beenden zu müssen. Zudem hat das Scheitern von Bali zwei Vorteile: zum einen haben sich die Staaten nicht auf ein Ergebnis einigen können, das hinter Rio zurückfällt, zum anderen bleibt so der politische Spannungsbogen vor Johannesburg erhalten.

Dominanz der WTO-Agenda befürchtet

Bedenklicher muss stimmen, dass EU wie USA in Bali den Ansatz verfolgten, die Ergebnisse von Johannesburg auf den Ergebnissen der WTO-Verhandlungen von Doha und dem Monterrey-Konsens aufzubauen. Damit wurden die WTO-Freihandelsagenda und die Vereinbarungen von Monterrey als quasi unverrückbare Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung in den Johannesburg-Prozess eingebracht. Letztlich dominiert die WTO-Agenda daher die Verhandlungen für eine nachhaltige Entwicklung. Dies ist vor allem aus zwei Gründen bedenklich: zum einen widerspricht die in Doha vereinbarte WTO Agenda in weiten Teilen einer nachhaltigen Entwicklung, zum anderen wird es für erfolgreiche Verhandlungen in Johannesburg einer strategischen Allianz zwischen EU und USA bedürfen, um die USA ganz oder weitgehend zu isolieren und so zu Zugeständnissen zu bewegen. Voraussetzung für eine solche Allianz sind aus Sicht der Entwicklungsländer Zugeständnisse in den Bereichen Finanzen und vor allem Handel. Hier erwarten sie Vereinbarungen, die über die in Doha gefassten Beschlüsse hinausgehen. Diesen Erwartungen wird die EU begegnen müssen, wenn sie G77/China als Partner ihrer umweltpolitischen Agenda gewinnen will. Von daher wird es in den verbleibenden Wochen bis Johannesburg Aufgabe der NRO sein, die EU und ihre Mitgliedsstaaten in dieser Richtung zu bedrängen und zu beeinflussen.

Michael Frein

Der Autor ist Mitarbeiter beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt & Entwicklung.



WSSD, Prep.Com IV, Denpasar, Indonesia, 6 June 2002-06-10

*Intervention by HE Ms. Hilde F. Johnson,
Norwegian Minister of International Development*

Mr. Chairman,

- Why are we here?
- Why on earth are we here?

It is relevant to ask this question, Mr. Chairman, if our primary preoccupation in the negotiations here is to reopen and renegotiate old commitments, - from 1992, 1993, 1997 and onwards. And not to build on them, and bring us forward.

It is relevant, Mr. Chairman, - if the only commitments, targets and timetables we will be able to agree on in the Plan of Implementation, are the ones already agreed at the Millennium Summit. They should not limit us from moving forward.

It is relevant, Mr. Chairman, - if the only reference we can make in financing their implementation, -is the Monterrey Consensus, and not the substantial steps in ODA made at the Monterrey Conference itself.

It is relevant, Mr. Chairman, - if the only tangible results from the Johannesburg-process will be Type-2 partnership initiatives financed from existing ODA-flows, with no additionality, putting "green paint" on old projects, or launching new ones primarily directed towards show-offs and flags for donor governments, undermining national ownership and coordination in the poor countries.

Why are we here - if this is the case? What are we here for?

Mr. Chairman, we should be here for one reason and one reason only: to bring action in sustainable development forward - to the benefit of the poor and the environment.

This means a Plan of Implementation that does exactly that, and delivers in terms of concrete targets and timetables, - and in terms of financial resources and monitoring of ODA-flows. Type 2 should not substitute Type 1.

This means a Political Declaration from our world leaders which includes new commitments to do more and deliver more.

This means Partnerships and type 2-initiatives that imply quantum leaps in a few sectors, building on national ownership and based on poverty reduction strategies and "greening" of them, rather than creating new ones.

And it is not too late, Mr. Chairman! We can still make it happen. But I am very concerned.

We need Type 2 "Frameworks for delivery" in coherence with development frameworks and -policies, not a big "donor circus" with stand-alone donor driven projects and new financial mechanisms, undermining everything we have achieved in development the last years. Very few, if any, Type 2 initiatives have up to now been presented by developing countries. To get delivery, national ownership is essential.

We have to concentrate on substantial deliveries in the WEHAB areas and ensure there is a common structure to achieve them.

The Frameworks of delivery in Type 2 have to build on the commitments in the Plan of Implementation, with additional commitments and concrete targets and timetables for the sector. This should be negotiated by donor-countries, partner-countries and possibly the private sector and other stakeholders. It has to have a geographical scope, measures of implementation, linked also to implementing agencies, resource commitments, or procedures for such commitments, within a certain timeframe, and monitoring me-

chanisms. There has to be preconditions, ensuring that they meet a set of quality-criteria, national ownership and anchorage in countries' PRSPs.

Such a structuring-process for Type 2 has to be established urgently. There has to be full-time teams working on this between Bali and Johannesburg. The team should include experts from the relevant UN agencies and the IFIs, with the World Bank in a crucial role. On the basis of a framework set out for every WEHAB sector, donors, partner countries and other stakeholders should be invited to participate.

If we can get such Frameworks of delivery agreed in time for Johannesburg, in the WEHAB sectors, these commitments can be included in the Political Declaration, this may imply one of the few deliverables on action we will get.

Why are we here, Mr. Chairman?

As a development minister, my answer is this: Because what we are faced with is grave injustice, injustice toward the world's poor and injustice towards our grandchildren and future generations. What kind of world it today's poor 5 year-olds faced with. And what kind of world will today's 5 year-olds be faced with at 50?

We know the answer!

The decisions we make today will determine whether the injustices we experience will be even greater tomorrow, - or whether we will be able to make a difference. Mr. Chairman, history is full of missed opportunities. Let us not miss yet another one.

Let us get the Type 2 to work, and let us do it here.

Thank you, Mr. Chairman.



Statement by the Norwegian minister of the environment, Børge Brende.

Plenary discussion on the document of implementation, WSSD Prep.Com IV, Bali, 5 June 2002

We are here to prepare for the Johannesburg summit, 10 years after Rio.

In Rio we discussed environment and development. In Johannesburg the issue will be environment for development

Protection of our environment can no longer be regarded a luxury. Environmental protection is a requirement for achieving prosperity that will not only last our own lifetime, but also benefit our children and grandchildren. Poor people and poor countries, their health and their economies, are by far the most vulnerable to climate change and resource degradation.

The decade after Rio has been the decade of environmental treaties. Johannesburg should be the summit for nations committing to implement these treaties within clear time frames.

I hope that this meeting will not be about renegotiating what we have already achieved. Why should we leave Bali with a lesser commitment to environment for development than we had before we met at Bali?

1) Fighting climate change

In Marrakech we agreed on fighting climate change, because we know that stronger, legally binding global agreements will be necessary in the longer term. Why should we not now urge the parties that agreed to the Kyoto protocol, also to ratify it?

2) The precautionary principle

In Rio we agreed on the precautionary principle. Why should we go back on it here?

3) Fresh water and energy

The UN Millennium Declaration aims to halve the number of people living in absolute poverty by 2015. Why should we not act on it, and make a plan for how we will do it! We have set clear goals for providing safe drinking water and access to sustainable energy. Why are we reluctant to adding improved sanitation to these goals?

Why does the text in the implementation document only look back on what we have already agreed? We doesn't the text look forward to how we are going go achieve it?

4) Biodiversity

We have preciously committed ourselves, by 2010, to halt biodiversity loss, which threatens the basis for food and medicine, for sustainable development and the basis for prosperity for all. Now is the time to take concrete initiatives and develop active partnerships to achieve this goal.

5) Financing for development

In Monterrey we made commitments to increase development assistance. Why should we not build on the spirit of Monterrey through monitoring ODA and follow up with new and additional resources to mobilize national action?

6) Good governance

In Rio we underlined the importance of participation of civil society as well as public access to information. Why do we disagree now? Openness and transparency – in short, democracy – is a precondition for making globalisation a positive force for all.

Each country is responsible for its own sustainable development, though sound economic policies and solid democratic institutions responsive to the needs of the people and the needs of future generations.

However, good governance must be paralleled by an international will to support developing countries in their struggle against poverty and environmental degradation.

The UN Secretary General has urged us to make concrete achievements. I think we should deliver, and deliver here in Bali!

We should make a plan so clear and binding, that words are transformed into action.

Norway is happy to negotiate to make compromises. But we are not satisfied only to reconfirm or renegotiate what we have already achieved.

Through a couple of weeks an outstanding team of officials have given us a lot of alternatives, in al lot of brackets – maybe too many alternatives. Now the time has come to make some brave decisions.





Auf der Suche nach einer geschlechtergerechten Nachhaltigkeitsagenda

Frauenorganisationen auf dem Weg nach Johannesburg

Auf dem Weg nach Johannesburg ringen Frauenorganisationen deutlich stärker als 1992 um Profil und Konsens. Dennoch laufen die Vorbereitungen für eine eigene Veranstaltungsreihe beim Gipfel auf vollen Touren.

In Rio hatten Frauen einen starken Auftritt: Gut vorbereitet übten sich Frauenorganisationen im systematischen Lobbying. Vorzüglich organisiert bestritten sie im größten Zelt des NGO-Forums zwölf Tage lang spannende Veranstaltungen. Vor allem aber boten sie sich als alltagskompetente und gleichzeitig visionär inspirierte Akteurinnen für die geforderte Nachhaltigkeitswende an.

Diese Stärke resultierte aus einem langen Vorbereitungsprozess, in dem Frauennetzwerke sich selbst politikfähig und fit für Rio gemacht hatten. Dabei handelte es sich keineswegs um eine homogene Gruppe. Im Gegenteil: der Prozess war ein Sammelbecken für verschiedenste feministische und frauenpolitische Strömungen. Grob ließen sich vier Akzentsetzungen ausmachen:

- a) Ökofeministische Konzepte mit spirituellen, friedenspolitischen und subsistenzorientierten Ansätzen, denen die Annahme einer besonderen Naturverbundenheit von Frauen gemeinsam war
- b) Feministische Kritik an Naturwissenschaften und Technikentwicklung,
- c) Entwicklungs- und Wachstumskritik, die Macht- und Interessenstrukturen entlang der Kategorien Nord-Süd, Klasse, „race“ und Geschlecht diskutierten,
- d) Entwicklungspolitische Ansätze zu „Frauen und Entwicklung“ (WID), die sich ausgehend von den Grundbedürfnissektoren Landwirtschaft, Wald, Wasser und Energie zu einem Konzept von Frauen-Umwelt-Entwicklung (WED) erweitert hatten.

Zusammenführung der Ansätze 1991 in Miami

Zwischen diesen unterschiedlichen Ansätzen konnte 1991 in Miami beim Women's World Congress for a Healthy Planet ein Grundkonsens und eine strategi-

sche Verschwisterung hergestellt werden: auf der Grundlage einer radikalen Kritik an Entwicklung als Wirtschaftswachstum markierten fünf Eckpunkte die Positionierung der Frauen im Konsenspapier „Women's Action Agenda 21“: die Forderung nach Süd-Nord-Gerechtigkeit, nach einer neuen Ethik um Umgang mit den Ressourcen und der Umwelt, einer Demilitarisierung, nach Achtung von kultureller und biologischer Vielfalt sowie nach einem Empowerment von Frauen durch demokratische, reproduktive und Ressourcenrechte.

Beim Wieder-Lesen dieses Frauen-Manifests von 1991 fällt auf, dass sich dort der Begriff „nachhaltige Entwicklung“, der in Rio zum Programm erklärt wurde, nicht ein einziges Mal findet. In Miami war vielmehr der Begriff „sichere Lebensgrundlagen“ („sustained livelihood“) der Bezugspunkt vieler Debatten. Dieser Terminus kennzeichnet die Perspektive von Frauen, von der Alltagspraxis der Überlebens- und Sorgearbeit im Lokalen auszugehen.

Frauen als erste Major group in der Agenda 21

Folge des starken Auftritts in Rio war, dass Frauen als erste Major group in der Agenda 21 firmieren. Das Kapitel 24 der Agenda 21 enthält die Botschaft, dass nachhaltige Entwicklung nicht ohne Frauen zu machen ist und Geschlechtergleichheit wiederum eine Voraussetzung dafür ist. Damit wurde erstmalig in einem UN-Dokument der Zusammenhang von Umwelt, Entwicklung und Geschlechterthemen systematisch aufgegriffen und Frauen werden nicht nur als Opfer von Umweltschäden und Armut, sondern vor allem als aktive und kompetente Handlungssubjekte betrachtet. Auf diese Weise gelang es, die Geschlechtervergessenheit internationaler Politik punktuell zu korrigieren.

Dagegen konnten die Kernpunkte des Miami-Kongresses, nämlich die Strukturkritik an Entwicklung und der ressourcenräuberischen Wachstumsökonomie einerseits und die Orientierung auf Gerechtigkeit und den Livelihood-Ansatz andererseits nicht in die Agenda 21 hinein gedrückt werden. Im Gegenteil: die Agenda

21 und das Konzept nachhaltiger Entwicklung atmen einen Entwicklungs- und Wachstumsoptimismus und setzen vor allem auf Effizienz, Technologie und Marktexpansion sowie auf eine neue Global Environmental Governance als Mittel, um die Doppelkrise von Umwelt und Entwicklung zu managen.

Schon im Eifer des Lobbygefechts der Frauennetzwerke in Rio bekam Partizipation eindeutig Vorrang vor der Zielstellung der Transformation, und Gleichstellung der Geschlechter vor dem Umbau von Wirtschaftsverhältnissen und Lebensstil. Die Integration von Frauen in den Major-group-Ansatz der Agenda zeigt die volle Ambivalenz der Partizipationskultur der UN-Konferenzen: Frauen schrumpften zu einer gesellschaftlichen Gruppe unter vielen und werden über die Kategorie Gender definiert, nicht aber über ihr Paradigma des sozial und umweltgerechten Wirtschaftens, den Livelihood-Ansatz oder das Vorsorgeprinzip.

Gender Mainstreaming

In der Folge übernahmen auch die Frauenorganisationen die Leitorientierung „Nachhaltige Entwicklung“ und feilten ihre Partizipationsstrategie zum Konzept des Gender Mainstreaming aus, der inhaltlichen und personellen Integration einer Geschlechterperspektive in alle politischen Ressorts und Institutionen. Gleichwohl gab es immer wieder Warnungen, dass die Integration zur bloß technokratischen Übung werden könnte. So mahnte Bella Abzug, damals Wortführerin der Frauenlobby: „Women don't want to be mainstreamed into a polluted stream!“

Ten years after

Ein Rio-Effekt für Frauenorganisationen bestand wie für andere NGOs in einem Mehr an Partizipation. Auch bei allen vier PrepComs für Johannesburg waren sie mit von der Partie. Netzwerke formulierten Positionen und nahmen an den Multi-Stakeholder-Dialogen teil. Trotzdem wirkt der Women's Caucus nicht erstarkt, sondern ist eine eher kleine, heterogene Ansammlung von Expertinnen, NGO-Vertreterinnen und Neulingen im UN-Konferenzszenario. Die meisten wortführenden Aktivistinnen sind inzwischen



Teil der Regierungsdelegation ihres Landes und eilen von dort zum Women's Caucus, wenn Not an der Frau ist und großer Handlungsdruck besteht.

Stärker als 1992 ringen die Frauenorganisationen um Profil und Konsens. Bei einem Versuch, eine Neuauflage der „Women's Action Agenda“ zu formulieren, stand zunächst die Teilhabe an politischen Institutionen und Global Governance im Vordergrund, während die alte visionäre Perspektive für einen global- und geschlechtergerechten Umbau gesellschaftlicher und weltwirtschaftlicher Strukturen fehlte. Verschiedene Entwürfe werden weiterhin kontrovers diskutiert.

Für Bali endlich ein griffiges Papier

Dagegen kam für die Multi-Stakeholder-Dialoge bei der 4. PrepCom in Bali

endlich ein griffiges Papier mit dem Titel „Frauen fordern einen friedlichen und gesunden Planeten“ zustande. Es macht mit der Konsens- und Verschwisterungsformulierung von Miami auf: „We the women of the world have a vision of a future ...“ und argumentiert dann entlang folgender Punkte: 1) Frieden, 2) Globalisierung für Nachhaltigkeit, 3) Zugang zu und Kontrolle über Ressourcen, 4) Umweltsicherheit und Gesundheit, 5) Regieren für nachhaltige Entwicklung, 6) Kapazitätsbildung, 7) Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung. Das NRO-Frauenforum und die AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung können sich freuen, einige Formulierungen und Gedanken aus ihrem 14-Punkte-Papier dort wiederzufinden.

Perspektive für Johannesburg

Auf dem NGO-Forum in Johannesburg wollen Frauennetzwerke wieder eine eigene Plattform mit einer Veranstaltungsreihe organisieren. Bleibt zu hoffen, dass Frauen dort zu einer Nachhaltigkeitsagenda finden, die ein Gegenmodell zu der neoliberal dominierten Agenda von Johannesburg und der schwachen Handlungsbereitschaft der Regierungen darstellt und Geschlechtergerechtigkeit mit einer strukturellen Nachhaltigkeitswende nach Maßgabe von globaler Gerechtigkeit und der Vorsorge für Mensch und Umwelt verbindet.

Christa Wichterich

Die Autorin ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt & Entwicklung.

Aufruf zum Erhalt der Förderung kommunaler Eine-Welt-Arbeit

Sparen, ohne bürgerschaftliches Engagement auszutrocknen!

Über 1,4 Milliarden Euro müssen im Haushalt des Landes NRW im nächsten Jahr eingespart werden. Der Finanzminister will vor allem bei freiwilligen Fördermaßnahmen kürzen. Die Mittel für kommunale Eine-Welt-Arbeit sollen wegfallen. Mit diesen „GFG-Mitteln“ engagieren sich seit 1996 viele Bürger in Projekten vor Ort gegen Kinderarbeit in der „Dritten Welt“, für kulturellen Dialog, gegen Rassismus und Gewalt. Der Finanzminister sagt, für ihn habe Innere Sicherheit Priorität. Kann Innere Sicherheit nicht erst durch eine lebendige und starke Zivilgesellschaft entstehen?

Wer seriös sparen will, darf nicht austrocknen, in denen Engagement für die Zukunft stattfindet. Sicherheitspolitik bedeutet auch kulturellen Dialog, Einsatz für Menschenrechte und fairen Welthandel. Im Engagement vor Ort entscheidet sich, ob Menschen den Mut finden, die Globalisierung gestalten zu wollen. Wer sich dagegen ohnmächtig und politikverdrossen fühlt, ist anfällig für die Parolen gefährlicher Populisten.

Das bürgerschaftliche Engagement in den Städten und Gemeinden wird bislang

mit 4,7 Millionen Euro pro Jahr vom Land gefördert. In vielen Kommunen gibt es positive Resonanz aus allen Parteien zu diesem Förderprogramm. Deshalb haben sich einige Städte entschlossen, die Fördermittel freiwillig zu ergänzen, z.B. Düsseldorf und Münster.

Wir fordern das Land NRW auf, die GFG-Förderung für kommunale Eine-Welt-Arbeit zu erhalten. Denn mit diesen Mitteln engagieren sich die Bürger in unseren Städten für eine nachhaltige Entwicklung.

Für uns entsteht die Zukunft dort, wo Menschen sich konkret engagieren. Eine verantwortungsvolle Landespolitik muss weiter in die Zivilgesellschaft investieren!

Dieser Aufruf wirkt umso besser, je mehr Unterzeichner/innen wir dafür gewinnen können. Bitte kopieren Sie den Aufruf und unterschreiben Sie auf dem Coupon. Geben Sie den Aufruf unbedingt auch an Interessierte weiter!

Hiermit schließe ich mich dem Aufruf zum Erhalt der Förderung kommunaler Eine-Welt-Arbeit an:

Name, _____

Organisation _____

Adresse _____

E-mail _____

Stempel _____

Unterschrift _____

Fax an: 0251 - 57 963
Brief an: LAG3W, Achtermannstr.10-12,
48143 Münster



Aus den Arbeitsgruppen

AG Landwirtschaft und Ernährung

Deutscher Futtermittelskandal verstellt den Blick auf Welthunger

Lokale Gruppen engagieren sich für das Thema Welternährung

Im Vorfeld des Welternährungsgipfels unterstützten viele lokale Gruppen z.B. von FIAN und attac die Forderungen der AG Landwirtschaft & Ernährung zu Themen wie Farmers' rights oder Produktion von Grundnahrungsmitteln.

Ministerin Künast sollte für die Verhandlungen beim Welternährungsgipfel 2002 der FAO einen symbolischen Topf mit notwendigen Zutaten zur Bekämpfung des Welthungers mit auf den Weg bekommen. Die AG L&E wollte damit Frau Künast erneut auffordern, sich bei den Verhandlungen u.a. für die Umverteilung von Land, faire Handelsbedingungen und eine ökologische Produktion in Nord und Süd einzusetzen. Leider sagte Frau Künast den geplanten Termin wegen des Ende Mai bekannt gewordenen

Skandals um Nitrofen belastetes Futtermittel ab. Das Thema Welternährung hat dennoch die Öffentlichkeit erreicht, da einige lokale Gruppen in ihren Städten Informationsstände und Aktionen durchführten, um gemeinsam mit der AG L&E den Kochtopf für Frau Künast zu füllen.

Bereits Anfang Mai erhielt Ministerin Künast einen Katalog von 10 Forderungen zum Welternährungsgipfel 2002, der von 27 Verbänden des Forums unterzeichnet wurde. Damit war die Bundesregierung aufgefordert, ihre nationale und internationale Wirtschafts- und Agrarpolitik nach Kriterien der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit auszurichten und die Verhandlungen auf dem Welternährungsgipfel entsprechend zu beeinflussen.

Zwar sprach sich die FAO in ihrem 1996 beschlossenen Aktionsplan, mit

dem sie das Ziel verfolgt die Anzahl der Hungernden von 800 Millionen bis zum Jahr 2015 zu halbieren, durchaus für erfolgversprechende Maßnahmen wie Landreformen, nachhaltige Ressourcennutzung und verbesserten Zugang zu Ressourcen für Arme und Frauen aus; Dem gegenüber steht aber auch ein klares Bekenntnis zur Beteiligung und Ausweitung des Welthandels als Instrument zur Hungerbekämpfung. Ebenso werden Produktionssteigerung und der Einsatz von Gentechnik als unerlässliche Mittel im Kampf gegen den Hunger betrachtet.

Die AG Landwirtschaft und Ernährung fordert dagegen, Patente auf Leben nicht zuzulassen, die Farmers' Rights völkerrechtlich zu etablieren und den internationalen Vertrag über Pflanzengenetische Ressourcen zu ratifizieren. Außerdem sind die Agrarsubventionen in den Industrieländern abzubauen, da diese dazu führen, dass landwirtschaftliche Produkte aus der EU in Entwicklungsländern zu Dumpingpreisen auf den Markt kommen und die Existenz dortiger Bauern zerstören. Das Menschenrecht auf angemessene Ernährung muss Priorität vor Handelsliberalisierung haben und Agrarreformen müssen ein zentrales Element der bundesdeutschen Entwicklungspolitik werden (die Forderungen sind vollständig in dem Flyer „Den Hunger beenden“ abgedruckt¹).

Mit einflussreichen Aktionen haben lokale Gruppen von FIAN und attac diese Forderungen aufgegriffen und an die Öffentlichkeit getragen. Die attac-Gruppe Freiburg informierte deutsche VerbraucherInnen darüber, dass günstige Frühkartoffeln, dessen Etikettierung vermuten ließen, sie seien in der Region produziert worden, in Wahrheit aus Ägypten und Marokko eingeführt wurden. Da Ägypten und Marokko zur Freihandelszone Mittelmeer gehören, besteht die Gefahr, dass die Produktion von Grundnahrungsmitteln

„Landreformen jetzt“ war die zentrale Forderung der FIANGruppe Berlin





„Hunger auch in Bayern?“ diese Frage stellte der Kirchliche Entwicklungsdienst in der Fußgängerzone von München und übertrug Verhältnisse, wie sie oft in Entwicklungsländern anzutreffen sind, auf Deutschland.

teln zugunsten der Exportproduktion zurückgedrängt wird. In der Regel sind die Gewinner des Freihandels große Handelsfirmen. Die Produzenten in den Erzeugerländern müssen dagegen ihre Ware billig verkaufen.

„Landreformen jetzt“ war die zentrale Forderung der FIANgruppe Berlin. Eindrucksvoll und anschaulich stellten sie das Problem der ungleichen Landbesitzverhältnisse in Entwicklungsländern dar: Während sich auf einer kleinen landwirtschaftlichen Fläche, dargestellt mit einer grünen Folie, sechs „KleinbäuerInnen“ drängten und lautstark „Land und Freiheit“ forderten, wurden sie dabei von einem „Großgrundbesitzer“ verständnislos beobachtet. Auf Protestschildern waren für die Passanten die wesentlichen Fakten zusammengefasst: In Kolumbien stehen 57 Prozent der Bauern nur insgesamt 2,8 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche zur Verfügung. In Honduras und Brasilien sind die Verhältnisse ähnlich. Mit den Protestschildern wurden die Passanten auch darüber informiert, dass 70 Prozent der hungernden Kinder in Länder mit Nahrungsmittelüberschüssen leben. Mit der Aktion der FIANgruppe wurde deutlich: Hungerbekämpfung braucht keine Produktionssteigerung sondern Umverteilung von Land und Nahrungsmitteln.

Auch die FIANgruppe Köln machte die ungleiche Landverteilung als Ursache von Hunger zum Thema ihrer Aktion in der Fußgängerzone. Am Beispiel des Soja-

Anbaus in Brasilien zur Herstellung von Futtermittel für deutsche Rinder, machte die Gruppe den komplexen Zusammenhang von Welthandel, Landkonzentration und Verdrängung der Produktion von Grundnahrungsmitteln zugunsten der Exportproduktion deutlich: Während auf einem Kunstrasen-Europa eine Kuh graste, protestierten drum herum Landlose für eine Agrarreform.

„Hunger auch in Bayern?“ diese Frage stellte der Kirchliche Entwicklungsdienst in der Fußgängerzone von München und übertrug Verhältnisse wie sie häufig in Entwicklungsländern anzutreffen sind auf Deutschland. Was würde es für die Menschen in Bayern bedeuten, wenn die Be-

Die FIANgruppe Köln machte die ungleiche Landverteilung als Ursache von Hunger zum Thema ihrer Aktion



völkerung wegen eines Staudammprojektes von ihrem Land vertrieben würde und ein Grossteil der landwirtschaftlichen Flächen für die Exportproduktion genutzt würden. Um dies zu verdeutlichen präsentierte die Gruppe eine Landkarte von Bayern, auf der eine Landeshälfte von einem Stausee eingenommen und die andere Hälfte für den Maisanbau genutzt wurde. In der Städten Nürnberg und München drängt sich die Bevölkerung, die aus dem übrigen Land vertrieben wurde bzw. von dort abwanderte. Zusätzliche Figuren, die einen Großgrundbesitzer, welcher gemächlich in der Hängematte liegt und ein Ehepaar, das aufgrund des Stausees ihr Haus verloren hatte, darstellten, veranschaulichten den Passanten die Verhältnisse in Entwicklungsländern.

Weitere Aktionen bzw. Informationsstände wurden durchgeführt von attac-Bad Boll, Eine-Welt-Laden Wasserburg, Dritte-Welt-Laden Bonn, FIAN-Freiburg und KLB Paderborn. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses ist geplant, die symbolischen Zutaten, die z.T. aus diesen Aktionen hervorgingen, Frau Künast unmittelbar vor dem Welternährungsgipfel in Rom zu übergeben.

Annette Littmeier

Die Autorin ist Koordinatorin des Aktionsprogramms zum Welternährungsgipfel des Forum Umwelt & Entwicklung.

¹ Der Flyer kann beim Forum Umwelt & Entwicklung bestellt werden: info@forumue.de, Tel.: 0228/ 359704



Neues aus der AG Habitat

Johannesburg-Gipfel spielt in der Arbeit der AG nur eine untergeordnete Rolle

Zwei große internationale Veranstaltungen stehen im Mittelpunkt der Arbeit der AG Habitat im verbleibenden Jahr: Der Johannesburg-Gipfel im August/September und das Europäische Sozialforum vom 7. bis 10. November in Florenz.

„Das Feuer muss brennen“ - Treffen mit HIC-Vertretern

Die internationalen Vorbereitungen der Bewohnerbewegungen zum WSSD und zum Weltsozialforum 2003 waren das beherrschende Thema eines Treffens mit führenden Vertretern der Habitat International Coalition (HIC) und weiteren internationalen Gästen Ende April in Bonn.

Die Bedeutung des Johannesburg-Gipfels für die Bewohnerorganisationen wurde insgesamt als begrenzt eingeschätzt. Im Gegensatz zur Agenda 21 spielen Stadtentwicklung und Wohnen im offiziellen Vorbereitungsprozess zum WSSD nur eine untergeordnete Rolle. Eine starke Präsenz kritischer Basisbewegungen scheitert an unzureichenden Ressourcen.

Das „event hopping“ einiger Vertreter aus Basisbewegungen, so meinte u.a. HIC-Präsident Kirtee Shah (Indien), führe nicht zu einer wirklichen Stärkung der Bewegungen, wenn aus den Events keine ernsthaften „flow ups“ mit Basisbeteiligung würden. Deshalb sei es viel wichtiger die eigenständige Vernetzung der Gruppen voranzutreiben. Die kontinentalen Foren zur Vorbereitung des nächsten Welt-Sozial-Forums in Porto Alegre bieten dazu einen hervorragenden Rahmen. Insbesondere das Europäische Sozialforum (ESF) im November in Florenz soll genutzt werden, um die Vernetzung der Bewohnerbewegungen in Europa (einschließlich Ost-Europa) zu verbessern und HIC Europa als wesentlichen Ankerpunkt der globalen Wohnrechtsbewegungen auszubauen.

Alle in Bonn anwesenden VertreterInnen unterstrichen, dass HIC vorrangig eine Koalition der sozialen Bewegungen und solcher NGOs sein müsse, die die Organisationen der städtischen Armut unterstützen, nicht aber ein Kreis von ab-

gehobenen NGO-Experten. U.a. aus Brasilien wurde berichtet, dass einige NGOs inzwischen eine außerordentlich negative Rolle bei dem Kampf um die Stadtreform spielen. „Das Feuer des Protestes muss brennen“, forderte Kirtee Shah von Organisationen, die sich als Teil der globalen Zivilgesellschaft sehen.

Zwangsräumungen in Asien verhindern

„Eviction Watch“ heißt ein Projekt der „Asian Coalition of Housing Rights“ (ACHR), ein Netzwerk von Basisorganisationen und Habitat-NGOs in Süd-, Ost- und Süd-Ostasien. Auf Einladung der CDG war Projekt-Koordinator Ted Anana (Philippinen) unser Gast. In zahlreichen Ländern – z.B. Indonesien, Pakistan, Philippinen, Malaysia – kommt es zu Zwangsvertreibungen einschließlich massiver Menschenrechtsverletzungen. ACHR organisiert Delegationen, die die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren und veröffentlichen. In Indonesien z.B. wurden auf diese Weise systematische, gewaltsame Vertreibungen belegt. Die Stadtregierung von Jakarta benutzt den Slogan „Cities without Slums“ um die Stadt von den Armen zu „säubern“. Das bedeutet, dass ihre Siedlungen zerstört werden, dass den Rikscha-Fahrern ihre Arbeitsmittel abgenommen werden, dass die informelle Ökonomie zerstört wird.

Derartige Bestandsaufnahmen sind die Grundlage für die Aktivierung der UN-Menschenrechtsorganisationen und der internationalen Solidarität. Ein Konzept, das zuletzt bei der Verhinderung der Zwangsräumung von bis zu 200.000 Menschen im pakistanischen Karachi (für ein Autobahnprojekt) aufgegangen ist. Nach einer monatelangen Kampagne konnten die bereits begonnenen Abrisse in dem großen irregulären Stadtgebiet gestoppt und Verhandlungen mit Regierungsbehörden eingeleitet werden. Die Habitat AG vereinbarte mit Ted Anana einen langfristigen Ausbau der Kommunikations- und Unterstützungsstrukturen. Informationen unter: <http://www.achr.net/>

Favela-Organisation für Stadtreform

Mehrere Wochen zu Gast bei der Habitat AG waren zwei Delegierte der Wohnungslosen- und Favela-Organisation MNLM aus Brasilien. Die landesweite Bewegung entstand als Reaktion auf die Untätigkeit der Brasilianischen Regierung

bei der Lösung der extremen Wohnungsprobleme und arbeitet mit der Landlosenbewegung MST zusammen. Da Protestmärsche allein keine Fortschritte brachten, begann die MNLM in den 90er Jahren die bislang spontanen Besetzungen von – in Brasilien fast immer privatem – Land für städtische Siedlungen zu organisieren. Nach oft jahrelangen heftigen Auseinandersetzungen konnte die Bewegung vor allem in südbrazilianischen Städten mit linker Regierungsmehrheit erstaunliche Legalisierungs-Erfolge erzielen und organisiert heute Dutzende von Siedlungsprojekten. Ziel ist dabei eine genossenschaftliche Organisation der Siedlungen. Im Rahmen einer gemeinschaftlichen Planung wird die Verdichtung begrenzt, werden Gemeinde- und Versorgungszentren errichtet und eine genossenschaftliche Selbsthilfe-Ökonomie organisiert. Ziel ist aber nicht nur die Projektarbeit sondern eine umfassende Stadtreform zu Gunsten der Armutsbevölkerung. Instrumente wie das berühmte partizipative Budget hält die MNLM für unzureichend, da es nur einen Teil des (zu geringen) städtischen Budgets auf existierende Quartiere verteilt, die zentralen Wohnprobleme in Brasilien – die katastrophalen, kaum verbesserungsfähigen Zustände in vielen Favelas und die Landrechtsfrage – nicht angeht.

Im Zuge der Delegationsreise konnten ein kleiner Unterstützerkreis für die MNLM aufgebaut und viele Gespräche mit potentiellen Partnern eingeleitet werden.

Privatisierungswellen in der Deutschen Wohnungswirtschaft

Der Privatisierungsdruck auf die öffentlich verbundenen Mietwohnungen in Deutschland hält unvermindert an. Zugleich wächst aber auch der Protest. In Köln konnte der Mieterverein innerhalb kurzer Zeit die erforderlichen Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen den geplanten Verkauf des kommunalen Wohnungsunternehmens sammeln. Die Ratsmehrheit hält das Begehren aber aufgrund einer Formalie für unzulässig. Die eingereichte Klage hat keine aufschiebende Wirkung für den Verkauf der Anteile. In Aachen läuft ein ähnliches Bürgerbegehren mit Erfolg. In Hagen zog die Rats-



mehrheit ihre Privatisierungspläne nach Einleitung eines Bürgerbegehrens zurück.

Die mit der Habitat AG kooperierenden Mietervereine übernehmen Führungsrollen im Kampf gegen den Ausverkauf öffentlicher Wohnungsunternehmen. Für sie ist es eine zentrale Frage der Nachhaltigkeit, dass in Jahrzehnten gebildetes Sozialkapital, das für die Lösung der Wohnungsfragen der Zukunft unbedingt erhalten werden muss, nicht der Steuersenkungspolitik der Bundesregierung geopfert wird. Die globalen Trends zur Privatisierung öffentlicher Dienste und Güter stehen auch im Mittelpunkt der Diskussionen von HIC und ESF.

Zersiedlungssubventionen zunehmend in der Kritik

Das u.a. von der Habitat AG bearbeitete Thema der Fehlsubventionierung des Wohnungsbaus durch Eigenheimzulage („Zersiedlungsprämie“) gewinnt unter den großen NROs zunehmend an Gewicht. Der Deutsche Mieterbund (DMB) hat mehrfach öffentlich eine Überprüfung gefordert, womit er mit den Naturschutzverbänden prinzipiell auf einer Linie liegt. Die Arbeitsgemeinschaft der Mietervereine Bochum, Dortmund, Essen, Witten fordert – wie die AG Habitat – eine generelle Ersetzung der Eigenheimzulage durch eine an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Investitionszulage für Bauen und Bestandverbesserungen in bestehenden Siedlungsbereichen.

HIC-Stellungnahme zur WSSD-Prepcom

Die Habitat International Coalition (HIC) hat in einer Stellungnahme zur WSSD-Prepcom in Bali scharf kritisiert, dass in dem Entwurf für eine Abschlusserklärung sämtliche konkreten Bezüge auf die Menschenrechtsvereinbarungen gestrichen wurden. „Bürgerrechte, ökonomische, kulturelle, politische und soziale Rechte“ seien eine unverzichtbare Grundlage nachhaltiger Entwicklung. „HIC fordert dringend, dass der relevante Menschenrechtsinhalt in der WSSD-Erklärung und den anderen Dokumenten wieder hergestellt wird. Dies zu unterlassen würde bedeuten, skrupellosen Interessen zu folgen, die versuchen, den in Rio verspro-

chenen, auf die Menschen gestützten Entwicklungsprozess zu ersetzen und die staatliche Autorität und Verantwortung für Menschenrechte und Gerechtigkeit zu schwächen.“

In die gleiche Richtung intervenierte der spezielle Berichterstatter für angemessenes Wohnen der Un-Menschenrechtskommission, Miloon Kothari. Die Anerkennung des Rechts auf angemessenes Wohnen sei essentiell für die nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungs- und Transformationsländern. Er sei sehr verstört darüber, dass in den Bali-Entwürfen die Bestätigungen früherer Verpflichtungen auf die Menschenrechts-Instrumente vermieden oder in Klammern gesetzt wurden. Eine solche Haltung zeige einen Rückschritt gegenüber Beschlüssen, zu denen wiederholt ein globaler Konsens erreicht worden sei.

HIC-Side-Events in Johannesburg

Die Habitat International Coalition plant zwei Parallel-Veranstaltungen zum WSSD in Johannesburg.

Am Beispiel Trinkwasser sollen die Umsetzung der Ökologischen Menschenrechte und die Auswirkungen der Globalisierung auf die Basis-Dienstleistungen diskutiert werden. Erwartet werden Referenten aus Kenia, Bolivien, Frankreich und Brasilien.

Bei einer zweiten Veranstaltung geht es um Beobachtungen der Basis zur Umsetzung der Agenda (Agenda21, Habitat Agenda). Im Mittelpunkt stehen Erfahrungsberichte bei der Umsetzung der UN-Ziele in Afrika, Lateinamerika und Europa, Einschätzungen zur Lokalen Agenda 21 aus Sicht der NGOs sowie ökologische Stadtplanung.

Vertreter der AG Habitat werden Teil der HIC Delegation sein.

Die Vorbereitung der HIC-Aktionen beim WSSD liegt bei der Organisation ENDA <http://www.enda.sn/>

Für das Basis-Monitoring und Diskussionen zum WSSD (und darüber hinaus) wird gerade eine neue Webseite eingerichtet. Link nach Freischaltung unter www.habitants.de.

Rio+10 Aktionen in Berlin

Parallel zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg veranstaltet die Ufa-Fabrik eine „Woche der Zukunftsfähigkeit“ (26. 8. – 4. 9. 2002). Weitere

Informationen unter: www.id22.de In diesem Rahmen organisiert die AG Habitat Initiative Deutschland einen Thementag am 2. September 2002 (Montag) zu Auswirkungen des Flächenverbrauchs und der Zersiedlung. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung fordert eine Reduzierung des derzeitigen täglichen Flächenverbrauchs von ca. 130 ha auf 30 ha bis zum Jahre 2020. Ein großer Teil der NGOs, aber auch das Umweltbundesamt, halten dagegen das Ziel einer Reduzierung auf Null bis zum Jahr 2010 für notwendig und machbar. Entscheidend ist unseres Erachtens die Identifikation der notwendigen Schritte, um zu diesem Ziel zu gelangen und die Abschätzung der Wirksamkeit möglicher Instrumente (Eigenheimzulage, Wohnungsbauförderung / Kilometerpauschale, Versiegelungssteuer etc). Als Referenten sind u.a. VertreterInnen von Umwelt- und Mieterorganisationen vorgesehen.

Weitere Informationen bei:
Klaus Teschner, teschner@habitants.de

Nächstes Treffen der AG Habitat

Das nächste Treffen der AG Habitat Initiative Deutschland findet am 5. und 6. Juli in Witten und Dortmund statt. Neben Beteiligungen an lokalen Aktionen stehen die Bewertung der Rio+10-Prozesses, die HIC-Vorbereitungen zum WSSD und parallele Aktionen sowie die Vorbereitung des Europäischen Sozialforums auf der Tagesordnung. Inhaltliche Kernpunkte sind die Frage der Privatisierungen im Kontext der Nachhaltigkeit und der Kampf gegen Zersiedlung in Deutschland.

Anmeldung/weitere Informationen bei:
Knut Unger, unger@habitants.de,
Tel. 02302/276171 o. 0202/455994
Demnächst mehr Infos unter
www.habitants.de

Knut Unger

Der Autor ist einer der Koordinatoren der AG Habitat des Forums Umwelt & Entwicklung.



Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Wirtschaft

Wer schützt die globalen öffentlichen Güter?

Die Enquete-Kommission Globalisierung der Wirtschaft der Bundesregierung hat nun ihren Abschlussbericht vorgelegt. Nach mehr als 2 Jahren Arbeit werden hier Diskussionsergebnisse und Empfehlungen zu vielen Aspekten der Globalisierung vorgestellt.

Als erstes Parlament der Welt hat der Bundestag eine Enquete-Kommission¹ 2 1/2 Jahre lang „Gründe, die zur Globalisierung geführt haben, ihre Auswirkungen in wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereichen sowie Handlungsoptionen zur Einwirkung auf die weitere Entwicklung“ einschließlich solcher „zur Beseitigung wesentlicher nachteiliger Effekte der Globalisierung“ untersuchen lassen. Weitverbreitete Besorgnisse und Ängste über gegenwärtige Formen und Auswirkungen der Globalisierung wurden fraktionsübergreifend anerkannt. Ziel der 200 Empfehlungen der Kommission ist es, mit der Globalisierung national und international verbundene Chancen als konkrete Optionen für das Parlament zu formulieren. Über das Ergebnis (Drs. 14/9200) von 35 Sitzungen, darunter 13 öffentlichen Anhörungen der Kommission ist Ende Juni eine Debatte im Bundestag vorgesehen.

Primär ist der Endbericht – wie die Berichte vorangegangener Enqueten – ein umfassendes aktuelles Vademecum² über den Diskussionsstand und die Positionen zentraler politischer Akteure zu einer Vielzahl mit der Globalisierung verbundener Fragen. Die Diskussionsergebnisse bis Sommer 2001 wurden im Zwischenbericht Drs. 14/6910 vom 13. 9.01 zusammengefasst. Alle wichtigen Teile wurden in den Endbericht übernommen. Einige Themen des Mandats wie kulturelle Fragen und Auswirkungen der Globalisierung auf die Einkommens- und Vermögensverteilung konnten bis zum Abschluß dieses Berichts noch nicht behandelt werden. Das gilt ebenso für eine Vielzahl globalisierungsrelevanter Aspekte sämtlicher AGs. Klimafragen wurden z. B. nur hinsichtlich der Emissionen des Luft- und Schiffsverkehrs und mit einer einhelligen Empfehlung ihrer Einbeziehung in die Kioto-Mechanismen behan-

delt. Den in die Empfehlungen übernommenen WBGU Vorschlag, Einführung von Entgelten für die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter, tragen Union und FDP allerdings nicht mit. Die wichtigsten offenen Fragen werden am Ende eines jeden Kapitels der 6 AGs aufgeführt. Eine eventuelle Fortsetzung der Arbeit und die Art der Umsetzung der vorliegenden Empfehlungen ist Sache des nächsten Bundestags.

Bis zur Sommerpause 2001 waren 6 Arbeitsgruppen (Finanz-, Güter- und Dienstleistungs-, Arbeitsmärkte, Ressourcen, Global Governance und Wissensgesellschaft) eingerichtet worden. Sie haben insgesamt etwa 100 mal getagt und jeweils ein Kapitel zum Endbericht beigetragen. Zusätzlich wurden im Frühjahr 2002 Stellungnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit (unter Berücksichtigung einer eintägigen öffentlichen Anhörung), zur Nachhaltigkeit und zur Bevölkerungsentwicklung erarbeitet. Schon aus Zeitgründen konnten sie nicht sorgfältig diskutiert und in eine auf Kohärenz zielende Auseinandersetzung mit den übrigen Arbeitsergebnissen gebracht werden. Damit bleibt aus meiner Sicht³ – die seit Rio weltweit thematisierte und auch schon in vorangegangenen Enqueten der 12. und 13. Legislaturperiode formulierte Frage des „Wie“ einer Umstellung unserer Wirtschafts- und Lebensweise auf ein nachsicheres „modernes Fortschrittskonzept“ auch in diesem Bericht in zentralen Aspekten weiterhin offen. Als nächster Schritt steht die konzeptionelle Synthese der Empfehlungen dieses Berichts mit der Arbeit insbesondere von UNEP (GEO 3), WBGU, SRU, Nachhaltigkeitsrat und dem Bericht der parallelen Enquete „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung.“ an.

Quasi als ihre Vorlage für eine solche Diskussion hat die Globalisierungs-Enquete 200 z.T. detaillierte Empfehlungen an den Bundestag erarbeitet. Im Zentrum stehen für mich dabei solche, die

generell auf Veränderung von Rahmenregeln global wirksamer Institutionen zielen

wie Demokratisierung der Bretton Woods Institutionen (Einführung paritätischer Nord-Süd Stimmrechte, Stärkung ihrer internen und externen Transparenz,) Stärkung der Stabilität und Transparenz internationaler Finanzmärkte (Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption, Kontrolle von Offshore Zentren und Hedgefonds, Einführung einer Tobin Steuer, Förderung nachhaltigen Investments), Stärkung der Umwelt-Governance, Vorrang multilateraler Menschenrechts-, Sozial und Umweltstandards vor Handelsstandards.

Zu einer Reihe dieser 20 Einzelempfehlungen haben Union und FDP z.T. grundsätzliche, zum Teil graduelle Vorbehalte formuliert, die nach meinem Eindruck auf einen status quo gegenwärtiger – spätestens seit dem 11.9. nicht mehr stabiler Machtverhältnisse („failing states“)- hinauslaufen. FDP und auch Union betonen dabei den „wohltuend“ disziplinierenden Charakter der Globalisierung gegenüber „Fehlverhalten“ von Regierungen im Süden und auch im Norden. Speziell hinsichtlich einer Stärkung der UNEP vermisst die Union allerdings zu recht mehr Engagement der Bundesregierung. Die PDS geht in ihrem Votum grundsätzlich auf Ursachen von Machtblockaden ein.

die speziell mehr Chancengleichheit für Entwicklungsländer anstreben,

Aufstockung der ODA, Fortsetzung von HIPC, Entwicklung einer internationalen Insolvenzordnung, fairer Marktzugang für Entwicklungsländer, Stärkung ihrer Chancen in der WTO, Ausbau der Instrumente für eigene Entwicklungswege (Recht auf angemessene Nahrung, development-box, Unterstützung demokratischer Agrar- und Bodenreformen, bessere Chancen bei TRIPS, bei Patenten und im Rahmen der Artenvielfaltskonvention ..).

Auch hier handelt es sich um etwa 20 Einzelempfehlungen in den verschiedenen Kapiteln. Vorbehalte von Union und FDP sind – abgesehen von den finanzrelevanten Fragen – überwiegend nicht grundsätzlicher Art.



□ **Kriterien für global wirksame Umwelt-Sozial- und Verbraucherstandards definieren**

Hier wird im Bericht der internationale Diskussionsstand zur Sicherstellung von Umwelt-, Sozial- und Verbraucherstandards aufgearbeitet und in deutlichen Empfehlungen an den Bundestag umgesetzt:

Integration von Umweltthemen in die neue Welthandelsrunde

- zur Verankerung des Vorsorgeprinzips
- zur Internalisierung externer Kosten
- zu Ökolabels sowie
- zur Stärkung der Rolle der ILO hinsichtlich einer Durchsetzung von Kernarbeitsnormen (Erstellung von Länderlisten, Einführung eines multilateralen Sanktionsmechanismus in der WTO)

Im Zusammenhang mit dieser Diskussion sind auch die Empfehlungen zu den GATS Verhandlungen zu sehen: Beibehaltung gegenwärtiger Flexibilität (Sicherung der Ausschlußmöglichkeiten von Bildung und weiteren Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge).

Bei den 15 Empfehlungen hierzu zielen die Minderheitenvoten von Union und FDP auf den konkreten Einzelfall. Eine Verknüpfung von Sozialnormen und Handelssanktionen lehnen sie ab.

□ **Verhaltenskodizes von/für Unternehmen betreffen**

Als ergänzendes Instrument werden Verhaltenskodizes von/für Unternehmen gewürdigt. Ihr Monitoring durch Gewerkschaften und NGOs soll gefördert werden – auch mittels der vom EP geforderten europäischen Monitoring Agentur für Verhaltenskodizes europäischer transnationaler Unternehmen. Von Evaluierungserfahrungen soll nach den 8 Empfehlungen abhängig gemacht werden, inwieweit derartige Kodizes verbindlicheren (gesetzlich verpflichtenden) Charakter bekommen sollen.

Union und FDP wenden sich hier gegen verbindliche Regelungen.

In ähnlicher Weise wie die vorstehend im wesentlichen aus den Kapiteln Finanzsowie Güter- und Dienstleistungsmärkte, Global Governance und auch Ressourcen herausgezogenen über 60 Empfehlungen sind knapp 140 weitere Empfehlungen u.a. zu Arbeitsmärkten (30), Wissensge-

sellschaft (44), Ressourcen (34) oder Geschlechtergerechtigkeit (9) erarbeitet worden. Viele beziehen sich entsprechend dem Mandat der Kommission auf primär innenpolitische Aspekte.

Rolle der Zivilgesellschaft

Die Rolle der Zivilgesellschaft wird in jedem Kapitel angesprochen. In etwa 40 Empfehlungen wird sie thematisiert. Die seit Rio national und international gewachsene Bedeutung von Zivilgesellschaft generell und NGOs als „global opposition“ speziell wird damit in dem Bericht vielfältig anerkannt. Eine mit traditionellen Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften nahezu gleichberechtigte Einbeziehung in nationale und internationale Beratungsprozesse wird empfohlen. „Dem Staat kommt bei der Aktivierung der Zivilgesellschaft für die Ziele der Demokratie und für den Schutz der Öffentlichen Güter eine neuartige Rolle zu“ schreibt der Vorsitzende Ernst Ulrich von Weizsäcker MdB in seiner Einleitung. Hier gibt es in Deutschland durchaus noch Nachholbedarf: Vorschläge zu einer institutionalisierten besseren Kooperation des Parlaments mit NGOs – wie in den USA üblich – fanden keine Mehrheit. Dies gilt deutlicher noch für – auch in NGOs umstrittene – Vorschläge, das ILO Modell (2 staatliche, je 1 Arbeitgeber- und 1 Gewerkschaftssitz) auf hierfür geeignete UN Einrichtungen (Vorschlag Simonis UNEP/GEO)⁴ zu übertragen und etwa Umweltverbänden einen Sitz neben zwei staatlichen und einem der Wirtschaft zuzubilligen.

Auch die von der Bundesregierung als Eigenlob hervorgehobene umfassende Partizipation der Zivilgesellschaft an der amtlichen Nachhaltigkeitsstrategie blieb in Bezug auf Kontinuität und nachweisbarem Einfluß hinter den Vorgaben von Weltbank und BMZ an Süd Regierungen für deren Umgang mit NGOs zurück⁵. Dies wird in Kapitel 8 des Berichts thematisiert. Ebenso besteht in Deutschland gemessen an internationalen Transparenzstandards („Freedom of Information Act“ der USA, Aarhus-Konvention) ein Defizit.

Fazit

Ich sehe in dem Bericht – mit den Empfehlungen der Mehrheit zu grundlegenden Änderungen nicht nachhaltiger Machtverhältnisse und teilweise fraktionsübergreifend beschlossenen Kriterien für soziale, umweltbezogene und verbraucherorientierte Leitplanken für die Globalisierung – wichtige Elemente zur Erarbeitung eines mit dem 11.9. überfälligen neuen „Globalen Deal“. Erstmals war ein solcher Vorschlag 1980 von der von Willy Brandt geleiteten Nord-Süd Kommission vorgelegt worden. In Rio wurde er 1992 unter Vorsitz von ex-BM Töpfer und unter Mitwirkung von Ex-Kanzler Kohl und über 120 anderen Staatschefs in Erwartung der „Friedensdividende“ nach dem Kalten Krieg vereinbart. Er scheiterte aber nicht zuletzt an Machtblockaden in Nord und Süd sowie den unerwarteten Herausforderungen der Globalisierung der 90er Jahre. Nur ein Bruchteil der seinerzeit zur Umsetzung der Agenda 21 (als zusätzlich benötigt) geschätzten Mittel wurden tatsächlich in Süd und Nord aufgebracht. Nur eine radikale Öffnung nördlicher Märkte (mit einem geschätzten Einnahmepotential von bis zu 700 Mrd im Jahr) und eine Umsetzung der von der Mehrheit im Bericht empfohlenen Reform von Rahmenregeln könnten ein solches Ziel realistisch machen.

Am Ergebnis von Johannesburg wird eine mögliche Fortführung der Kommissionsarbeit anknüpfen müssen. Der neue Bundestag sollte dann für Deutschland das umsetzen, was die Bundesregierung in Johannesburg vorschlagen wird: eine (Welt)-Kommission für Globalisierung und Nachhaltigkeit.

Michael Baumann

Der Autor ist sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission und stv. Vorsitzender von GERMAN-WATCH e.V.

¹ sie besteht aus 13 MdBs mit jeweils einem Stellvertreter und 13 von den 5 Fraktionen (6,4,1,1,1) benannten Sachverständigen. Im 14. Bundestag gibt es 4 weitere Enqueten – s. <http://www.bundestag.de/gremien/enqueten/globalisierung>.

Diejenige zur Nachhaltigen Energieversorgung hat eine Reihe Berührungspunkte zur Globalisierungsthematik. U.a. im schwedischen (www.globkom.net) und finnischen Parlament („committee on the future“) wurden bereits früher Aspekte der Globalisierung in besonders dafür eingerichteten Ausschüssen untersucht.

² auf der o. g. Webseite der Kommission sind neben den Dokumenten der öffentlichen Anhörungen auch etwa 40 der von der Kommission vergebenen Gutachten sowie viele für AGs der Kommission angefertigte Papiere zu einzelnen Arbeitsthemen zugänglich.

³ s. dazu mein Sondervotum in Kap 11.4. des Berichts

⁴ umfassend hierzu: DGVN policy paper no. 5, Für eine internationale „Kultur der Prävention“ und eine Politik des globalen Gemeinwohls, Bonn 2002

⁵ s. dazu auch: M. Menon, B. Reyes, B. Wadam, J. Ngige: Zukunftsfähiges Deutschland: Ein Blick aus dem Süden 10 Jahre nach Rio, Hg. Heinrich Böll Stiftung 2002 (Vorabversion) S.17



Geschlechterverhältnisse, Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Beiträge zum Gender Mainstreaming. Ein Tagungsbericht

Eine nachhaltige Entwicklung ist ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht zu erreichen. Diese klare Aussage macht die Agenda 21 und wurde damit zum Hoffnungsträger vor allem für diejenigen Frauen und Frauenorganisationen, die an der Schnittstelle Frauen/Gender – Umwelt/Nachhaltigkeit arbeiten. In vielen Kommunen sind Frauen und Männer seither bei der Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 aktiv, mit mehr oder weniger großem Erfolg vor allem hinsichtlich der Berücksichtigung der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern.

10Jahre nach Rio, wenige Wochen vor dem Earthsummit in Johannesburg wird allerorten Bilanz gezogen. Der Kongress „Geschlechterverhältnisse, Umwelt und Nachhaltige Entwicklung – Beiträge zum Gender Mainstreaming“, organisiert vom FrauenUmweltNetz, war die dritte und vor Johannesburg vorletzte Veranstaltung, in der dies aus der Perspektive von Frauen und mit Blick auf die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit innerhalb der nachhaltigen Entwicklung geschah.¹ Im Auftrag von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt durchgeführt, ging es auf diesem Kongress unter anderem darum, die positiven Ansätze in diesen beiden Behörden vorzustellen und erste Erfahrungen mit der Integration von „Gender“ in Umwelt und Nachhaltigkeit zu diskutieren. Wesentliches Anliegen des Kongresses war es aber auch, anderen in diesem Themenfeld arbeitenden Organisationen und Institutionen Impulse zur Umsetzung des Gender Mainstreaming zu geben. Ein besonderes Augenmerk richtete sich dabei auf die Umweltverbände, die hier doch noch erheblichen Entwicklungsbedarf zu haben scheinen.

Gila Altmann, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, erklärte in ihrer Eröffnungsrede, dass die Strategie des „Gender Mainstreaming“ auch für das Umweltministerium neu ist und nicht sofort auf allseitige Zustimmung stieß. Die anfänglich beobachteten Reak-

tionen variierten von der Frage, was am Gender Mainstreaming neu sei, über die Äußerung, das Konzept sei zu vage, bis hin zum Lächerlichmachen des Ansatzes. Aber während die einen noch auf der Suche nach einem gefälligen eingedeutschten Begriff waren, hatten sich andere schon an die Arbeit gemacht. In allen Bundesministerien wurde zunächst mit Pilotprojekten zur Umsetzung des Gender Mainstreaming Ansatzes begonnen. Das BMU entschied sich für die Entwicklung eines Gender Impact Assessment, unter anderem deshalb, weil mit der Umweltverträglichkeitsprüfung bereits ein ähnliches Instrument vorliegt, bei dem es anfangs zwar auch Widerstände gab, was aber heute zur Normalität geworden ist.

Ein Gender Impact Assessment für die Umwelt

Konkretisiert wurde das Konzept des Gender Impact Assessment anschließend von denjenigen, die maßgeblich an dessen Entwicklung beteiligt sind: Dr. Jutta Emig, im BMU leitend für das Pilotprojekt zuständig, Dr. Martina Palm aus der Strahlenschutzabteilung des BMU, sowie Dr. Doris Hayn vom ISOE, die gemeinsam mit Dr. Irmgard Schultz das Pilotprojekt wissenschaftlich begleitet.

Das Gender Impact Assessment (GIA) ist ein zentrales Instrument der politischen Strategie des Gender Mainstreaming. Es dient der Überprüfung der Auswirkungen von politischen Maßnahmen auf Frauen und auf Männer sowie auf die Geschlechterverhältnisse. Seine zentrale Funktion besteht darin, festzustellen, ob Genderaspekte in politischen Maßnahmen – d.h. in Gesetzen, Verordnungen, Programmen, Konzepten und im alltäglichen Verwaltungshandeln – berücksichtigt werden.

Im BMU wurde mit der exemplarischen Entwicklung und Anwendung eines GIAs im Bereich Strahlenschutz (der novellierten Strahlenschutzverordnung) begonnen und aus diesen Verfahren ein „Prototyp“ erarbeitet. In einem zweiten Schritt wird derzeit eine Erprobung des Prototyp-GIAs im Bereich des produktbezogenen Umweltschutzes im UBA durchgeführt.

Beim GIA wird in drei Prüfschritten vorgegangen: 1. Relevanzprüfung, mit der

festgestellt wird, ob bei der zu prüfenden Maßnahme genderspezifische Auswirkungen möglich sind, 2. der Analyse, wo und wie diese wirken und 3. der Bewertung der Maßnahme hinsichtlich möglicher Zielkonflikte oder auch Synergieeffekte zwischen umweltschutzpolitischen und gleichstellungspolitischen Wirkungen. Hieraus werden Empfehlungen erarbeitet, wie diese Maßnahme zu gestalten ist, um unbeabsichtigte Nebenwirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit zu vermeiden.

Parallel zur Erprobung wird das Verfahren entwickelt, durch das das Gender Impact Assessment/die GIA-Checkliste im BMU und in den nachgeordneten Behörden zukünftig verankert werden soll. Hierzu wurden bereits und werden auch weiterhin MitarbeiterInnenschulungen durchgeführt sowie angestrebt, die Geschäftsordnung des BMU dahingehend zu ändern, dass die Integration von Gender in das vorgeschriebene Verwaltungshandeln übergeht. Gila Altmann formulierte es in ihrem Beitrag so: „Das Rad ist nicht mehr zurückzudrehen“.

Geschlechtergerechtigkeit als „Kür“?

Das Umweltbundesamt geht mit seinem Projekt „Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit“ einen etwas anderen Weg, indem es sowohl bei den Inhalten als auch bei der Organisationskultur ansetzt um die bisher vernachlässigten Geschlechteraspekte in Umweltforschung und Umweltpolitik zu integrieren und darüber hinaus im Rahmen der UBA-Aufgaben Vorschläge und Handlungshilfen für eine geschlechtergerechte nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. Das Projekt wurde für den Zeitraum Juni 2001 bis Mai 2004 eingerichtet und hat in seiner ersten Phase u.a. eine sechsteilige Workshopreihe veranstaltet, die der Kommunikation und Diskussion des Projektthemas unter Fachkolleginnen und Fachkollegen des UBA diente. Unter der Leitung von Prof. Dr. Sabine Hofmeister, Universität Lüneburg, und ihrem Team stellten Expertinnen und Experten den Stand der Wissenschaft und Diskussion im Schnittfeld von Geschlechterforschung und Nachhaltigkeit vor. (Dies wurde von Sabine Hofmeister und Ines Weller ebenfalls auf dem



Kongress präsentiert.) Im Mittelpunkt standen nachhaltigkeitsrelevante Themenkomplexe wie zum Beispiel „Leben – Arbeiten – Konsumieren“, „Produkte nutzen – Produkte gestalten – Stoffe bewerten“, „Sich Bewegen – Sich Verorten“ oder „Ökologie der Zeit“.

Den Abschluss dieser Veranstaltungsreihe bildete eine Zukunftswerkstatt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem UBA und BMU entwickelten zunächst visionäre, dann sehr konkrete Vorschläge, wie die vorher gemeinsam festgestellten Defizite in Sachen Geschlechterperspektive überwunden werden könnten. Hauptkritikpunkte waren:

- Gender (d.h. die Berücksichtigung von Geschlechteraspekten und gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen) wird in seiner Bedeutung für die Nachhaltige Entwicklung nicht verstanden, bestenfalls als „Kür“ bei den zu bewältigenden Aufgaben betrachtet.
- Es gibt in den meisten Arbeitsbereichen zu wenig geschlechtsspezifische Daten und Forschungsergebnisse und
- Nachhaltigkeit wird von UmweltwissenschaftlerInnen und –politikerInnen kaum als persönliches Lebensthema verstanden.

Ein weiterer Schwerpunkt des UBA-Projektes „Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit“ liegt auf der Erprobung neuer, der Themenstellung angemessener, partizipativer und dialogorientierter Arbeitsformen. Die Erfahrungen der Projektgruppe mit Projektorganisation, Teamentwicklung, Supervision, Selbstevaluation sowie mit Prinzipien der Lernenden Organisation und betrieblichen Konzepten zur Life-Work-Balance sollen auch für den im Amt eingeleiteten Modernisierungsprozess Impulse setzen.

Soweit die positiven Ansätze aus der Umweltpolitik. Und was machen die Umweltverbände, einst Vorreiter gesellschaftlicher Entwicklungen? Nicht nur auf dem Kongress selbst, sondern bereits bei dessen Planung wurde deutlich, dass diese die „Zeichen der Zeit“ noch nicht erkannt haben. Vor allem männliche Vertreter der Organisationen zogen es vor, zu Hause zu bleiben statt ihren Umgang mit dem Gender Mainstreaming innerhalb ihres jeweiligen Verbandes öffentlich vorzustellen. Was auch nicht wundert, denn wer blamiert sich schon gern? Umso erfreulicher ist es, dass (weibliche) Vertreterinnen

des DNR, des BUND, des VCD und des Klima-Bündnisses den Mut hatten, die schwierige Situation bezüglich dieser Thematik in den Verbänden darzustellen, die gekennzeichnet ist durch eine extreme Überrepräsentanz von Männern in den Entscheidungsebenen. So werden z.B. von 97 Mitgliedsverbänden des DNR nur ganze drei von Frauen geführt. Das Manco der fehlenden Konzepte zum Gender Mainstreaming in den Verbänden, aber auch der mangelnden Kommunikation zwischen Umwelt- und GenderexpertInnen wurde benannt, aber auch erste bereits initiierte Ansätze präsentiert: Der DNR startet noch in diesem Jahr mit einer Studie zum Gender Mainstreaming, die BUNDjugend plant ebenfalls ein Projekt, bei dem es um den Umgang von Männern und Frauen, Mädchen und Jungen miteinander und dessen Auswirkungen auf Macht und Positionen geht. Das Klima-Bündnis plant das Thema Gender Mainstreaming im kommunalen Klimaschutz aufzugreifen und gemeinsam mit Kommunen zu bearbeiten. So gibt es Licht am Horizont, das erhellt wird auch dadurch, dass die Vergabe von Mitteln zunehmend an die Berücksichtigung von Genderaspekten geknüpft wird. „Das Rad ist nicht mehr zurückzudrehen“, deshalb täten auch die Umweltverbände gut daran, sich der Entwicklung zu stellen.

Sind Männer nachhaltig?

In den Diskussionen wurde immer wieder deutlich, wie schwierig es ist, Männer für die Arbeit des Gender Mainstreaming zu motivieren. Immer noch wird Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern als „Frauenförderung“ und damit auch Frauensache betrachtet. Die Einsicht, dass eine Entwicklung, die sich dem Problem der Ungleichheit nicht stellt – wie umweltfreundlich sie auch immer sein mag –, nicht nachhaltig ist, ist bei der einen Hälfte der Bevölkerung noch nicht angekommen. Da die Frage der Geschlechterverhältnisse eng verknüpft ist mit den Machtverhältnissen und damit auch mit einer anderen, gerechteren Verteilung der Macht zwischen den Geschlechtern, könnte man unterstellen, dass diese uneinsichtige Bevölkerungshälfte ihre Definitions- und Entscheidungsmacht nicht teilen möchte. Damit wären sie aber auch als nicht nachhaltig einzustufen. Dies bestätigte Elke Schilling in ihrem Abschlus-

sbeitrag „Ein Schlüssel zum Erfolg: Voraussetzungen in Institutionen und Organisationen schaffen“, der zu Beginn diese These mit einer Karikatur illustrierte. Schwerpunkt der Ausführungen der ehemaligen Staatssekretärin aus Sachsen-Anhalt waren aber die Voraussetzungen, die ein erfolgreiches Gender Mainstreaming braucht. Dazu gehört, dass Gender Mainstreaming zwar intern laufen, aber von außen Druck erfahren muss: Veränderungen in Organisationskulturen kommen nie von innen. Der Druck von außen ist unverzichtbar, damit ein Prozess in Gang kommt. Ein Muss beim Gender Mainstreaming ist der top-down-Ansatz, ohne Unterstützung der Hauspitze läuft wenig – das zeigt sich am Beispiel des Gender Mainstreaming im BMU. Deutlich wird an dem Beispiel aber auch, dass top-down und bottom-up zusammenwirken müssen: Ohne den Druck von GenderexpertInnen aus Politik, Forschung und Verwaltung wäre es wahrscheinlich nie dazu gekommen, dass „top“ sich für Gender einsetzt. Und ohne die vielen Engagierten, die den abstrakten Gendermainstream mit Ideen und Inhalten füttern und zum Fließen bringen, ginge auch nichts. So gilt auch hier: Push und pull, top-down und bottom-up, internen und externen Veränderungsdruck ins richtige Verhältnis setzen, damit sie sich gegenseitig verstärken.

Angesichts der geringen Anzahl von männlichen Teilnehmern am Kongress kam in Diskussionen und Arbeitsgruppen immer wieder das Bild von „Männer mit ins Boot nehmen“ auf. Bei Elke Schilling formte sich daraus das Bild von einem Boot voller Frauen, das irgendwo am Kai liegt, festvertäut ist und zunehmend frustriert darauf wartet, endlich losfahren zu können – aber die Männer kommen nicht. Worauf warten wir also – wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Ulrike Roehr

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei LIFE e.V. – FrauenUmweltNetz.

Die Vorträge, Zusammenfassungen der Podiumsdiskussionen und teilweise der Arbeitsgruppen des Kongresses liegen ab Ende Juni 2002 unter www.frauenumweltnetz.de/kongress/kongress.html zum download bereit.

¹ Gender Mainstreaming bedeutet eine Politik der Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle Politiken und Programme (d. Red.)



Entwicklungsländer stellen erstmals Vorsitzenden des IPCC

Ergebnisse der XIX. Plenarsitzung des IPCC im April in Genf

Nach längerer Zeit der Niederlagen konnten die USA zuletzt wieder einen Sieg bei ihren klimadiplomatischen Schachzügen verbuchen. Sie haben ihr Ziel erreicht, dass der US-Bürger Robert Watson, seit 1996 souveräner Vorsitzender des IPCC, entgegen den bisherigen Üblichkeiten nicht für die nächste, bis ins Jahr 2008 reichende Amtsperiode wiedergewählt wurde.

Für die US-Administration war er eine zu starke Figur, die die Aussagen der Klimawissenschaft unzweideutig in der Öffentlichkeit vertrat und deshalb der gegenwärtigen US-Politik nicht zupass kam.

Seinen Ausgang genommen hat die Tragödie bereits im Februar 2001, als der weltgrößte Ölkonzern Exxon-Mobil ein Memo an den neuen US-Präsidenten Bush sandte, in dem die Frage aufgeworfen wird, ob Watson nicht durch US-Einfluss ersetzt werden könne. Dieser wurde hinter den Kulissen geschickt eingesetzt.

Der Wissenschaftsgemeinde, die Watson gut kennt, ist dieser als ein sehr energiegeladener, hochkompetenter und brillanter Vorsitzender in Erinnerung, der die Angriffe von Vertretern der Ölinteressen - etwa aus Saudi Arabien - praktisch immer mit entsprechenden Alternativformulierungen kontern und auf diese Weise eine weitere Verwässerung der "Zusammenfassung für Entscheidungsträger" weitgehend verhindern konnte.

Auf der XIX. Plenarsitzung des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) vom 17. bis 20. April in Genf stand die Wahl¹ des neuen IPCC-Vorsitzenden an (vgl. nebenstehenden Kasten zum Ablauf). Erstmals in der Geschichte des IPCC gab es mehrere Kandidaten für diese Position. Neben Bob Watson waren der Inder Rajendra Pachauri sowie der Brasilianer José Goldemberg vorgeschlagen worden.

Zwei US-Lobbyisten aus der Wirtschaft - darunter der altbekannte Dinosaurier Donald Pearlman - haben unter den Delegierten die Drähte gezogen, um Stimmung für die Wahl von Pachauri zu machen. Der Nutzen der Verhinderung einer zweiten Amtszeit von Watson muss für die US-Regierung so groß gewesen sein, dass selbst der für seine harte Kritik an den USA bekannte Pachauri für sie das

kleinere Übel war und sie sich bereits im Vorfeld gegen Watson und für Pachauri ausgesprochen hatten.

Ein eingesetztes Nominierungskomitee kam nach drei Tagen Beratung zum Schluss, keinen Kandidaten im Konsens vorschlagen zu können. Pearlman und Co hatten so erfolgreich lobbyiert, dass sich selbst die Rückfallebene der Europäer, zwei Co-Chairs (Pachauri und Watson) als Vorsitzende zu bestimmen, nicht durchsetzen konnte. So kam es zur Wahl, die Pachauri vor allem durch die Unterstützung der afrikanischen Regierungen mit absoluter Mehrheit für sich entschied.

Damit ist im IPCC eine Ära zu Ende gegangen. Hatten in den ersten 14 Jahren die Vorsitzenden ihre Expertise im Bereich Klimawissenschaft, so hat der indische Eisenbahningenieur und Wirtschaftswissenschaftler Pachauri andere Schwerpunkte. Dadurch fällt den verschiedenen Arbeitsgruppen (Working Groups - WG) eine höhere Autonomie zu, was für die Arbeitsgruppe Klimawissenschaft eine Unsicherheitskomponente einführt.

Außer der Wahl des Bureaus waren die Beschlüsse über das zukünftige Arbeitsprogramm und den Zeitplan für den Vierten Sachstandsbericht (Fourth Assessment Report - FoAR) zentrale Ergebnisse der Plenarsitzung.

Für den FoAR werden folgende Vorgaben gesetzt:

1. Er wird im Laufe des Jahres 2007 abgeschlossen.
2. Die Beiträge der Arbeitsgruppen des IPCC werden leicht versetzt verabschiedet: Die WG I im ersten Quartal 2007, die WG II und III in der Jahresmitte und der Synthesebericht im letzten Quartal.
3. Der FoAR soll umfassend, allerdings fokussiert und kurz ausfallen.
4. Der Umfang sowie die Art des Syntheseberichts sollen auf der nächsten Plenarsitzung des IPCC beschlossen werden.
5. Wenn die Vollversammlung bejaht, politikrelevante Fragen als notwendig zu erachten, sollen diese im Dialog von IPCC und SBSTA frühzeitig erstellt werden. Dabei sollen die Lehren des

Prozesses der TAR-Erstellung berücksichtigt werden.

6. Die Tätigkeit des neuen Bureaus soll bis ein oder zwei Sitzungen nach der Verabschiedung des FoAR reichen.

Durch die auf COP 7 im November 2001 verabschiedeten Marrakesch Accords wurden dem IPCC anspruchsvolle Aufgaben zu den Treibhausgasinventaren aus den Bereichen Land- und Forstwirtschaft übertragen. Dies wird die Arbeitskapazität des IPCC in den nächsten beiden Jahren zu einem Großteil beanspruchen und vor allem über die in Japan angesiedelte "Task Force on National Greenhouse Gas Inventories" laufen.

Dabei geht es um:

- Richtlinien guter Praxiserfassung der Inventare zu Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) (Task 1); dieses Papier, zu dem 101 Autoren beitragen sollen, untergeht den üblichen Review-Prozess für Sonderberichte und soll im November 2003 von der IPCC-Vollversammlung angenommen werden,
- um die Entwicklung von Definitionen für die Degradation von Wald und den Rückgang des Pflanzenwuchses von anderen Vegetationstypen, sowie um die methodologischen Möglichkeiten zur Erfassung und zur Berichterstattung über Emissionen, die aus diesen Aktivitäten herrühren (Task 2); auch dieser Bericht wird ein intensives Review durchlaufen und von der Vollversammlung im November 2003 angenommen werden,
- um die Entwicklung von anwendbaren Methodologien, um zwischen direkten menschenverursachten Änderungen und indirekten menschenverursachten Änderungen der Kohlenstoffbestände und Treibhausgasemissionen sowohl auf der Quellen- als auch auf der Senkenseite unterscheiden zu können. (Task 3); dieser Bericht wird im September 2004 vom IPCC-Plenum abgenommen.

Ein weiterer Beschluss betrifft das Thema Technologien zur geologischen Speicherung von Kohlenstoff (etwa in leeren Gasfeldern oder im tiefen Ozean). Trotz Stimmen aus der EU, doch sich zuerst um die kostengünstigeren Reduktionsmög-



lichkeiten (wie etwa Energieeinsparung) intensiv zu kümmern, gab es starke Unterstützung für einen Workshop zum Thema Kohlenstoffspeicherung. Auf diesem Workshop sollen auch Technologien zur Abtrennung des Kohlenstoffs untersucht werden. Lediglich Technologien zur Verstärkung der biologischen Kohlenstoffaufnahme-fähigkeit des Ozeans (etwa durch großflächige Düngung) werden nicht betrachtet – weniger wegen ihrer Nähe zum "Geo-Engineering", sondern weil die betroffene Wissenschaftsgemeinde mit derjenigen zur vorher erwähnten Kohlenstoffabtrennung und –speicherung praktisch nichts gemein hat.

Zudem kam man überein, dass die Co-Chairs der WG I und II in den nächsten 4 Monaten ein Papier mit Rahmenvorgaben über Klimaänderung und Wasser schreiben und dieses an die Regierungen versenden. Sie sollten dabei auch einen Zeitplan für einen denkbaren Sonderbericht zu diesem Thema darstellen.

Lediglich verteilt wurde das fertiggestellte technische Papier zu Klimaänderung und Biodiversitätsbelange.

Die letzte substantielle Entscheidung der Vollversammlung war das grüne Licht für die Bureaux der Arbeitsgruppen II und III, sich mit den Regierungen zu konsultieren, um die Rahmenvorgaben für einen Workshop oder ein Expertentreffen zum Thema "Klimaänderung und Entwicklung und Armutsbekämpfung" aufzustellen. Ursprünglich war unter diesem Tagesordnungspunkt geplant, ein technisches Papier zu Klimaänderung und Nachhaltige Entwicklung zu erstellen.

Aus Zeitgründen konnten die Arbeiten der Task Group über Szenarien zur Untersuchung der Auswirkungen der Klimaänderung nicht mehr behandelt werden. Gleiches geschah mit dem Entwurfs-papier über die Struktur eines angedachten Berichtes zur Operationalisierung von Art. 2 der Klimarahmenkonvention.

Manfred Treber

Der Autor ist Mitarbeiter von GERMANWATCH und einer der Koordinatoren der AG Klima im Forum Umwelt & Entwicklung

¹ Zum genaueren Ablauf der Wahl vgl. www.germanwatch.org/rio/mt02ipcc.htm

Die UN wählt

Vom 17. - 20. April 2002 fand in Genf IPCC XIX statt. Einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte war die Wahl des IPCC Chairs (Vorsitzender). Im folgenden werden die Schritte zur Wahl des Vorsitzenden dargestellt. Wie man sieht, ist es gar nicht so einfach, wenn die UN wählt.

1. Mittwoch (17. April 2002) Vormittag, Plenarsitzung:

Man diskutiert, wie die Kandidatensuche und –auswahl vonstatten gehen soll.

Ein Nominierungskomitee und ein "credential committee" sollen eingerichtet werden. Bob Watson hat Kontakt mit dem "Chairman Emeritus" Bert Bolin aufgenommen und ihn eingeladen. Dieser könne der Vorsitzende des Nominierungskomitees sein, das aus Bolin und je einem Vertreter der 6 IPCC-Regionen besteht.

2. Mittwoch Nachmittag, Plenarsitzung:

Die Regionalgruppen berichten von ihren Treffen in der Mittagspause. Nach gut anderthalb-stündiger Diskussion ist um 16.35 Uhr die Zusammensetzung des Nominierungskomitees klar. Es würde dem Plenum zweimal täglich berichten.

3. Donnerstag Vormittag, Plenarsitzung

Bolin berichtet von der Sitzung des Nominierungskomitees. Watson gibt zur Kenntnis, Nominierungen könnte es bis zur Wahl geben.

4. Donnerstag Nachmittag, Plenarsitzung

Darf das Nominierungskomitee die Frage behandeln, ob der IPCC einen Chair oder 2 Co-Chairs haben soll? Darf es Kandidaten interviewen oder konsultieren? Mit diesen Fragen befasst sich die Plenarsitzung an diesem Nachmittag. ...

Bei einem anschließenden Empfang treten Gerüchte auf, man wolle auf dieser Sitzung eine Entscheidung verhindern, da bei Abwesenheit einer Konsensentscheidung Pachauri gewählt werden würde. Afrika unterstütze Pachauri weitestgehend.

5. Freitag Vormittag, Plenarsitzung

Der Co-Chair aus Nepal gibt bekannt, sie hätten einstimmig drei Kandidaten nominiert. Um 11.50 Uhr meint Watson, man müsse zur Wahl schreiten. Der Russe Prof. Izrael wird als Wahlleiter gewählt. Der (scheidende) Sekretär des IPCC, der Inder N. Sundaraman, und Izrael erklären das Wahlverfahren. Sobald die Wahl beginnt, kann sie nicht mehr unterbrochen werden, keiner kann den Raum verlassen. Der Vorsitzende würde klar sagen, wenn die Wahl begännen. Interventionen von Portugal, Deutschland, UK: Die Wahl hätte noch nicht begonnen, man würde sich in der Region nochmals konsultieren wollen. Izrael geht mit keinem Wort darauf ein. Saudi Arabien will keine Pause. Ein Disput darüber beginnt, ob die Wahl bereits begonnen hat oder nicht. Izrael wiederholt, er würde sagen, wenn die Wahl begonnen würde. Saudi Arabien zieht Antrag zurück. Mittagessen. Punkt 15 Uhr soll gewählt werden.

6. Freitag Nachmittag, Plenarsitzung

Die beiden Wahlhelfer werden bestimmt und treten vor. Die leere Wahlurne wird gezeigt. Formal wird der Co-Chair aus Nepal gefragt, welche Nominierungen es gibt. Die drei Bekannten, keine weiteren, kommt die Antwort. Und ans Plenum, ob noch weitere hinzukämen. Nein. Izrael beendet den Prozeß der Nominierung um 15.21 Uhr und beginnt die Wahl. Die Länder werden in alphabetischer Reihenfolge (französisch) aufgerufen und begeben sich zur Urne (wo sich eine Schlange bildet), werden auf Identität überprüft und werfen ihren Stimmzettel ein. Die Stimmabgabe ist um 15.47 Uhr beendet. Die Ergebnisse werden 16.17 Uhr an Izrael überbracht: 133 Stimmzettel wurden verteilt, 132 zählen. Die absolute Mehrheit liegt bei 67. Folgend liest er das Ergebnis vor:

Goldemberg.....	7
Pachauri.....	76
Watson.....	49

Schließlich werden dann als letzten Schritt die Stimmzettel vernichtet. Damit ist die Wahl abgeschlossen.



Urwaldgipfel in Den Haag

Trendwende für Waldvernichtung noch nicht in Sicht

„Therefore we must face up to an inescapable reality: the challenges of sustainability simply overwhelm the adequacy of our responses. With some honorable exceptions, our responses are too few, too little and too late.“

Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen

Auf der 6. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über biologische Vielfalt (COP6 der CBD) im April 2002 in Den Haag wurde ein zehnjähriges erweitertes Arbeitsprogramm zur biologischen Vielfalt von Wäldern mit 130 Einzelaktivitäten verabschiedet, das ein gute Grundlage bilden könnte, den auch seit Rio 1992 anhaltenden Trend der Waldvernichtung umzukehren.

Allerdings verhinderten Länder wie Kanada, Brasilien und Malaysia eine adäquate internationale Schwerpunktsetzung und Kooperation zu Waldfragen. Aufgrund der bis zuletzt andauernden Verhandlungen konnten weder Hauptakteure noch Zeitpläne und Erfolgskontrollen zur Umsetzung des Arbeitsprogramms beschlossen werden. Deshalb ist zu befürchten, dass das Waldarbeitsprogramm ohne die ‚Weihe‘ der Regierungschefs in Johannesburg im kommenden August zum zahnlosen Papiertiger verkommt.

1992 in Rio verabschiedet und inzwischen von über 180 Ländern ratifiziert (USA und Iran fehlen u.a.!!) steht das Übereinkommen über biologische Vielfalt auf drei Säulen: Der Schutz, die nachhaltige Nutzung und der gerechte Vorteilsausgleich. Diese bieten auch gute Voraussetzungen für ein Arbeitsprogramm zum Erhalt der Wälder bietet. Zehn Jahre nach Rio hat sich die CBD basierend auf den Ergebnissen einer technischen Arbeitsgruppe und der Wissenschaftlichen Staatenkonferenz (SBSTTA) vom Herbst 2001 mit dem Thema Biodiversitätsverlust in Wäldern und durch Waldverlust beschäftigt, nachdem der internationale walddpolitische Dialog mit 2001 mit dem Waldforum der Vereinten Nationen nur ein völkerrechtlich unverbindliches Dialogforum geschaffen hatte.

Dramatische Situation der Urwälder

Mit über 15 Mio. Hektaren ist der weltweite Waldverlust seit Rio unvermindert hoch. Deshalb hatte gerade das Umweltprogramm der Vereinten Nationen große Hoffnungen in die 6. Vertragsstaatenkonferenz gesetzt. Speziell der Verlust der großen intakten Urwaldgebiete, die nach Untersuchungen des World Resources Institutes nur noch ein Fünftel der ursprünglichen Fläche ausmachen, jedoch zwei Drittel der terrestrischen Tier- und Pflanzenarten beheimaten, wird immense negative Auswirkungen auf die Arten-, Habitat- und genetische Vielfalt der Erde haben.

Die letzten großen sieben Urwaldregionen liegen nicht nur in den Tropen (Amazonas, Kongobecken und Südost-Asien), sondern auch in den gemäßigten (Chile und Nordamerika) sowie den nördlichen Waldregionen (Kanada, Nordeuropa und Russland/Sibirien). Motor der Waldzerstörung ist der ungezügelter Hunger der großen Märkte in den USA, Japan, Europa und neuerdings auch Chinas nach Holz und Papier. Tagtäglich gelangen Rohstoffe aus nicht-nachhaltigen und sogar illegalen Quellen auch nach Deutschland.

Im Vorfeld des Urwaldgipfels konnte ein kleiner Erfolg verzeichnet werden: Mahagoni-Import aus Brasilien, das laut dortiger Umweltbehörde zu 100% illegal im Indianerland eingeschlagen wurde, wurde in Häfen, wie dem Hamburger, nach Greenpeace Protesten von den Behörden festgesetzt. Daraufhin hat auch die EU Kommission eine Anweisung an die EU Länder gegeben bis zur Klärung der Situation in Brasilien kein Mahagoni mehr zu importieren.

Verlauf der Verhandlungen

Schon zu Beginn der Konferenz wurden die Konfliktlinien der zweiwöchigen Verhandlungen deutlich. Sowohl der Vorsitzende der Arbeitsgruppe zu Wäldern, der Norweger Peter Shay, als auch die EU, Neuseeland sowie Australien wollten das Gesamtpaket von Montreal (SBSTTA), das Waldarbeitsprogramm mit seinen 130 Aktivitäten, nicht mehr verhandeln, sondern so verabschieden. Kanada und Brasilien kündigten gleich zu Beginn an, dass sie einem Fokus der Einzelmaßnah-

men auf Urwälder und andere international zu entscheidende Schwerpunkte nicht zustimmen würden. Nationale Souveränität stand für beide im Vordergrund. Malaysia wollte gar kein CBD Waldarbeitsprogramm. Vielen Ländern bereitete es allerdings Probleme, dass mit den 130 Aktivitäten erneut ein ungewichtetes Paket zur nationalen Umsetzung anstehe, wo es doch schon die über 300 Handlungsempfehlungen des walddpolitischen Dialogs seit Rio gebe.

Die Europäische Union war in der ersten Woche noch sehr gespalten in ihrer Positionierung zur Urwaldfrage und in ihrer Strategie. Eine sehr schwache spanische Präsidentschaft und v.a. Finnland und Portugal fürchteten nationale Nachteile durch internationale Schwerpunktsetzung. Dies ist umso erstaunlicher, als alle Wissenschaftler im Vorfeld die dringende internationale Schwerpunktsetzung gefordert hatten. Nachdem Greenpeace einen kritischen Bericht zur fehlenden nationalen Umsetzung der CBD in Finnland zu Beginn der ersten Verhandlungswoche veröffentlicht hatte, gab es eine Debatte in Finnland selbst mit dem Ergebnis, dass Ende der Woche der Widerstand der Skandinavier innerhalb der EU gebrochen war.

Deutsch-französische Initiative brachte Bewegung in die Verhandlungen

Der im Wahlkampf befindliche französische Staatspräsident Chirac brachte mit einer Presseankündigung Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen: er wolle den Urwaldschutz durch ein starkes Arbeitsprogramm fördern und eine Kongo-Initiative initiieren. Diese Initiative wurde von der deutschen Bundesregierung, Minister Jürgen Trittin, aufgegriffen und auf einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem französischen Umweltminister Crochier präsentiert. Drei Punkte will Trittin fördern: Die Einrichtung eines globalen Netzwerkes von Schutzgebieten, internationale Anstrengungen zur Eindämmung des illegalen und nicht-nachhaltigen Holzeinschlages und des Handels damit sowie die Stärkung der Konsumentenverantwortung durch bevorzugten Kauf von FSC Produkten. Darüber hinaus kündigte der Umweltminister an, für die öffentliche Beschaffung von Holzprodukten aus Urwäldern das FSC Zertifikat als glaubwürdigen Nachweis zu verlangen.



Bei den laufenden Verhandlungen erwiesen sich die deutsche und die französische Delegationen als Motoren innerhalb der EU.

In der letzten Nacht der Verhandlungen, die zum Teil in sehr intransparenten Gruppen der „Freunde des Vorsitzenden“ stattfanden, wurde der Schwerpunkt auf Urwälder gekippt, „illegaler Holzeinschlag“ in „unautorisierte Holzernte“ umbenannt und die Einrichtung eines Nachfolge-Prozesses auf eine zeitlich befristet arbeitende Expertengruppe beschränkt. Brasilien und Kanada setzten sich gegenüber der EU durch; die EU sicherte die Verabschiedung des ‚Paketes‘.

Positionen der Nichtregierungsorganisationen und Indigenenorganisationen

Schon zu Beginn der Konferenz und während des Ministertreffens Ende der zweiten Verhandlungswoche gab es Demonstrationen der NGOs. Insbesondere mahnten zwei Tage lang über 500 Kinder und Jugendliche der Greenpeace-Initiative Kids for Forests (siehe Foto) die Minister zu sofortigem Urwaldschutz, um diese für zukünftige Generationen zu sichern. Mit gemeinsamen NGO-Positionen wurde die Verabschiedung des Waldarbeitsprogramm-Paketes gefordert, da dort wichtige Ursachen der Waldzerstörung und -degradierung angegangen werden können: der Abbau schädlicher Subventionen, die Etablierung eines globalen Schutzgebiets-Netztes, die Förderung ökologisch und sozial verantwortbarer Waldnutzung, der Kampf gegen den illegalen Holzeinschlag und dessen Handel und die Restaurierung von devastierten Wäldern. Die Achtung der Rechte indigener und lokaler Völker solle als Grundvoraussetzung aller walddrelevanter Entscheidungen gelten.

125 Minister und Staatssekretäre erklärten sich

Für zwei Tage kamen 125 Minister und Staatssekretäre nach Den Haag und verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung mit einem Appell an den Weltgipfel zu nachhaltiger Entwicklung in Johannesburg. Der Verlust der biologischen Vielfalt soll durch Maßnahmen gestoppt werden, die bis 2010 zu ergreifen sind. Außerdem verpflichteten sich die Vertragsstaaten das Waldarbeitsprogramm voll umzusetzen. In Johannesburg soll dieses Ziel be-

stätigt werden sowie die dafür notwendigen Mittel durch Erhöhung der Entwicklungshilfe der Industrieländer auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts bereit gestellt werden. Eine Prioritätensetzung auf die für die biologische Vielfalt bedeutendsten Wälder, die Urwälder, gab es auch durch die Minister nicht.

Was bleibt am Ende?

Mit dem Waldarbeitsprogramm für die biologische Vielfalt von Wäldern ist mit seinen 130 Aktivitäten eine gute Grundlage im rechtlich verbindlichen Rahmen der CBD geschaffen worden für die Länder, die ernsthaft die Ursachen der Waldzerstörung angehen wollen. Darin sind die oft zugrunde liegenden Ursachen der Waldzerstörung gut adressiert.

Durch die langen Verhandlungen ist es nicht gelungen, Ziele, Zeitplan und hauptverantwortliche Akteure nachprüfbar fest zu legen.

Eine sich aus der Präambel der Konvention abgeleitete ‚gemeinsame Sorge‘ der internationalen Staatengemeinschaft um die biologische Vielfalt wird durch die Beschlüsse von Den Haag nicht deutlich, durch die Umformulierung des Vorspanns fast lächerlich gemacht. So sollen sich die Nationalstaaten selber überlegen, ob es nicht gut wäre Naturschutzmaßnahmen auf die Wälder zu konzentrieren, die ökologisch am wertvollsten sind. Der Begriff Urwald oder Primärwald wird ignoriert.

Das sowieso schon überlastete Sekretariat der CBD wird mit neuen Aufgaben überfrachtet, weil es versäumt wurde eine Arbeitsgruppe zur Überwachung der Umsetzung des Arbeitsprogramms ein zu setzen. Stattdessen sollen Experten zwei Jahre arbeiten. Dies hatten diese jedoch schon im Vorfeld getan und mit einem exzellenten Bericht die Dramatik der globalen Urwaldkrise angemahnt.

Hoffen auf Johannesburg

Die Ergebnisse von Den Haag bieten keinen Anlass auf adäquate Reaktionen der Regierungen auf die globale Urwald-



Foto: Gorf/ Greenpeace

krise zu warten. Obwohl das Vorsorgeprinzip in der CBD verankert ist, werden wir in einigen Jahren wieder auf devastierte Flächen sehen und sagen: „...hätten wir nur...“. Die Verhandlungen zur dringend notwendigen Aufstockung des Globalen Umweltfonds (GEF), dessen Geld zur Umsetzung auch der CBD Beschlüsse dienen soll, Ende Mai 2002 in New York sind am Widerstand der USA gescheitert.

Jetzt müssen die Staats- und Regierungschefs, so auch Bundeskanzler Schröder, auf dem Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg, Ende August 2002, eine politische Verpflichtung zum Urwaldschutz eingehen und die notwendigen Finanzmittel für die Umsetzung des CBD Arbeitsprogramms bereit stellen.

Die Lösung einer der größten globalen Umweltprobleme allein in Partnerschaften mit der Wirtschaft zu suchen, darf 10 Jahre nach Rio und ungebremster Entwicklung der Industrie auch im Forst- und Holzsektor nicht der Ansatz der Regierungen sein. Gerade die G8 Länder sind in der Verantwortung die geplanten Initiativen in Afrika, im Kongo, in völkerrechtlich verbindliche Rahmen, wie der CBD, zu verankern. Die Verhinderung der Fragmentierung der großen intakten Wälder muss Priorität für internationale Kooperation werden, bevor diese einzigartigen Lebensräume für immer verschwunden sein werden.

Um an Kofi Annan anzuknüpfen: Es wird Zeit, dass die Reaktionen der Regierungen auf globale Umwelt- und Nachhaltigkeitsprobleme nicht zu wenig, nicht zu gering und nicht zu spät sind!

Martin Kaiser

Der Autor ist Leiter der Greenpeace Urwaldkampagne.



Fehlender Wille zum Schutz der biologischen Vielfalt

6. Vertragsstaaten Konferenz in Den Haag

Vom 7. bis 19. April fand in Den Haag die 6. Vertragsstaatenkonferenz (VSK) zur Konvention über biologische Vielfalt (KBV) statt. Wichtige Themen waren Biologische Vielfalt der Wälder, der Strategische Plan der CBD bis 2010, Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechter Vorteilsausgleich (vgl. Access and Benefit-Sharing, kurz ABS) und invasive gebietsfremde Arten. Den Schwerpunkt dieses Artikels bildet der Bereich des ABS.

Die Niederlande haben sich bei der Art und Weise ihrer Ausrichtung dieser Konferenz nicht gerade ruhmreich verhalten. Seit Rio ist offiziell die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen, der Vertreter der Indigenen Völker, der Menschenrechtsorganisationen und sonstiger Gruppen der sogenannten Zivilgesellschaft immer wieder als besonders wichtig herausgestellt worden und es gab viele Erklärungen des guten Willens. Dass nun aber ein Land wie die Niederlande diesen Gruppen derart schlechte Arbeitsbedingungen bot wie auf der COP 6 ist nicht nachzuvollziehen. Übertriebene Sicherheitsmaßnahmen und Beschränkungen der persönlichen Freiheiten gereichen einem Land, das stolz ist auf seine demokratische Tradition, kaum zur Ehre. Sie sind ein schlechtes Beispiel für die VertreterInnen von Staaten, die über eine schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft verfügen oder diese gar aktiv unterdrücken.

Bisher wurde die KBV von 183 Staaten unterzeichnet, insbesondere jedoch nicht von den USA, die sich dabei in der zweifelhaft guten Gesellschaft von Irak, Somalia, Afghanistan und Thailand befinden. Im Unterschied zu den drei erstgenannten verhandeln die USA aber tatkräftig mit.

Die VSK hat sich insbesondere mit vier Themen befasst: Biologische Vielfalt der Wälder, der Strategische Plan der CBD bis 2010, Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechter Vorteilsausgleich (vgl. Access and Benefit-Sharing, kurz ABS) und invasive gebietsfremde Arten. All diese Themen hatten sich schon in der

Vorbereitung als sehr schwierig herausgestellt, insbesondere, was alle Fragen im Zusammenhang mit Zugangsrechten zu genetischen Ressourcen und Patenten angeht. Der umfassende Charakter der Konvention selber aber auch die vielen Überschneidungen mit anderen Abkommen im Bereich Umwelt und Handel komplizieren die Materie enorm und kaum ein Delegierter darf für sich in Anspruch nehmen, alle Aspekte des Abkommens zu kennen oder beurteilen zu können. Dies ist insbesondere für die kleinen Delegationen der ärmeren Länder ein schwieriges Problem.

Aus dem gleichen Grund wird sich dieser Bericht auf den Bereich des ABS und dabei besonders auf die landwirtschaftliche Vielfalt konzentrieren.

Bonner Leitlinien

In der während der Konferenz eingerichteten Arbeitsgruppe zu ABS fanden die in einer Ad-hoc open-ended Working Group in Bonn im Oktober 2001 zur Vorbereitung entworfenen Leitlinien die breite Zustimmung der Teilnehmerstaaten und wurden angenommen. Die Richtlinien geben Regierungen Hinweise, wie fairer und gerechter Vorteilsausgleich durch nutzende Firmen, Sammler und Forscher aussehen kann und sind ein wichtiger Schritt hin zur Implementierung der KBV. Leider sind sie jedoch nur freiwillig und nicht bindend.

Nachverhandelt wurde besonders das Konzept des Prior Informed Consent (PIC), das beinhaltet, dass niemand genetische Ressourcen ohne das Einverständnis des Herkunftslandes nutzen darf. Dazu wurde die Idee einer Zertifizierung diskutiert. Für den Vorschlag, dass genetisches Material nicht patentiert werden kann, wenn das Herkunftsland nicht nachgewiesen wird, machten sich natürlich all die Länder stark, die über einen großen genetischen Reichtum verfügen und sich inzwischen zur Gruppe der Mega-diverse Countries zusammengeschlossen haben. Die Nutzerländer sperren sich hingegen gegen diesen Herkunftsnachweis.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Frage, ob auch für Nachfolgeprodukte aus der Nutzung dieser genetischen Ressourcen Zahlungen geleistet werden müssen, was

eine Kette ohne Ende bedeuten könnte. Die Entwicklungsländer machten aber auch deutlich, dass ihnen nicht unbedingt an einem finanziellen Ausgleich gelegen ist sondern ihnen Technologietransfer und Capacity Building genauso wichtig sind.

Pflanzengenetische Ressourcen in Ernährung und Landwirtschaft

Während diese Fragen grundsätzlich für alle Bereiche der biologischen Vielfalt gelten, beinhaltet die Natur der genetischen Ressourcen in Landwirtschaft und Ernährung Besonderheiten, die berücksichtigt werden müssen. Diese Ressourcen sind nämlich für das direkte Überleben der Bauern und Bäuerinnen in den Entwicklungsländern unabdingbar und ihre genetische Vielfalt wurde und wird von ihnen entwickelt und gepflegt. Aus diesem Grund hatte das Sekretariat der KBV die FAO gebeten, ein Vertragswerk über den Zugang zu diesen genetischen Ressourcen und ihre Nutzung zu erarbeiten. Grundlage dazu war das 1983 entstandene International Undertaking, das in schwierigen Verhandlungen so angepasst wurde, dass es mit der KBV kompatibel ist. Das neue Abkommen vom November 2001 heisst International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture.

Laut dem Abkommen haben Unterzeichnerstaaten freien Zugang zu genetischen Ressourcen der wichtigsten Kulturpflanzen aller anderen Mitgliedsstaaten und fördern die Erhaltung dieser Ressourcen durch Zahlungen in einen Fonds und durch Technologietransfer. Die Liste der betroffenen Pflanzen umfasst ca. 30 Arten, nur Sojabohne (China) und Tomate (Andenstaaten) gehören nicht dazu.

Patente

Die Debatte um Patente auf Pflanzen und die Angst, Opfer von Biopiraterie bzw. entgangener Gewinnbeteiligung zu werden, überschattete fast alle Aspekte der Verhandlungen um ABS. Auch die Pflanzenzüchter sehen solche Patente zunehmend kritisch, weil sie befürchten, dass sie den Zugang zu Sorten für die Weiterzüchtung erschweren bzw. verteuern, sie beziehen aber nicht klar Stellung dagegen. Die Gruppe der Afrikanischen Staaten lehnt Patente ab.



Terminatortechnologie

Die sogenannte Terminatortechnologie, oder genauer: genetic use restriction technology (GURT), steht seit Jahren im Kreuzfeuer der Kritik.

Eine große Anzahl von Staaten äußerte sich daher kritisch über GURT. Die Gruppe der Afrikanischen Staaten forderte ein Verbot der Kommerzialisierung und Feisetzung dieser Sorten und die Philippinen verlangten sogar einen generellen Bann.

Befürworter propagieren diese Technologie als das Mittel, eine ungewollte Kontaminierung der Umwelt mit gentechnisch veränderten Genen zu verhindern. Eine perverse Umkehr der bisherigen Argumentationslinie, denn es wurde zuvor im-

mer behauptet, dass diese Gefahr sowieso nicht bestehe. Der Einsatz von GURT zum Zweck der Verhinderung von Kontaminationen entspricht ungefähr dem Einsatz von DDT, um die Ameisen auf dem Frühstücksbrot zu bekämpfen.

Verunreinigung in mexikanischem Mais

Die Dringlichkeit des Kontaminationsproblems wurde durch genetischen Verunreinigungen in den Vielfaltszentren des Mais in den mexikanischen Staaten Oaxaca und Puebla hervorgehoben. In Mexiko ist der Anbau von gentechnisch veränderten Sorten verboten, die im September 2001 durch das mexikanische Umweltministerium bestätigte Verunreinigung stammt wahrscheinlich aus Maislieferungen aus den USA.

Die Entdeckung und der Umfang der Verunreinigung kam als ein Schock und wird als eine große Gefahr für die Vielfaltszentren gesehen.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass sich die Politik trotz der Vielzahl und der Dringlichkeit der anstehenden Probleme nur äußerst schleppend vorwärts bewegt. Ungeachtet oder vielleicht auch gerade aufgrund der realen Gefahr, dass die technologische Entwicklung indessen Fakten schafft.

Ursula Gröhn-Wittern

Die Autorin ist Mitglied in der AG Biologische Vielfalt des Forums Umwelt & Entwicklung.

Keine Zulassung von Terminator-Saatgut

Die Welternährung darf nicht von multinationalen Firmen abhängen

Ein kompromissloses Verbot der umstrittenen Terminator-Technologien fordert die internationale Zivilgesellschaft im Vorfeld des Weltgipfels in Johannesburg.

Bisher haben weltweit über eine Milliarde Bauern und Bäuerinnen die genetische Vielfalt kultiviert und an lokal unterschiedliche und sich stetig ändernde Anforderungen angepasst. Diese sich ständig weiterentwickelnde Vielfalt ist die genetische Grundlage der Ernährung künftiger Generationen in Nord und Süd. Genbanken können einen Teil davon konservieren, jedoch kaum weiterentwickeln.

Die Saatgutfirmen scheinen zu glauben, dass sie diese lebendige Vielfalt ersetzen können. Sie haben Gentechnologien entwickelt, mit denen Saatgut unfruchtbar gemacht werden kann. Damit können Bauern nicht mehr wie seit den Ursprüngen der Landwirtschaft üblich, Saatgut aus der eigenen Ernte „nachbauen“.

Durch Terminator-Technologien werden Bauern mehr als bisher von Preisen und der Verfügbarkeit von Saatgut, und Na-

tionen mehr als bisher von Importen abhängig. Nahrungsmittel können wirksamer als politische Waffe eingesetzt und Regierungen durch Konzerne erpresst werden.

Das Landwirtschaftsministerium der USA hat im August 2001 sein Terminator-Patent an Delta & Pineland, die weltgrößte Saatgutfirma für Baumwolle, lizenziert. Delta & Pineland hat seine Absicht bekannt gegeben, die Technologie auf die Märkte zu bringen.

Terminator-Saatgut zur Vermeidung von Gentechnik-Kontaminierung?

Multinationale Saatgutfirmen argumentieren neuerdings, dass Terminator-Technologien die Auskreuzung von gentechnisch veränderten Pflanzen verhindern würden. Damit geben sie letztendlich zu, dass Kontaminierung möglich ist und verhindert werden muss. Die unkontrollierte Verbreitung von Gen-Mais aus US-Nahrungsmittelhilfe in Mexiko, der Ursprungsregion des Mais, lässt die internationale Genbank des CIMMYT in Mexiko bereits einen Sammelstop erwägen, damit die Genbank nicht kontaminiert wird.

Nur Verbote können die Vermarktung der Terminator-Technologien noch verhindern; auf den freiwilligen Verzicht der Firmen scheint kein Verlass zu sein. Terminator-Technologien können Bauern und Verbraucher weltweit in neuem Ausmaß von multinationalen Firmen abhängig machen, und sollten daher weder bei Baumwolle noch bei Nahrungspflanzen eingesetzt werden dürfen.

Deshalb führt das Forum Umwelt und Entwicklung eine Briefaktion durch: Wir bitten möglichst viele Interessierte, die an die Verbraucherschutzministerin Frau Künast und Herrn Diouf, Generaldirektor der FAO zu schreiben, damit sie uns bei der Forderung eines Terminator-Verbotes unterstützen. (1)

Das Falblatt „Schluss mit dem Terminator-Saatgut“ kann bei der Projektstelle bestellt werden.

Susanne Gura

Die Autorin ist Mitarbeiterin beim Projekt Internationale Agrarforschung im Forum Umwelt & Entwicklung. (1)Musterbriefe finden Sie unter <http://www.forumue.de/mehrzumthema/0000001a.html>



Thema Ernährungssicherung muss für die UN wichtiger werden

29. Annual Session des Subcommittee on Nutrition der Vereinten Nationen – Ergebnisse und Eindrücke

Die Sicherung der Ernährung von mittlerweile fast 6 Milliarden Menschen ist eines der zentralen – und leider nach wie vor ungelösten – Probleme der Entwicklungszusammenarbeit: noch immer gibt es auf der Erde 800 Millionen Menschen ohne ausreichenden Zugang zu Nahrung.

Eine Vielzahl von Institutionen hat sich der Verbesserung der Lage dieser Menschen angenommen; das Subcommittee on Nutrition der Vereinten Nationen (ACC/SCN) hat die Aufgabe, die Arbeit dieser Institutionen zu koordinieren, Erfahrungen auszuwerten und Lobbyarbeit für das Thema Ernährungssicherung zu machen.

Zur 29th Annual Session vom 11. bis um 15. März hatte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung das SCN nach Berlin eingeladen, organisiert wurde die Veranstaltung vom Sektorvorhaben Welt-ernährung der GTZ und von der Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft der DSE.

Die Ergebnisse der Sitzungen der einzelnen Stakeholder und der Arbeitsgruppen dieser Konferenz bewegten sich insgesamt im Rahmen der Erwartungen und wiesen nur wenige substanzielle Neuigkeiten auf – der Satz „Es wurde viel erreicht, aber es muss noch viel mehr getan werden“ findet sich so oder sinngemäß in vielen Positionspapieren.

Befürwortet wird die Etablierung eines rechtsverbindlichen Code of Conduct zum Recht auf Nahrung. Besonders die Organisationen der Zivilgesellschaft, aber auch die bilateralen Geber- und Empfängerländer von Entwicklungszusammenarbeit (bilaterals) beabsichtigen, ihre Lobbyarbeit im Vorfeld des Welternährungsgipfel – fünf Jahre später und des im August stattfindenden World Summit on Sustainable Development in Johannesburg zu verstärken. In diese Richtung geht auch der Vorschlag der Bilaterals, die Arbeit des SCN künftig stärker auf advo-

cacy-Aktivitäten auszurichten, wobei die advocacy papers „Nutrition – A Foundation for Development“ eine zentrale Rolle spielen sollen. Durch diese Neuausrichtung soll erreicht werden, dass Fragen der Ernährungssicherung innerhalb der Arbeit der Vereinten Nationen einen höheren Stellenwert bekommen. Auch die NGOs beabsichtigen, ernährungsrelevanten Fragen durch eine stärkere Mitwirkung in internationalen Gremien mehr Gewicht zu verleihen. Von allen Stakeholdern wird verstärktes Capacity Building befürwortet – der Konkurrenzkampf um gut ausgebildete lokale Fachkräfte ist das beste Beispiel für den Nachholbedarf, den es auf diesem Gebiet nach wie vor gibt.

Bei der Beurteilung der eigenen Tätigkeit ist man sich einig, dass einige Arbeitsgruppen die in sie gesetzten Erwartungen noch nicht erfüllen. Defizite werden einerseits bei organisatorischen Fragen und bei der Implementierung des vorhandenen Know-how in praktisch messbare Ergebnisse andererseits diagnostiziert. Die NGOs regen an, im Rahmen der bevorstehenden Umstrukturierung des SCN einige neue Arbeitsgruppen (wie z.B. Nutrition and Development Policy) einzurichten. Insgesamt ist das Bemühen erkennbar, Fragen der Ernährungssicherung in anderen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit – wie zum Beispiel bei der Bekämpfung von HIV/AIDS – größeres Gewicht zu verleihen.

Ernährungssicherung in Krisensituationen

Das in die Konferenz eingebettete Symposium, das in diesem Jahr unter dem Titel „Nutrition in the Context of Crisis and Conflict“ stand, betonte die hohe Bedeutung von Fragen der Ernährungssicherung in Krisensituationen. Zusammenfassend wurde festgestellt, dass bei der Entscheidung, ob in einer Konfliktsituation zur Herstellung von Nahrungsmittelsicherheit interveniert werden soll, sorgfältig zwischen dem Nutzen einer solchen Intervention und möglichen negativen Folgen, wie beispielsweise der Instrumentalisierung von Nahrungsmittelhilfe durch die Konfliktparteien, abgewogen werden

sollte. Auf keinen Fall sollten Lösungen „von der Stange“ angewendet werden – die Vorgehensweise sollte immer an den jeweiligen Konflikt angepasst werden. Auch wenn es manchmal schwer fällt, muss Nothilfe ohne Vorurteile oder Bevorzugung einer Konfliktpartei erfolgen; auch in solchen Situationen muss die Würde des Menschen unbedingt geachtet werden.

Nachhaltige Ernährungssicherung für alle auf dieser Welt lebenden Menschen ist machbar. In Berlin wurde einmal mehr deutlich, dass die Strategien, um dieses Ziel zu erreichen, bekannt sind. Für ihre Umsetzung unabdingbar ist der politische Wille, sie auch anzuwenden, und die Bereitstellung entsprechender Ressourcen.

Auch wenn man kritisch einwenden kann, dass die Hungernden dieser Erde durch Konferenzen und Tagungen nicht satt werden, so bleibt doch festzuhalten, dass die Abstimmung der Strategien und der Arbeitsteilung zwischen den internationalen, den staatlichen und den nicht-staatlichen Organisationen zentral wichtig ist. Sie vermeidet Doppelarbeit und Überschneidungen, die sich in Zeiten knapper Ressourcen niemand leisten kann, und bündelt Erfahrungen und Energien, die für das hochgesteckte Ziel nutzbar gemacht werden müssen. Der ACC/SCN ist in diesem Sinne eine einzigartige Institution des UN-Systems, die bei allen Beteiligten ein hohes fachliches und politisches Ansehen genießt.

Die von den NGOs angeregte bessere geographische und vor allem materielle Zugänglichkeit solcher Veranstaltungen für Teilnehmer aus Empfängerländern, deren Zahl in Berlin niedriger war als bei der letzten Sitzung in Kenia, würde die partnerschaftliche Orientierung des SCN sicherlich noch weiter erhöhen.

Hans Schoeneberger

Der Autor ist Mitarbeiter beim Sektorvorhaben Welt-ernährung BMZ/GTZ.



Die WTO auf dem Weg zu einer Weltwirtschaftsorganisation?

Bericht vom internationalen Seminar zu Investitionen und Wettbewerbsrecht in der WTO; 17.-19. 4. 2002, Brüssel

Das WTO-kritische europäische NRO Netzwerk „Seattle to Brussels“, veranstaltete vom 17.-19. April 2002 ein Seminar zu den entwicklungs- und umweltpolitischen Implikationen der anvisierten Verhandlungen. Ziel war, die kritische Bestandsaufnahme bestehender internationaler Vereinbarungen zu diesen Themen und ihre Bedeutung für die WTO heraus zu arbeiten. Darüber hinaus wurden strategische Ansätze diskutiert, wie Verhandlungen in der WTO noch verhindert und in andere internationale Foren überführt werden können, in denen Nachhaltigkeitsaspekte eine stärkere Rolle spielen.

Bei der letzten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO zählte die vor allem von der EU geforderte Aufnahme von Verhandlungen über die „Singapur-Themen“ Investitionen, Wettbewerbsrecht und öffentliches Beschaffungswesen zu den am heftigsten umstrittenen Fragen. Das drohende Scheitern der Konferenz konnte erst in letzter Minute durch immensen diplomatischen Druck der Industriestaaten und eine widersprüchliche Kompromissformulierung verhindert werden. (vgl. Rundbrief 4/2001) Die EU betont, dass die Aufnahme von Verhandlungen nach der nächsten Ministerkonferenz vereinbart wurde, die im September 2003 in Mexiko stattfinden wird. Dagegen besteht die Mehrzahl der Entwicklungsländer vor allem aus dem südasiatischen, afrikanischen und karibischen Raum darauf, dass vor dem Beginn der Verhandlungen ein expliziter Konsens über die „Modalitäten“ der Verhandlungen festgestellt werden muss. Da der Begriff „Modalitäten“ in der WTO nicht definiert ist und unterschiedlich verwendet wird, ist umstritten, was diese Bedingung konkret bedeutet. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass die Industriestaaten in Mexiko durch politischen und ökonomischen Druck versuchen werden, einen entsprechenden „Konsens“ zu erzwingen.

An der Vorbereitung des Seminars waren, neben Friends of the Earth Europe

und WEED als Hauptorganisatoren, das Forum Umwelt und der EED aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Seminars beteiligt.

Das Seminar war mit vielen VertreterInnen internationaler NRO hochkarätig besetzt. Die ReferentInnen stimmten darin überein, dass die WTO nicht der geeignete Rahmen für multilaterale Abkommen über Investitionen und Wettbewerbsrecht ist. Die zentralen Prinzipien der „Meistbegünstigung“ (Gleichbehandlung aller Mitgliedsstaaten) und Inländerbehandlung (Gleichbehandlung In- und ausländischer Unternehmen), schränken den entwicklungs- und umweltpolitischen Spielraum der Regierung stark ein.

Investoren: Alle Rechte – keine Pflichten?

Zum Thema Investitionen analysierte Olivier Hoedeman vom Corporate Europe Observatory die Gründe für das Scheitern des im Rahmen der OECD geplanten multilateralen Investitionsabkommens (MAI). Die wichtigsten waren der sehr breite Investitionsbegriff, der auch Aktienbesitz umfassen sollte, und die sehr weitgehenden Rechte der Investoren gegenüber den Regierungen der Gastgeberländer. Die breite öffentliche Kampagne gegen das MAI hatte damit viele Ansatzpunkte zur Kritik. Wie berechtigt diese waren, zeigt die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA, in der dem geplanten MAI ähnliche Bestimmungen zum Investitionsschutz gelten. Lori Wallach von Public Citizen beschrieb zahlreiche Fälle, in denen Unternehmen Umweltauflagen als „indirekte Enteignung“ bezeichneten und vor den nicht-öffentlichen Schlichtungsgremien der NAFTA Entschädigung von Regierungen erstritten, auch für die „nicht-realisierten Profite“. Ziel der US-Regierung ist, ein ähnlich weitgehendes Abkommen in der WTO zu verankern. Die EU strebt dagegen zumindest im ersten Schritt ein begrenzteres Abkommen an, das Kritik wie am MAI vermeidet. In ihren Stellungnahmen verwendet die EU viel Raum darauf zu betonen, welche der im MAI angestrebten Regelungen NICHT in die WTO übertragen werden sollen. Sabina Voogd von SOMO gab ei-

nen kurzen Überblick über die bereits bestehenden internationalen Vereinbarungen zum Investitionsschutz. Die wichtigsten sind die über 2000 bilateralen Investitionsabkommen (BITs), von denen viele zwischen Industrie- und Entwicklungsländern geschlossen wurden und die Klagemöglichkeiten der Investoren gegenüber Gastgeberländern enthalten. Dagegen werden die Unternehmen nicht zur Beachtung sozialer und ökologischer Standards verpflichtet. Darüber hinaus gibt es Rahmenvereinbarungen in OECD und Weltbank. Auch in der WTO gibt es bereits investitionsrelevante Bestimmungen, die Lori Wallach darstellte. Die wichtigsten sind das TRIMS-Abkommen, das Auflagen für den Güterhandel im Rahmen von Investitionsmaßnahmen beschränkt (beispielsweise die Verpflichtung, einen bestimmten Teil der Vorprodukte im Gastgeberland einzukaufen) und das GATS-Abkommen, in dem die Gründung von Filialen im Ausland als eine Möglichkeit des Handels mit Dienstleistungen definiert ist. Martin Khor vom Third World Network betonte die Bedeutung der Regulierung von Investitionen bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Staaten Ost- und Südasiens. Diese Politikansätze sind bereits durch das TRIMS-Abkommen zu weitgehend eingeschränkt – es sollte daher für Entwicklungsländer ausgesetzt werden, statt die Kompetenzen der WTO noch auszuweiten. Roy Jones, Vertreter der Gewerkschaften aus OECD-Ländern fordert ähnlich wie Barry Coates vom World Development Movement, verbindliche Verpflichtungen für die Investoren, menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards einzuhalten. Craig Bennett von Friends of the Earth International stellte die Initiative seiner Organisation vor, dies durch eine „Corporate Accountability Convention“ zu erreichen.

Wettbewerbsrecht – keine Regeln für die Weltmärkte

Myriam vander Stichele von SOMO betont die Notwendigkeit staatlicher Wettbewerbsregeln, um große Unternehmen am Missbrauch ihrer Marktmacht zu hindern. Derzeit haben 87 der 144



WTO-Mitglieder ein nationales Wettbewerbsrecht. Industrieländer haben dabei ausgefeiltere Regeln, die effektiver umgesetzt werden als die in Entwicklungsländern. Die EU hat das am weitesten entwickelte Wettbewerbsrecht für einen regionalen Markt. Für die Weltmärkte gibt es keine verbindlichen Regeln, obwohl dort große Unternehmen aus den Industrieländern über große Marktmacht verfügen. Auf UN-Ebene gibt es das nicht bindende Abkommen gegen „restriktive Geschäftspraktiken“ (RBPs) das von UNCTAD administriert wird, und dem die großen international agierenden Unternehmen ablehnend gegenüber stehen.

Vice Yu von Friends of the Earth International und Martin Khor machten deutlich dass die Vorschläge von EU und USA, Wettbewerbsrecht in der WTO zu verankern nicht darauf abzielen, verbindlichere Regeln für die Weltmärkte durchzusetzen. Vielmehr sollen einheitliche Mindeststandards für die nationalen Gesetze durchgesetzt werden. Ziel ist die Öffnung der Märkte der Entwicklungslän-

der, auf denen aufgrund ihres geringen Volumens einheimische Firmen leicht eine dominierende Position erhalten. Der Wettbewerb mit transnationalen Unternehmen, den ein nach den Prinzipien der Meistbegünstigung und Inländerbehandlung gestaltetes Wettbewerbsrecht erzwingen würde, würde die Existenz dieser Unternehmen gefährden. Die Entwicklungsländer brauchen daher Flexibilität in ihrem nationalen Wettbewerbsrecht und Schutz vor der beherrschenden Stellung der Konzerne auf dem Weltmarkt. Notwendig ist daher die Stärkung des UN-Abkommens gegen RBPs und UNCTAD. Kamala Dawar von Consumers International stellte eine Studie ihrer Organisation zum Wettbewerbsrecht in Entwicklungsländern vor. Sie empfiehlt ebenfalls die Stärkung von UNCTAD und die Kapazitätsentwicklung der Behörden in Entwicklungsländern. Consumers International ist an effektiven internationalen Wettbewerbsregeln interessiert, die von einer „fairen“ Institution administriert werden sollten.

NRO werden aktiv

Die vertretenen NRO kamen überein, an diesem für die nachhaltige Entwicklung zentralen Thema verstärkt weiter zu arbeiten. Für dieses Jahr sind noch eine gemeinsame Stellungnahme gegen die neuen Themen in der WTO und eine Broschüre des Seattle to Brussels Netzwerks geplant. Das Forum Umwelt und Entwicklung wird sich im Rahmen des Projekts zu Handel, Umwelt und nachhaltiger Entwicklung vor allem mit den ökologischen Implikationen des internationalen Investitionsregimes auseinandersetzen.

Ein ausführlicher Seminarbericht, sowie Hintergrundmaterialien (beides in englischer Sprache) sind auf Anfrage beim Handelsprojekt des Forum Umwelt und Entwicklung erhältlich:
handelsprojekt@forumue.de,
0228/3681010

Tobias Reichert

Der Autor ist Mitarbeiter in der Projektstelle Handel im Forum Umwelt & Entwicklung und einer der Koordinatoren der AG Handel.

Harte Fakten und schwere Entscheidungen:

UNO-Umweltprogramm veröffentlicht Umweltbericht „GEO 3“ über den Zustand der Umwelt in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

LONDON, 22. Mai 2002 (UNEP) — Wenn in den nächsten 30 Jahren nicht dringende Maßnahmen ergriffen werden, könnten mehr als 70 Prozent der Landfläche auf der Erde durch Straßenbau, Bergbau, Siedlungen und sonstige Weiterentwicklungen der Infrastruktur beeinträchtigt werden.

Mit den stärksten Konsequenzen müssen Lateinamerika und die Karibikregion rechnen, wo mehr als 80 Prozent des Bodens betroffen sein werden; dicht gefolgt von Asien und der Pazifikregion. Hier könnten mehr als 75 Prozent der Bodenfläche auf Grund rascher und schlecht geplanter Erweiterungen der Infrastruktur durch Lärm, Störungen von Biotopen und andere Umweltschäden beeinträchtigt werden.

Gleichzeitig könnten bis 2032 mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Gegenden mit extremem Wassermangel leben, wenn weltweite Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nur von den Kräften des Marktes bestimmt werden. Das westliche Asien, zu dem auch Gebiete wie die Arabische Halbinsel gehören, dürfte zu den am stärksten betroffenen Regionen gehören: Hier werden 2032 voraussichtlich 90 Prozent der Bevölkerung in Gebieten mit extremer Wasserknappheit leben.

Gleichzeitig jedoch scheint sich bei der Anzahl der Hungernden in der Welt eine rückläufige Tendenz abzuzeichnen. Einem Zukunftsszenario zufolge wird der Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung bis 2032 auf bis zu 2,5 Prozent

sinken - was den Zielen der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen entspreche.

Durch konzertierte Maßnahmen unter Einbeziehung der Regierungen, der Industrie und des einzelnen Bürgers könnte sich der Ausstoß an Treibhausgasen drastisch reduzieren lassen. Bei ausreichend gutem Willen seitens der staatlichen und privaten Stellen könnte sich der Kohlendioxidanteil in der Atmosphäre bis 2032 stabilisieren.

Dies sind nur einige prägnante Ergebnisse des bahnbrechenden globalen Umweltberichts „Global Environment Outlook-3“ (GEO-3), der vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) herausgegeben wurde. In der Studie wird ein eingehender Blick auf die Politik und



Umweltauswirkungen der letzten 30 Jahren geworfen; anschließend werden für die nächsten drei Jahrzehnte vier Politikansätze beschrieben und die wahrscheinlichen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt gegenübergestellt und verglichen.

Die mehr als 1.000 am Bericht beteiligten Fachleute, von denen viele in einem weltweiten Netz kooperierender Forschungszentren arbeiten, sehen den Planeten an einem Scheideweg: Welche Entscheidungen heute getroffen werden, wird sich nachhaltig auf die Wälder, Meere, Flüsse, Berge, Tierwelt und auf andere lebenserhaltende Systeme auswirken, auf die heutige und künftige Generationen angewiesen sind.

Durch die zunehmende Umweltbelastung der Erde werden die Menschen immer häufiger von Naturkatastrophen (vgl. Kapitel 3 im GEO-3 Bericht) wie Zyklonen, Überschwemmungen und Dürren heimgesucht, betont der Bericht. Dadurch geriet auch die Versorgung mit Lebensmitteln zunehmend in Gefahr. Besonders gefährdet sind Arme, Kranke und Benachteiligte - sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch in verschiedenen Län-

dern und Regionen. Vieles weist darauf hin, dass sich die Kluft zwischen Menschen, die eine erhöhte Umweltbelastung bewältigen können, und anderen Teilen der Weltbevölkerung vertieft.

Schätzungen zufolge ist die Zahl der von Naturkatastrophen betroffenen Menschen von durchschnittlich 147 Millionen jährlich in den achtziger Jahren auf 211 Millionen jährlich in den neunziger Jahren gestiegen. Die weltweiten finanziellen Verluste durch Naturkatastrophen beliefen sich 1999 auf schätzungsweise mehr als 100 Milliarden US-Dollar.

Gleichzeitig ist der Anteil der vom Wetter verursachten Katastrophen gewachsen, was einige Experten auf die Klimaveränderung durch vom Menschen erzeugte Emissionen zurückführen. In den neunziger Jahren kamen von allen Opfern von Naturkatastrophen 90 Prozent bei Überschwemmungen, Stürmen und Dürren um. Generell zeichnet sich hinter praktisch allen Einschätzungen und Prognosen des Berichts das Gespenst des Treibhauseffektes ab, der in den kommenden Jahrzehnten die Wetterabläufe dauerhaft schädigen könnte.

Nach Einschätzung von GEO-3 verursachen die Umweltschäden den Ländern auch noch andere Kosten. So verliert zum Beispiel Indien jährlich 10 Milliarden US-Dollar bzw. 4,5 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts; allein die Kosten für Produktionsausfälle durch vom Menschen

verursachte Bodendegradation belaufen sich auf 2,4 Milliarden Dollar.

Gleichzeitig erhöhen sich mit sinkender Umweltqualität die gesundheitlichen Risiken. So nennt der Bericht zum Beispiel die Verschmutzung der Meere als Ursache einer „beschleunigten Gesundheitskrise gewaltiger Ausmaße“. Allein durch den Verzehr verseuchter Schalentiere erkranken jährlich ca. 2,5 Millionen Menschen an infektiöser Hepatitis; von ihnen sterben 25.000, während weitere 25.000 nach Leberschäden an langfristigen Behinderungen leiden.

Als eine der wichtigsten treibenden Kräfte wird in GEO-3 die wachsende Kluft zwischen den reichen und armen Teilen der Erde bezeichnet. Zurzeit genießt ein Fünftel der Erdbevölkerung einen hohen - manche würden sagen exzessiven - Lebensstandard. Dieses Fünftel vereinigt auf sich beinahe 90 Prozent des weltweiten persönlichen Konsums. Gleichzeitig müssen etwa vier Milliarden Menschen mit weniger als 1-2 US-Dollar pro Tag auskommen.

Weitere Einzelheiten des GEO3 Berichtes finden Sie auf der Internetseite von UNIC Bonn, unter <http://www.uno.de/umwelt/unep/geo3.htm>



Veranstaltungen/Termine

Grüne Gentechnik und Ernährungssicherung

Tagung

28. - 29. Juni 2002

Französische Friedrichstadtkirche, Berlin-Mitte

10 Jahre nach dem Weltumweltgipfel von Rio ist die Diskussion über den möglichen Stellenwert der Gentechnologie in der Landwirtschaft noch keinen Schritt weiter gekommen. Der internationale Druck nimmt zu, der „Grünen Gentechnik“ jetzt den Weg zu öffnen, wie etwa durch die Aufhebung des Moratoriums in der EU. Das gilt aber auch für ihre Anwendung in Entwicklungsländern. Dabei ist das wichtigste Argument für die verstärkte Forschung und Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen und Nahrungsmittel, dass zwei große Herausforderungen der Menschheit gemeinsam gelöst werden können: die langfristige Sicherung der Welternährung und die Umweltprobleme der Landwirtschaft. Dabei kommt den Positionen der Entwicklungsländern eine große Bedeutung zu. Gibt es mögliche Alternativen zur Gentechnik? Können sie die von der Gentechnik gemachten Versprechungen einlösen? In den Entwicklungsländern wird häufig die Bewegung des „standortgerechten Landbaus“ befürwortet, die alle Formern der „Low External Input Agriculture“ einschließt, auch die der organischen Landwirtschaft. Ihre VertreterInnen reklamieren für sich, dass die grüne Gentechnik nicht benötigt wird und dass die Probleme des Hungers und der Umweltzerstörung mit Hilfe eines verbesserten Wissens der Bauern um ökologische Zusammenhänge weniger risikoreich und weniger aufwändig gelöst werden können.

Die Tagung nimmt diese stark entwicklungsländerbezogene Debatte auf und versucht, sie im Kontext des bevorstehenden Gipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg und der Positionie-

rung der Bundesregierung in der Auseinandersetzung um eine internationale Agrarwende zu betrachten.

Informationen:

Belinda Elter

Ev. Akademie zu Berlin

Charlottenstr. 53/54

10117 Berlin

Tel.: 030-20355407

Fax: 030-20355550

E-Mail: elter@eaberlin.de

www.eaberlin.de

Agenda-Gipfel – Markt der Möglichkeiten: Schaufenster der Lokalen Agenda-Aktivitäten Baden-Württembergs

29. Juni 2002

Messe, Stuttgart

Auf dem Agenda-Gipfel am 29. Juni 2002 in der Messe in Stuttgart werden Aktivitäten und Projekte der Lokalen Agenda aus dem ganzen Land präsentiert. Als Rahmenveranstaltung bietet der Markt der Möglichkeiten einen bunten Blick auf konkrete Agenda-Projekte. An Info-Ständen stellen Kommunen, Initiativen und Arbeitsgruppen aus ganz Baden-Württemberg die große Vielfalt ihrer Aktivitäten vor. Umrahmt wird die Ausstellung mit einem bunten Strauss Agenda-Kultur: Skulpturen „Agenda-People“, afrikanische Tanzvorführungen, und vieles weitere mehr. PREISVERLEIHUNG „KONKRETE PROJEKTE ZUR LOKALEN AGENDA 21 – 2002“ - Mit dem Wettbewerb „Konkrete Projekte zur Lokalen Agenda 21“ fördert das Ministerium für Umwelt und Verkehr seit 1999 mit jeweils 500.000 Euro Projekte in Kommunen und Landkreisen. Bei dem Wettbewerb 2002 wurden von den 232 eingereichten Anträgen 52 von einer Jury zur Förderung ausgewählt.

ERFAHRUNGSAUSTAUSCH FÜR AGENDA-AKTIVE – Hier wird während der Veranstaltung vielen Agenda-Aktiven die Möglichkeit eines Erfahrungsaustauschs geschaffen. Als Schwerpunktthemen sind vorgesehen: Moderation von Agenda-Gruppen, Um-

welt und Naturschutz, Energie und Klimaschutz, Verkehr und Stadtentwicklung, Soziales und Freizeit.

Informationen:

Kongressbüro Stuttgart

Agendagipfel „Rio+10“

Berliner Platz 1

70174 Stuttgart

Tel.: 0721-9831450

Fax: 0711-2027766

E-Mail: info@congress-stuttgart.de

www.congress-stuttgart.de/agendagipfel

Trommeln für Johannesburg – NRW-Frauen verschaffen sich Gehör

Frauenkonferenz

3. Juli 2002

Malkasten, Düsseldorf

Mit dem Titel „Trommeln für Johannesburg – NRW-Frauen verschaffen sich Gehör“ lädt die nordrhein-westfälische Umweltministerin Bärbel Höhn zu einer eintägigen Frauenkonferenz ein. Die einleitende Gesprächsrunde gibt einen Überblick über die AGENDA-21-Aktivitäten und den Stand der Vorbereitungen zum World Summit in Johannesburg auf internationaler, Bundes-, Landes- und lokaler Ebene. In Workshops haben die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, die für ihre Arbeit relevanten internationalen Empfehlungen für den Weltgipfel zu diskutieren, zu kommentieren und zu ergänzen. Die im Plenum zusammengetragenen Ergebnisse werden Ministerin Bärbel Höhn als Resolution der NRW-Frauen mit auf den Weg nach Johannesburg gegeben. Ab Juni werden die Texte aus den internationalen Vorbereitungskonferenzen im Internet bereitgestellt unter: www.frauenundagenda21.nrw.de

Informationen:

Institut Umwelt & Beratung (iub)

Petra Wiemann-Schmidt

Tel./Fax: 0202-383 422

E-Mail: pwse@aol.com

Den globalen Wandel im Blick – 10 Jahre WBGU

Jubiläumsfeier

3. Juli 2002

Landesvertretung Bremen, Berlin
Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wurde 1992 eingerichtet. Er wertet wissenschaftliche Erkenntnisse aus allen Bereichen des Globalen Wandels aus und erarbeitet Handlungs- und Forschungsempfehlungen für die Politik. Seine Aufgabe ist es, auf neue Problemfelder hinzuweisen, Forschungsdefizite aufzuzeigen und die Öffentlichkeit zu informieren. Der Beirat ist unabhängig, interdisziplinär und ausschließlich mit Wissenschaftlern besetzt. In Zahlreichen Gutachten, die stets auf Deutsch und Englisch veröffentlicht werden, hat der WBGU zu aktuellen Problemen der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik Stellung bezogen. Anlässlich des Jubiläums wird Professor Klaus Töpfer einen Festvortrag halten. Daran schließt sich eine Podiumsdiskussion zum Gipfel für nachhaltige Entwicklung mit dem Thema „Globale Nachhaltigkeit – Auf dem richtigen Weg?“ an. Die Festveranstaltung klingt mit einem Empfang aus.

Informationen:

WBGU

Reichpietschufer 60-62

10785 Berlin

Tel.: 030-2639480

Fax: 030-26394850

E-Mail: wbg@wbg.u.de

www.wbg.u.de



Veranstaltungen/Termine

Zukunft. Gestalten. Mitmachen. Johannesburg-Aktionswoche der Lokalen Agenda 21 in NRW

*Programm Auftaktveranstaltung
3. Juli 2002*

Kaue, Gelsenkirchen

Zehn Jahre nach Rio startet Ende August 2002 der UN-Erdgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Allein in NRW haben inzwischen mehr als 260 Kommunen unter dem Motto „Global denken – lokal handeln“ den Beschluss gefasst, sich sozial, ökonomisch und ökologisch gerecht und damit nachhaltig zu entwickeln. Grund genug um mit einer landesweiten Aktionswoche vom 3.7. – 9.7.2002 eine Zwischenbilanz der lokalen Agendaprozesse zu ziehen, Erfolge aufzuzeigen und die Motivation aller Beteiligten zu stärken! In zahlreichen Städten werden unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Wolfgang Clement und Ministerin Bärbel Höhn bunte und vielfältige Aktionen und Projekte durchgeführt.

Informationen:

LAG 21 e.V.

Dr. Klaus Reuter

Budapester Str. 11

53111 Bonn

Tel.: 0228-4337001

E-Mail: lag21@t-online.de

Treffpunkt Recyclingpapier – Nachhaltigkeit konkret

Fachkongress

4. Juli 2002

Stadthalle Wuppertal

Zu diesem eintägigen Fachkongress lädt die Initiative 2000plus erstmals ein. Hier werden globale und lokale Dimensionen nachhaltigen Handelns am Beispiel des Produktes Papier konkretisiert. Die Initiative 2000plus ist ein Zusammenschluss von 10 Verbraucher- und Umweltverbänden in NRW, die sich für den Einsatz von Recyclingpapier einsetzen. Mit dem mes-
seähnlichen Arrangement aus Po-

diumsdiskussion, Fachinformation und Produkt- bzw. Kunstpräsentation soll ein möglichst breites Publikum angesprochen werden, die täglich mit Papier arbeiten. Es werden Wege aufgezeigt, wie ressourcenschonendes Handeln in Schulen, Kommunen, Institutionen, Organisationen, Unternehmen und auch im Privatbereich erfolgreich realisiert werden kann. MultiplikatorInnen finden konkrete Anregungen für die Einbindung des Themas in Agenda 21- und umweltschutzbezogene Aktivitäten. Das Podiumsprogramm mit interessanten Gästen eröffnet im Tagesverlauf verschiedene Blickwinkel auf globale und lokale Zusammenhänge des Alltagsproduktes Papier.

Parallel dazu informiert ganztags ein Infocenter ausführlich über die ökologischen, ökonomischen und sozialen Vorteile der Nutzung von Recyclingpapier. In moderierten Fachworkshops am Nachmittag werden aktuelle Fachinformationen und Best-Practice-Beispiele vorgestellt. Die TeilnehmerInnen haben dort die Möglichkeit, mit ExpertInnen der Papierfirmen, Bürotechnik und der Umweltverbände zu diskutieren. Das Programm ist im Internet unter: www.vub.umweltberatung.de zu finden.

Informationen:

Für die Initiative 2000plus

Verband für Umweltberatung

NRW e.V.

Petra Wiemann-Schmidt

Thusneldastr. 47

45329 Essen

Tel./Fax: 0201-383 422

E-Mail: pwse@aol.com

Das solare Regierungsviertel Berlin – eine Brücke ins Solar- zeitalter

Internationales Symposium im

Rahmen des XXI. Architektur-

Weltkongresses

26. – 27. Juli 2002

Reichstag Berlin

Im Jahr 1992 veranstaltete EUROSOLAR im Reichstags-Gebäude in Berlin, bevor dessen Umbau begann, das Symposium

„Das solare Regierungsviertel“. Diesem lag die Idee zugrunde, mit den im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit stehenden Um- und Neubauten für den deutschen Bundestag und die Bundesregierung ein unübersehbares Beispiel für energetisch optimiertes Bauen und die Nutzung der Solarenergie zu setzen. Die Parlaments- und Regierungsgebäude sind nun fertiggestellt. Sie wurden zu Bausteinen für die Entwicklung solarer Architektur. Die verschiedenen Gestaltungsformen der Gebäude und die sich daraus ergebenden unterschiedlichen energetischen Konzepte demonstrieren ein breites Spektrum von Ansätzen. Das Symposium behandelt Grundsatzfragen des ökologischen Bauens als Jahrhundertherausforderung. Es stellt die Energiekonzepte der Parlaments- und Regierungsbauten vor und bietet zum Abschluss eine Exkursion zu diesen Bauten an. Konferenzvorsitz hat Dr. Hermann Scheer, MdB; Konferenzsprache ist Deutsch/Englisch

Informationen:

EUROSOLAR e.V.

Kaiser-Friedrich-Str. 11

53113 Bonn

Fax: 0228-361279 / 361213

E-Mail:

inter_office@eurosolar.org

Neuer Schub für die Umset- zung der Agenda 21 in Nie- dersachsen

Niedersächsischer Agenda-Kon-

vent

23. August 2002

Hannover

Informationen

ECOLOG-Institut

Dieter Behrendt

Nieschlagstr. 26

30449 Hannover

Tel.: 0511-9245646

Fax: 0511-9245648

E-Mail:

mailbox@ecolog-institut.de

Patente, Profite und AIDS

Internationale Konferenz

3. - 5. Oktober 2002

Evangelische Akademie Bad

Boll

Das Internationale Abkommen zum Schutz des geistigen Eigentums (TRIPS) verpflichtet auch Entwicklungsländer neue, unentbehrliche Arzneimittel unter Patentschutz zu stellen. Gerade neue AIDS-Medikamente werden so unbezahlbar für die Armen. Die Anwendung von Ausnahmeregeln werden von der Industrie und Industrienationen verhindert. Die Aufgabe der Konferenz ist die Suche nach Strategien und Lösungsmodellen, die den Zugang aller zu patentgeschützten unentbehrlichen Arzneimitteln dauerhaft sichern helfen. Konferenzsprache ist Englisch! Tagungs-Nr.: 46 06 02

Informationen:

Evangelische Akademie Bad Boll

Frau Segatz

Tel.: 07164-79384

Fax: 07164-791251

E-Mail: doris.segatz@ev-akade-

mie-boll.de





Kampagnen

Auf Kinderfüßen durch die Welt – Kinder-Kampagne im Vorfeld des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg

Kinder im Alter von 4 bis 10 Jahren werden bei dieser Kampagne des VCD und Klimabündnisses angesprochen, spielerisch etwas über den Zusammenhang von Klimawandel, Verkehr und eigenem Verhalten zu lernen. Ziel der Aktion ist es, ein Bewusstsein für umweltschonende Fortbewegung zu fördern und diese im Alltag dauerhaft zu verankern. In der Zeit von Juni bis Mitte August legen die Kinder in einer Aktionswoche ihre Alltagswege umweltschonend zu Fuß, mit Roller oder Rad, per Bus oder Bahn zurück. Jeder so beschrittene Weg bringt eine Grüne Meile und einen Aufkleber für das zugehörige Sammelalbum. Die Kindergartengruppen und Schulklassen tragen ihre Grünen Meilen zusammen und stellen die Ergebnisse gemeinsam mit allen örtlichen Einrichtungen auf einer kommunalen Abschlussveranstaltung der Öffentlichkeit vor.

Seit dem ersten Juni können sich Kindereinigungen, Grundschulen und Kommunen anmelden und die von VCD und Klimabündnis erstellten Materialien anfordern. Sie reichen vom Grüne-Meilen-Sammelalbum über den Fragebogen für Verkehrsdetektive bis zum Begleitheft für Lehrerinnen und Erzieher. Zum Abschluss der Kampagne überreichen Kinder Ende August alle bundesweit gesammelten Grünen Meilen an Bundesumweltminister Trittin symbolisch für seine Reise nach Johannesburg. Damit kann er "den Großen" zeigen, welchen Beitrag "die Kleinen" in Deutschland bereits zu einer nachhaltigen Mobilität geleistet haben.

Informationen für Kommunen, Kindergärten und Grundschulen:
Claudia Schury
Klima-Bündnis
Tel.: 069-717139-14
E-Mail: c.schury@klimabuendnis.org
Internet: www.kinder-meilen.de

Nationale und Europäische SOLARPREISE 2002

Die Nationalen und Europäischen Solarpreise werden von EUROSOLAR seit 1994 an Gemeinden, kommunale Unternehmen, private Personen, Ingenieure, Architekten, Eigentümer von Anlagen sowie an Organisationen vergeben, die sich besonders um die Nutzung Erneuerbarer Energien verdient gemacht haben. Die Preisvergabe soll das Thema Erneuerbare Energien in die breite Öffentlichkeit tragen und diese stärker als bisher zu einer allgemeinen Solarenergiebewegung mobilisieren. Es werden herausragende innovative Projekte und Initiativen von Anwendungen Erneuerbarer Energien in sieben verschiedenen Preiskategorien ausgezeichnet. Die Europäischen Solarpreise werden von EUROSOLAR in Zusammenarbeit mit der KfW zugleich in mehreren europäischen Ländern ausgeschrieben und durch die jeweiligen nationalen EUROSOLAR-Sektionen vergeben. Aus den Bewerbern für die jeweiligen nationalen Solarpreise werden dann die einzelnen Preisträger für die Europäischen Solarpreise ermittelt. Die öffentliche Ausschreibung und Vergabe der Solarpreise erfolgt auf nationaler Ebene jeweils in sieben verschiedenen Bereichen für Städte/Gemeinden/Stadtwerke; Industrielle/kommerzielle Unternehmen, Betriebe, Landwirte; Eigentümer/Betreiber von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien; Lokale/regionale Vereine als Förderer von Projekten für Erneuerbare Energien; Solares Bauen; Medienpreis für einen Journalisten, Autor oder ein Medium für Berichte oder Darstellungen zu Erneuerbaren Energien; Sonderpreis für Transportsysteme mit Erneuerbaren Energien. Vorschläge für Projekte aus den sieben verschiedenen Preiskategorien können in schriftlicher Form (max. 5 maschinengeschriebene DIN-A4-Seiten) in dreifacher Ausfertigung bei der EUROSOLAR-Hauptgeschäftsstelle in Bonn eingereicht werden. Prinzipiell kann jeder eine ande-

re Person oder Institution für die Preisverleihung vorschlagen; Selbstvorschläge sind möglich. Die eingereichten Unterlagen sollen die Projekte möglichst genau beschreiben und deutlich erkennbar machen, dass die Erneuerbaren Energien einen besonderen Stellenwert einnehmen. Grundsätzlich sollten zur Projektbeschreibung Projektzeichnungen und Fotos eingereicht werden. Anmeldeschluss ist der 31. August (Stichtag).

Informationen:
EUROSOLAR e.V.
Kaiser-Friedrich-Str. 11
D-53113 Bonn
Fax: 0228-36 12 79
E-Mail:
inter_office@eurosolar.org

KinderKulturKarawane 2002

Auch in diesem Jahr wird es wieder eine KinderKulturKarawane geben. 6 Kinder- und Jugendkulturgruppen aus vier Kontinenten kommen nach Deutschland, um ihr Können zu präsentieren. Gemeinsam ist diesen Gruppen, dass sie aus sozialen Projekten mit Straßenkindern, Kinderarbeitern, Flüchtlingen, Kriegs- und Aids-waisen oder mit Kinder und Jugendlichen in extrem armen Regionen stammen. Alle Gruppe spielen sowohl vor Kinder/Jugendlichen als auch vor Erwachsenen. Zudem geben alle Gruppen auch Workshops in ihrem 'Metier'. Weitere Informationen sind im Internet zu finden unter www.kinderkulturkarawane.de.

Informationen:
KinderKulturKarawane 2002
Büro für Kultur- und Medienprojekte
Postfach 500161
22701 Hamburg
Tel.: 040-39900060
Fax: 040-3902564
E-Mail: info@kinderkulturkarawane.de

Umschalten – ganz einfach Sprit sparen

Der Verkehrsbereich gehört seit jeher zu den Sorgenkindern, wenn es um die Umsetzung der

nationalen Klimaschutzziele geht. Während die CO₂-Emissionen im vergangenen Jahrzehnt um insgesamt 15 Prozent zurück gegangen sind, sind die des Verkehrs um mehr als 11 Prozent angestiegen. Forscher gehen davon aus, dass dieser Trend noch einige Jahre anhalten wird. Steigende Spritpreise führen seit zwei Jahren zwar erstmals zu einem Rückgang des Spritverbrauchs - doch das reicht noch lange nicht aus. Der NABU hat daher im Oktober 2001 das Projekt "Umschalten - ganz einfach Sprit sparen" gestartet. Das Projekt leistet einen praktischen Beitrag zur CO₂-Minderung und somit zum Klimaschutz. In Zusammenarbeit mit regionalen NABU-Gruppen werden in insgesamt 12 Städten Spritspar-Eventtage inklusive Testtrainings veranstaltet. Unterstützt durch das Profi-Team der Volkswagen AG können BesucherInnen in bereitgestellte Fahrzeuge einsteigen und testen, wie sie ihren Spritverbrauch um bis zu 30 Prozent senken können - und damit ihren Geldbeutel wie auch das Klima schonen. Kostenlos teilnehmen kann Jede bzw. Jeder, der einen Führerschein besitzt. Die Veranstaltungstermine der NABU Spritspar-Eventtage 2002: 25.5. Freiburg, 8.6. Korbach, 15.6. Überlingen, 6.7. Mainz, 10.8. Langenhagen, 17.8. Wolfenbüttel, 24.8. Saarbrücken, 28.9. Schwäbisch Hall.

Informationen:
Dr. Frank Musiol
NABU
Herbert-Rabius-Str. 26
53225 Bonn
Tel.: 0228-4036-164
Fax: 0228-4036-203
E-Mail: Frank.Musiol@nabu.de
Internet: www.NABU.de



Publikationen

Lokale Agenda 21 und Naturschutz. Praxisleitfaden

Der Praxisleitfaden beschreibt die unterschiedlichen Aspekte der Integration von Naturschutz und Lokaler Agenda 21. Ausgehend von der Darstellung von Aufgaben und Zielen des Naturschutzes und der Einbindung des Handlungsfelds in Agenda-Prozesse werden unterschiedliche Maßnahmen erläutert sowie Akteurs- und Kooperationsbeziehungen betrachtet. Dabei stellen die Ergebnisse einer Difu-Umfrage (Deutsches Institut für Urbanistik) zur bundesweiten Bestandserhebung und -analyse in den Kommunen einen engen Praxisbezug her. Im Weiteren dokumentiert der Leitfaden etwa 40 Naturschutzprojekte, die in deutschen Kommunen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 realisiert wurden. Diese werden, gegliedert nach den städtischen oder dörflichen Teilräumen, ausführlich in Wort und Bild dargestellt. Der

Leitfaden gibt vielfältige und praxisnahe Anregungen für Agenda-Gruppen, für Akteure des ehrenamtlichen und behördlichen Naturschutzes, aber auch für Unternehmen, Bildungsträger und Kommunalpolitiker/innen.

Bezug:
ISBN 3-88118-316-7,
Deutsches Institut für Urbanistik,
PF 120321,
10593 Berlin,
Tel.: 030-39001208/209,
Fax: 030-3900127560,
E-Mail: pressestelle@difu.de,
www.difu.de/publikationen,
€ 22,50



Waldschutz als politische Aufgabe

Dieses Positionspapier der AG Wälder des Forums Umwelt & Entwicklung gibt einen Überblick über die internationale, europäische und die deutsche Waldpolitik seit Rio 1992. Es teilt

Trends in der Entwicklung des globalen Waldbestandes mit, setzt die Waldpolitik in Bezug zu Klima, Forst- und Plantagenprojekte, Biodiversität, Weltbank WTO und Zertifizierung. Es werden neue Fakten und vor allem Positionen und Forderungen für eine nachhaltige Waldpolitik formuliert. Weitere Themen, die diskutiert werden, sind: Das Nationale Waldprogramm, die EU und die Wälder, Wald in der Nachhaltigkeitsdebatte, Papiernutzung und Waldschutz und letztlich Lokale Agenda und Wald.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10,
53177 Bonn, T
el.: 0228-359704,
Fax: 0228-92399356,
E-Mail: info@forumue.de,
www.forumue.de,
www.rio-10.de,
kostenlos.

Agrar-Öko-Audit: Agrarwende mit System

Dieses neue Buch stellt Theorie und Praxis des Agrar-Öko-Audit und dessen Perspektiven für eine umfassende Prozesskontrolle in der Agrarwirtschaft vor. Es basiert auf den Ergebnissen eines Workshops, den der Deutsche Naturschutzring (DNR) im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) am 21. Januar 2001 durchgeführt hat. In dem

Sammelband, bestehend aus Workshop-Dokumentation und ergänzenden Beiträgen, werden die politischen Rahmenbedingungen, die praktischen Erfahrungen und die angewendeten Methoden und Bewertungskriterien beim Öko-Audit in der Landwirtschaft von insgesamt 32 Autoren interdisziplinär abgehandelt.

Die Einführung in das Thema stammt von Dr. Volker Sklenar, Thüringer Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, der über gute Erfahrungen mit dem Agrar-Öko-Audit in Thüringen berichtet und mit seinem Beitrag „Mut zum Handeln“ macht. Es folgen die Positionen des Land-

wirtschaftsministeriums (BMVEL), des Umweltministeriums (BMU), des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und des Deutschen Naturschutzringes (DNR) zum Stellenwert und zur Bedeutung des Öko-Audits in der Landwirtschaft. Ausführlich dargestellt wird das von der Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft entwickelte „Umweltsicherungssystem Landwirtschaft (USL)“, das als Methodenbaustein für ein Agrar-Öko-Audit eingesetzt werden kann. Länderberichte aus Thüringen, Sachsen, Hessen, Schleswig-Holstein und ein Beitrag aus Frankreich machen die Vielfalt des Umweltsicherungsengagements in der Landwirtschaft deutlich. Die Fragen der Honorierung ökologischer Leistungen, der Einsatz von Indikatoren und die Anwendung von EMAS II in den Modellregionen werden ebenfalls abgehandelt. Klare Aussagen enthält das Buch zur Notwendigkeit von standardisierten Umweltmanagementsystemen für den praktizierenden Unternehmer-Landwirt. Am Ende des Bandes findet der Leser eine instruktive Zusammenfassung in Deutsch, Englisch und Französisch.

Bezug:
ISBN 3-7690-0606-2,
DLG-Verlag,
Eschborner Landstr. 122,
60489 Frankfurt,
Tel.: 069-24788-466,
Fax: 069-24788-480,
E-Mail:
dlg-verlag@DLG-Frankfurt.de,
www.dlg-verlag.de,
€ 24,90.

Ökologie – Die neue Farbe der Gerechtigkeit Ein Memorandum für den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung

Rio, Kyoto, Johannesburg - eine lange Kette vieler Versprechen und weniger Taten? Es ist unklar, was der südafrikanische Weltgipfel erreichen kann. Unstrittig dagegen ist, dass etwas getan werden muss. Was müsste also die Agenda des kommenden Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung und die nachfolgenden

Neuerscheinungen im Forum Umwelt & Entwicklung zum WELTERNÄHRUNGSGIPFEL und zum Thema WELTHUNGER

- Posterserie bestehend aus vier Postern: je eines zum Thema Agrarsubventionen, Klimawandel, Exportproduktion in Entwicklungsländern und Gentechnik /Patente als Ursache von Hunger. Die Poster haben ein Eindrucksfeld, auf dem eigene Veranstaltungen angekündigt werden können. Größe: DIN A
- Powerpoint Präsentation für einen 30 minütigen Vortrag zum Thema Welternährungsgipfel (per email, ca 500 kB)
- Flyer "Den Hunger beenden - Das Menschenrecht auf Nahrung durchsetzen: Forderungen an die Bundesregierung zum Welternährungsgipfel im Juni 2002 in Rom"
- Flyer "Wer verantwortet den Hunger in der Welt? - Staaten, internationale Organisationen und Unternehmen in der Pflicht"
- Flyer "Schluss mit dem Terminator-Saatgut: Die Abhängigkeit der Welternährung von multinationalen Firmen braucht Grenzen"

Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10,
53177 Bonn, Tel.: 0228-359704, Fax: 0228-92399356,
E-Mail: info@forumue.de, www.forumue.de, www.rio-10.de,
kostenlos.



Jahre bestimmen? Eine 16-köpfige Gruppe von Aktivisten, Intellektuellen, Managern und Politikern aus aller Welt haben auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam über Ökologie und Gerechtigkeit nachgedacht. Entstanden ist ein „Memorandum“ im wörtlichen Sinne, das mit Blick auf den nahenden Johannesburg-Gipfel das ins Gedächtnis zu rufen versucht, worum es eigentlich geht. Das Jo'burg-Memo ist bisher der umfassendste zivilgesellschaftliche Diskussionsbeitrag zum Johannesburg-Gipfel. Aus dieser Perspektive heraus beschäftigen sich die Autoren des Jo'burg-Memos in fünf Kapiteln mit zentralen Fragen des 21. Jahrhunderts: Wie kann es gelingen, den legitimen Anspruch auf Gerechtigkeit innerhalb eines begrenzten Umweltraums zu befriedigen?

Bezug:
Heinrich-Böll-Stiftung,
Vera Müller-Plantenberg,
Rosenthaler Str. 40/41,
10178 Berlin,
Tel.: 030-28534243,
Fax: -109
E-Mail: memo@boell.de,
www.joburgmemo.de,
kostenlos.

Who is Who? Partner einer Bildung für nachhaltige Entwicklung in NRW

Das Handbuch „Who is who“ hat die Natur- und Umweltschutzakademie NRW in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung und dem Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW herausgegeben. Enthalten sind kommentierte Adressen von Institutionen, Organisationen und Einrichtungen, die im Bereich „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in NRW arbeiten. Das Buch soll helfen, Fachleute zusammenzuführen, Informationen zu erschließen und Unterstützungsmöglichkeiten zu entdecken.

Gegliedert ist es nach 18 Themenbereichen wie z.B. Umweltbildungseinrichtungen, Beratungsstellen oder Fördermöglichkeiten. Innerhalb dieser Kapitel erleichtert eine Anordnung nach Postleitzahlen die Suche nach örtlichen oder regionalen Partnern.

Bezug:
Iz3w- Verlag und Redaktion,
Postfach 5328,
79020 Freiburg,
el: 0761-74003,
Fax: 0761-709866,
E-Mail: info@iz3w.org,
www.iz3w.org,
€ 4.

Die Bewertung der GATS-Verhandlungen im Rahmen der Wissensgesellschaft

Thomas Fritz, Die Bewertung der GATS-Verhandlungen im Rahmen der Wissensgesellschaft, Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“: Berlin 2002.

Bezug:
www.bundestag.de/gremien/welt/gutachten

Vom Gesetz in die Praxis – Wege zu einer erfolgreichen Pestizidreduktion in der Landwirtschaft

Trotz der eingeleiteten Agrarwende stellen Pestizidrückstände in Nahrungsmitteln und in der Umwelt immer noch eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die menschliche Gesundheit und natürliche Ökosysteme dar. PAN Germany fordert deshalb die Agrarwende auch im Pflanzenschutz, d.h. eine deutliche Reduktion des Einsatzes von umwelt- und gesundheitsgefährdenden Pestiziden. Deshalb hat PAN einen Forderungskatalog „Agrarwende auch im Pflanzenschutz“ herausgegeben, der sich vor allem an politische EntscheidungsträgerInnen richtet. Die Broschüre „Wege

zu einer erfolgreichen Pestizidreduktion in der Landwirtschaft“ verdeutlicht zusätzlich, dass diese Pestizidreduktion nur durch ein gemeinsames Engagement von LandwirtInnen, KonsumentInnen, Handel und PolitikerInnen erreicht werden kann. Die Broschüre basiert auf der Studie „From Law to Field: Pesticide Use Reduction in Agriculture“, die im Internet heruntergeladen werden kann.

Bezug:
PAN Germany e.V.,
Christine Schmitt,
Nernstweg 32,
22765 Hamburg,
Tel.: 040-39919100,
Fax: 040-3907520,
E-Mail: christine.schmitt@pan-germany.org,
www.pan-germany.org

Globale Umweltveränderungen und der Nationalstaat

Dies ist ein Kurzbericht der 2001 Berlin Conference on the Human Dimensions of Global Environmental Change, die am 7./8. Dezember letzten Jahres - u.a. mit Vorträgen von Jürgen Trittin und Klaus Töpfer - unter dem Thema „Global Environmental Change and the Nation State“ an der Freien Universität Berlin stattgefunden hat.

Bezug:
Klaus Dingwerth,
Global Governance Project,
Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK),
PF 60 12 03, 1
4412 Potsdam,
E-Mail: dingwert@zedat.fu-berlin.de
www.pik-potsdam.de/~biermann

Neue Materialien zum Thema „Blumen-Frauen“

Zwei Drittel aller Beschäftigten in den Blumenfarmen Afrikas und Lateinamerikas sind Frauen. Die meisten Blumen in Deutschland werden von Frauen verkauft und an Frauen verschenkt. Diese Süd-Nord-Beziehung beleuchten zwei

neue Publikationen der Blumen-Kampagne von Brot für die Welt, FIAN und terre des hommes. „Blumen-Frauen“ heißt der Titel einer Dokumentation, die auf 28 Seiten mit vielen farbigen Fotos die Situation, die Probleme und die Träume von Blumenarbeiterinnen aus Deutschland, Ekuador, Kenia, Kolumbien, Österreich, Sambia, Simbabwe und Tansania anschaulich darstellt (€ 4).

In knapper Form führt das Falblatt „Von Frau zu Frau“ in das Thema ein. Einzelexemplare sind kostenlos, zur Verteilung kosten 20 Stück € 1.

Bezug:
FIAN,
Overwegstr. 31,
44625 Herne,
Tel.: 02323-490099,
Fax: 02323-490018,
E-Mail: fian@fian.de,
www.fian.de

Arbeitnehmerinteressen und die Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels

Thomas Fritz/Christoph Scherrer, GATS 2000. Arbeitnehmerinteressen und die Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels, edition der Hans Böckler Stiftung 63: Düsseldorf 2002.

Bezug:
Der Setzkasten,
Fax: 0211-408 00 80,
E-Mail: lavista@setzkasten.de,
Bestell-Nr: 13063,
oder im Buchhandel:
ISBN 3-935145-37-3.